

Wachsender Optimismus – grösste Sorgen weniger virulent



Credit Suisse Sorgenbarometer 2016

Schlussbericht

40. Credit Suisse Sorgenbarometer
im Auftrag des Bulletin der Credit Suisse
September 2016

Projektteam

Claude Longchamp Politikwissenschaftler,
Lehrbeauftragter der Universitäten Bern und Zürich

Lukas Golder Politik- und Medienwissenschaftler

Martina Mousson Politikwissenschaftlerin

Jonas Ph. Kocher Politikwissenschaftler

Carole Gauch Medien- und Politikwissenschaftlerin

Cloé Jans Politikwissenschaftlerin

Stephan Tschöpe Politikwissenschaftler

Alexander Frind Politikwissenschaftler

Noah Herzog Sekretariat und Administration

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	3
1.1	Befragungskonzept	3
1.2	Datenbasis	5
2	BEFUNDE	7
2.1	Problembewusstsein	7
2.1.1	Aktuelles Problembewusstsein	8
2.1.2	Problembewusstsein im Zeitvergleich	20
2.2	Künftige Probleme und politische Ziele	29
2.3	Aussenpolitik und Zusammenarbeit mit der EU	35
2.4	Wirtschaftliches Umfeld	46
2.4.1	Persönliche wirtschaftliche Situation	46
2.4.2	Allgemeine Wirtschaftslage	51
2.5	Kritik und Vertrauen in Institutionen	57
2.5.1	Wirtschaftsversagen vs. Politikversagen	57
2.5.2	Vertrauen in verschiedene Akteure	61
3	SYNTHESE	65
4	ANHANG	67
4.1	gfs.bern-Team	67

Bern, 2. September 2016

Copyright by gfs.bern

Publikation im Rahmen des Bulletins der Credit Suisse

1 Einleitung

Das Credit Suisse Sorgenbarometer ist eine jährlich angelegte Studie zur Erfassung und Beobachtung der Meinungen von Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. In seiner ursprünglichen Form existiert das Sorgenbarometer bereits seit 40 Jahren und wird seit 1995 Jahren durch gfs.bern erhoben. Die Struktur der Grundfragen ist heute seit über 10 Jahren unverändert. Aus diesem Grund ist das Sorgenbarometer ein bestens geeignetes Instrument, um die Stimmung und Meinungen der Bevölkerung einzufangen – im Rahmen des aktuellen Kontexts wie auch im Zeitverlauf.

Von Interesse für die Studie ist, welche politischen Fragen und Themenbereiche den Stimmberechtigten besonders grosse Sorgen bereiten, ob die Bevölkerung einzelne Themen priorisiert oder aber als weniger dringlich einschätzt. Erfasst wird zudem auch die Wahrnehmung des wirtschaftlichen und politischen Umfelds, sowie die Beurteilung der gesellschaftlichen und politischen Institutionen.

In einem zusätzlichen, separaten Teil der Erhebung wird auch auf die Wahrnehmung der Schweizer Identität eingegangen (siehe separater Bericht "Identitätsbarometer").

Zusammen mit dem Jugendbarometer, das gfs.bern ebenfalls im Auftrag der Credit Suisse durchführt, bilden das Sorgenbarometer und das Identitätsbarometer somit ein umfassendes und langjähriges demoskopisches Informationssystem zur Erfassung des gesellschaftlichen und politischen Pulses der Schweizer Bevölkerung.

1.1 Befragungskonzept

Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch ihre Fähigkeit aus, sich selber zu beobachten. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist die hohe Verbreitung und Nutzung von Massenmedien wie Zeitungen, Fernsehen oder Internet (Mediengesellschaft). Öffentlichkeit entsteht heute weniger durch die Begegnung auf dem Markt oder die Versammlung von Gesinnungsgenossen, sondern wird massenmedial hergestellt. Die mediale Öffentlichkeit ist dabei eine konstruierte Öffentlichkeit, deren Entstehung eigenen Gesetzen folgt und stets nur einen Teil der Realität widerspiegelt. Aus diesem Grund ist es essenziell, diese sogenannte Medienrealität durch andere Formen der Selbstreflexion zu ergänzen.

Zu den zentralen Möglichkeiten der selbstreflexiven Berichterstattung ausserhalb der Massenmedien zählt die Umfrageforschung. Um es gleich vorwegzunehmen: Auch die Umfrageforschung ist zu gewissen Teilen selektiv, die Auswahl erfolgt aber anders: Es wird ein Bild der Befindlichkeit der Bürgerinnen und Bürger vermittelt, egal ob sich diese Befindlichkeit in der medialen Realität ausdrückt oder nicht. So kann erfasst werden, wie sich Menschen verhalten, was sie denken, wie sie sich informieren und welche Schlüsse sie daraus in einer konkreten Situation ziehen.

Sowohl die Medienrealität, als auch Resultate der Umfrageforschung sind (im Idealfall), nebst der eigenen Erfahrung, die wichtigste Referenz für die Politik, wenn es darum geht Entscheidungen zu fällen. Politische Akteure wollen wissen, ob eine Entscheidung für die Menschen als Bürgerinnen und Bürger von Belang ist und ob sie diese unterstützen oder ablehnen.

Das Forschungsinstitut gfs.bern geht im Sorgenbarometer genau diesen Fragen nach. Es ist angelegt als ein demoskopisches Informationssystem zur Beobachtung von Meinungen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger über poli-

tisch prioritäre Probleme und ihre Entwicklungen. Die Bürgerschaft wird mit der stimm- und wahlberechtigten Bürgerschaft gleichgesetzt.

Monitore, wie das Sorgenbarometer, sind auf Zeit angelegt. Damit werden nicht nur momentane Stimmungslagen und Meinungen ermittelt, sondern auch längerfristig gültige Trends in Einstellungen und Verhaltensweisen. Dies wird nicht zu allen Themen gemacht, aber zu drei – seit über zehn Jahren gleichbleibenden – Fragestellungen. Diese lauten:

- Was sind die grössten **Sorgen** der stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer und wo liegt deren Priorität in der Problemwahrnehmung?
- Wie nehmen die Bürgerinnen und Bürger das **wirtschaftliche Umfeld** wahr?
- Wie beurteilen sie die **gesellschaftlichen und politischen Institutionen**?

Um der aktuellen wirtschaftlichen Situation und dem internationalen Umfeld, in dem sich die Schweiz befindet, besser Rechnung tragen zu können, wird der Fragebogen des Sorgenbarometers jährlich neu evaluiert und moderat auf die jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse angepasst. Das gilt insbesondere für die wahrgenommenen Problemfelder sowie die Stärken oder Schwächen der Schweiz. Beispielsweise wurden neben möglichen aktuellen Problemen (z.B. Finanz-/Bankenkrise, religiöser Fundamentalismus, Bankkündengeheimnis und Seuchen) weitere Präzisierungen der schon länger bestehenden Probleme vorgenommen (z.B. Ergänzung der Wirtschaftsentwicklung um die Begriffe Wirtschaftskrise und Konjunktur). Ausserdem wurden neue Items rund um die Eurokrise in die Sorgenliste integriert. In diesem Jahr wurde zudem ein Fokus auf den Brexit-Entscheid Grossbritanniens und die laufenden Verhandlungen der EU mit den USA über das Freihandelsabkommen TTIP gelegt.

Wie beschrieben, ist die Sorgenwahrnehmung einer jeden Person stark durch (externe) Kontextfaktoren geprägt: Weltweite aber auch regionale Geschehnisse und deren Vermittlung durch die Massenmedien und immer mehr auch die sozialen Medien sind dabei entscheidend. 2016 unterscheidet sich massenmedial in vielerlei Hinsicht nicht sehr deutlich von 2015: Nach wie vor ist der starke Franken ein Thema, das die Medienlandschaft im Auge behält. Gleiches gilt für die Initiative gegen Masseneinwanderung und den Umgang mit den bilateralen Abkommen mit der EU.

Durch den Brexit-Entscheid Grossbritanniens wurde aber der Rahmen für Verhandlungen mit der EU und entsprechend Umsetzungsvarianten der Masseneinwanderungsinitiative neu gesetzt.

Die Entscheidung des Nationalrats zur Umsetzung der Initiative gegen Masseneinwanderung vor wenigen Tagen ist dabei das aktuellste Ereignis in einer langen Reihe von News in den klassischen wie auch den Sozialen Medien.

Die anhaltend kritische Flüchtlingssituation nimmt auch 2016 viel Platz in den Medien ein. Naheliegend ist die Diskussion rund um das Asylwesen in der Schweiz. Im Juni 2016 wurde sodann die Änderung des Asylgesetzes vom Schweizer Volk gutgeheissen, welche in Zukunft zu schnelleren Verfahren führen soll. Für grösstes Aufsehen sorgte im bisherigen Abstimmungsjahr allerdings der Urnengang zur Durchsetzungsinitiative. Dabei wurde auf sozialen Medien interagiert wie wohl noch nie zuvor bei einer eidgenössischen Vorlage. Mit der Ablehnung der Initiative der SVP wurde medial sodann der Bruch der Erfolgsgeschichte der SVP ausgerufen.

Ein weiteres aussenpolitisch bestimmtes Thema, das die Massenmedien be spielen, ist Freihandel im Allgemeinen und das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA im Spezifischen. Denn dieses dürfte unbestritten weitreichende Konsequenzen für die Schweiz haben. Ein Grossereignis, das die Wahrnehmung der Schweiz im Ausland sicherlich mitprägte, ist die Eröffnung

des Gotthardtunnels mitsamt begleitenden Feierlichkeiten, welche international für Aufsehen sorgten.

1.2 Datenbasis

Grundlage des Sorgenbarometers ist eine jährliche Befragung der Stimmberechtigten in der ganzen Schweiz. Die Daten werden mittels persönlicher Interviews (sogenannter Face-to-Face-Interviews) erhoben. Die Interviews wurden zwischen dem 4. und dem 23. Juli 2016 durchgeführt. Insgesamt wurden 1'010 repräsentativ ausgewählte Personen befragt. Über die technischen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht.

Tabelle 1

Technischer Kurzbericht Sorgenbarometer 2016

Auftraggeber	Credit Suisse
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Politisches Gemeindeverzeichnis der Schweiz
Datenerhebung	Face-to-Face
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Befragten Sprachregion
Befragungszeitraum Mean-Day	4. bis 23. Juli 2016 16. Juli 2016
Stichprobengrösse	minimal 1'000, effektiv 1'010 n DCH: 710, n FCH: 250, n ICH: 50
Stichprobenfehler	±3.2 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Quotenmerkmale	Geschlecht/Alter interlocked
Befragungsdauer Mittelwert Standardabweichung	68 Minuten 6.3 Minuten
Publikation	November 2016

© gfs.bern, Sorgenbarometer 2016

Angaben aus repräsentativen Stichprobenerhebungen unterliegen einem statistischen Stichprobenfehler. Dieser resultiert daraus, dass man nur einen zufällig ausgewählten Teil und nicht alle Mitglieder der Grundgesamtheit aller Schweizer Stimmberechtigten befragt hat. Je mehr Mitglieder der Grundgesamtheit interviewt werden, desto mehr nähert sich das Befragungsergebnis dem Resultat in der Bezugsgruppe an. Im Falle des Sorgenbarometers wurden 1'010 Personen befragt. Der so verbleibende statistische Stichprobenfehler beträgt ±3.2 Prozentpunkte. Das heisst, dass ein Wert, der mit 50 Prozent angegeben wird, (mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit) zwischen 46.8 und 53.2 Prozent liegt. Maximale Abweichungen sind dabei unwahrscheinlich, minimale wahrscheinlicher.

Die Interviews wurden vom gfs-Befragungsdienst realisiert. Zum Einsatz kamen rund 40 instruierte Befragerinnen und Befrager, welche die persönlichen Interviews vor Ort realisierten. Der Fragebogen beinhaltete sowohl die im vorliegenden Bericht vorgestellten Fragestellungen, als auch diejenigen zum Identitätsmonitor. Die Interviews dauerten im Durchschnitt 68 Minuten.

Die Datenanalyse erfolgte nach den üblichen statistischen Grundsätzen. Die Kommentierung von Abweichungen innerhalb des Stichprobenfehlers wird sehr zurückhaltend gehandhabt. Damit wird der Möglichkeit falscher Schlussfolgerungen Rechnung getragen. Der Zusammenhang zwischen zwei Variablen wird doppelt bestimmt: Zunächst mit Signifikanztests, dann mittels Korrelationsanalysen. Mit ersteren sagt man aus, ob von einem Zusammenhang im statisti-

schen Sinne überhaupt gesprochen werden darf. Mit letzteren erhält man eine Masszahl dafür, wie stark ein existierender Zusammenhang ist.

2 Befunde

2.1 Problembewusstsein

In den folgenden Kapiteln wird das Problembewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer aktuell und im Zeitvergleich dargelegt. In einem ersten Schritt werden die Befunde zur ungestützten Problemwahrnehmung präsentiert. Dabei handelt es sich um spontane Nennungen, bei denen die Befragten ganz zu Beginn der Befragung gebeten wurden – ohne Input durch Fragebogen, Befragerin oder Befrager – jene fünf Probleme zu nennen, die in ihren Augen in der Schweiz aktuell am dringlichsten sind. In einem nächsten Schritt erfolgt eine differenziertere, durch vorgegebene Themenbereiche respektive Problemfelder gestützte Auseinandersetzung mit den Sorgen der Bevölkerung. Diese Ergebnisse bilden den eigentlichen Kern des Sorgenbarometers. Konkret werden den Befragten Kärtchen mit möglichen Problemen vorgelegt, aus denen sie jene fünf auswählen sollen, die sie persönlich für die wichtigsten Probleme der Schweiz erachten. Auf dieser Sorgenskala basieren die definitiven Zahlen des Sorgenbarometers, welche wir auch im Trend auswerten. Die Befragten werden anschliessend gebeten, von den zuvor bezeichneten fünf Problemen dasjenige auszuwählen, welches ihrer Meinung nach am dringendsten einer Lösung bedarf. Das Ranking des dringendsten Problems beruht auf dieser Fragestellung.

2.1.1 Aktuelles Problembewusstsein

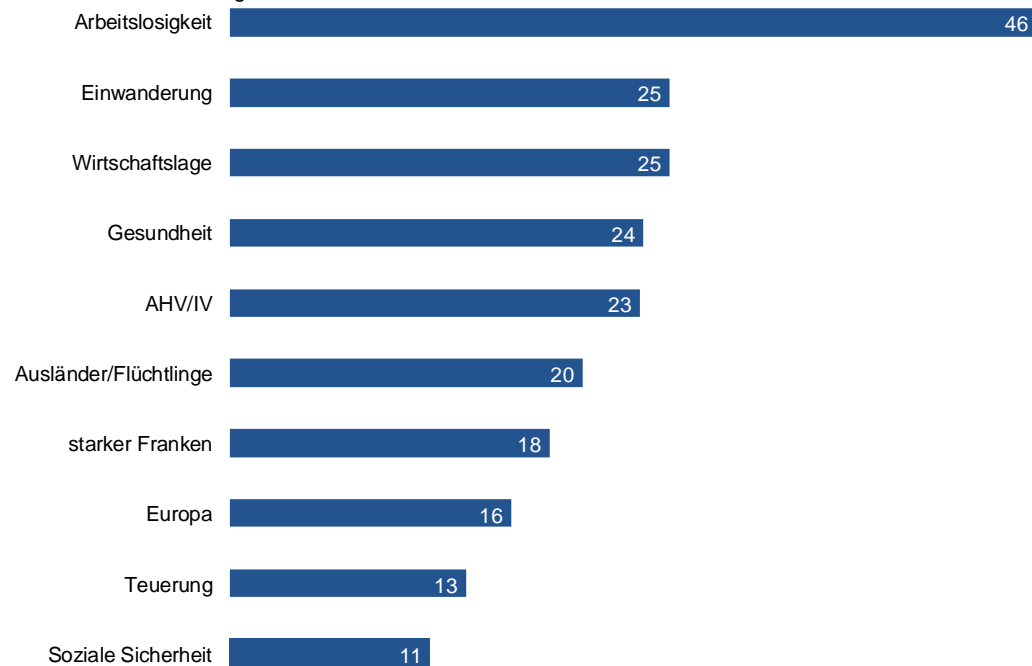
Die Arbeitslosigkeit bleibt auch dieses Jahr das Problem, das von den Stimmberechtigten spontan mit Abstand am meisten genannt wird. Während im Vorjahr noch eine absolute Mehrheit aller Schweizer Arbeitslosigkeit spontan als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz nannte, ist die Mehrheit 2016 allerdings knapp nicht mehr gegeben:

Grafik 1

Die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz

"Welches sind heute Ihrer Meinung nach die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Wir die Frage offen gestellt, wird als zweitwichtigstes Problem der Schweiz die Einwanderung genannt. 25 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten nennen diese spontan. Addiert man zu diesen 25 Prozent die 20 Prozent, welche die verwandte Kategorie "Ausländer/Flüchtlinge" nennen, erhält dieser Themenbereich ein der Arbeitslosigkeit ebenbürtiges Gewicht in der Problemwahrnehmung der Schweizer Stimmberechtigten. Die Summe der beiden Nennungen fällt in diesem Jahr aber marginal tiefer aus als im Vorjahr.

Ein Viertel der Schweizerinnen und Schweizer sorgen sich um die aktuelle Wirtschaftslage der Schweiz. Gerade im Vergleich zum Vorjahr haben die Sorgen um die Wirtschaftslage zugenommen (+12 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr). Der starke Franken bleibt ein Top-Ten-Problem der Schweizer (18%). Hinzu kommt 2016 die Teuerung, welche von 13 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten spontan genannt wird.

Die Gesundheit wird 2016 in gleichem Masse als Problem wahrgenommen wie schon 2015 (24%). Präzenter in der Problemwahrnehmung der Schweiz ist dagegen die AHV bzw. die IV. 23 Prozent (+7 Prozentpunkte) der Schweizer Stimmberechtigten sorgen sich aktuell um die Zukunft der beiden Sozialversicherungen.

Unverändert gehören auch Europa (16%) und die soziale Sicherheit (11%) zu den Top-Ten-Problemen in der Wahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer.

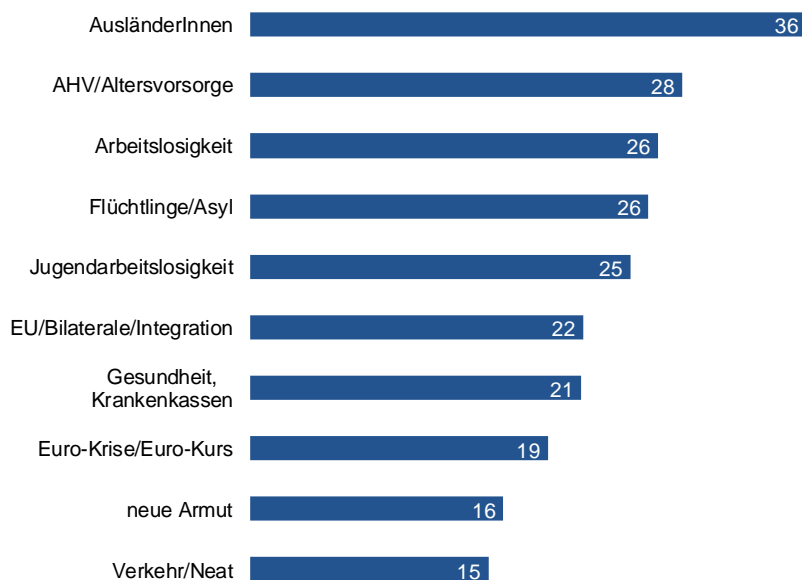
Werden die fünf wichtigsten Probleme gestützt auf ein Kartenset abgefragt, zeigt sich eine ähnliche Problemwahrnehmung der Schweizer Stimmberechtigten:

Grafik 2

Problembewusstsein 2016 (1)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

In den Top-Fünf finden wir dieselben drei Themenbereiche wie im Vorjahr: die Sorgen um Migration, die Arbeitslosigkeit und die Entwicklung respektive Sanierung der Altersvorsorge. Allerdings zeigt sich im anschliessenden Trendvergleich für diese Themenbereiche ein Rückgang in der Problemwahrnehmung.

Als wichtigstes Problem der Schweiz werden aktuell Ausländerinnen und Ausländer gesehen; 36 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten entscheiden sich für dieses Kärtchen. Weitere 26 Prozent nennen den themenverwandten Bereich "Flüchtlinge/Asyl" als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz. Wie man in der nachfolgenden Trendgrafik erkennen kann, werden sowohl Ausländerinnen und Ausländer, als auch Flüchtlinge und Asyl aktuell aber von deutlich weniger Personen als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz gesehen als noch im Vorjahr. Insbesondere bei den Ausländerinnen und Ausländern erkennen wir somit erstmals seit 2009 einen Rückgang der Problemwahrnehmung. Dies lässt sich allenfalls dadurch begründen, dass in letzter Zeit prominent berichtet wurde, dass man in diesem Jahr in der Schweiz mit weniger Asylgesuchen rechnet als noch im Vorjahr. Die Situation könnte somit weniger problematisch erscheinen. Hinzu kommt die Berichterstattung zu den "geschlossenen Schweizer Grenzen". Die Annahme des Gesetzes zur Asylreform und die Bestrebungen rund um die Umsetzung der Initiative gegen Masseneinwanderung könnten die Gemüter ebenfalls etwas beruhigt haben. Es gilt allerdings an dieser Stelle zu bemerken, dass die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zum Befragungszeitpunkt im Juli bereits fest auf der öffentlichen Agenda verankert war, die erste Behandlung im Parlament aber in diesem Herbst folgte.

Als zweitwichtigstes Problem der Schweiz gilt aktuell die AHV bzw. die Altersvorsorge generell. Auch diesbezüglich verortet man in diesem Jahr allerdings deutlich weniger Handlungsbedarf als noch im Vorjahr (-10 Prozentpunkte). Auch wenn man den Problemverlauf seit 2003 betrachtet, zeigt sich hinsichtlich

der Sorgen rund um die Altersvorsorge ein deutlich abnehmender Trend. Dies mag damit zusammenhängen, dass man erkennt, dass sich die Politik dieses Problems angenommen hat und aktuell Lösungen für die Sicherung der Altersvorsorge diskutiert.

Arbeitslosigkeit findet sich mit 26 Prozent der Nennungen an dritter Stelle der gestützten Schweizer Problemwahrnehmung. 25 Prozent der Stimmberechtigten sehen auch die Jugendarbeitslosigkeit als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Sorgen um Arbeitslosigkeit aber deutlich (-15 Prozentpunkte) abgenommen, während diejenigen um Jugendarbeitslosigkeit auf tieferem Niveau stabil blieben. Die Abnahme der Sorgen um die Arbeitslosenrate mag darin begründet sein, dass man sich mit der Aufhebung des Euromindestkurses und dem damit verbundenen Aufzeigen möglicher Folgen für die Schweiz verstärkt Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft und Arbeitsplatzsicherheit machte. Mittlerweile dürften sich diese Sorgen aber wieder etwas abgeschwächt haben, da die Konsequenzen der Aufhebung des Euromindestkurses bisher nur wenig drastisch waren. Dies bestätigt der Blick auf die Problemwahrnehmung zur Euro-Krise und zum Euro-Kurs, die um 5 Prozentpunkte zurückging. Die Problemwahrnehmung rund um die EU und die Beziehungen der Schweiz zu dieser blieb aber im Vergleich zum Vorjahr auf gleichem Niveau. Aktuell ist das Problem an sechster Stelle der Sorgenrangliste zu verorten. Die Schweizer scheinen sich nach dem Brexit also nicht verstärkt Sorgen um die Zusammenarbeit mit der EU zu machen.

Die Sorgen um die Gesundheit und um Krankenkassen sind ebenfalls seit 2015 stabil geblieben. Betrachtet man diesen Themenbereich aber über den ganzen abgebildeten Zeitraum hinweg, erkennt man diesbezüglich durchaus einen markanten Rückgang in der Problemwahrnehmung der Schweizer Stimmberechtigten.

Die "neue Armut" finden wir in diesem Jahr erneut unter den Top-Ten-Sorgen der Schweizer. Nach einem Rekordtief im Jahr 2014 ist diese Sorge mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses seit 2014 wieder angestiegen.

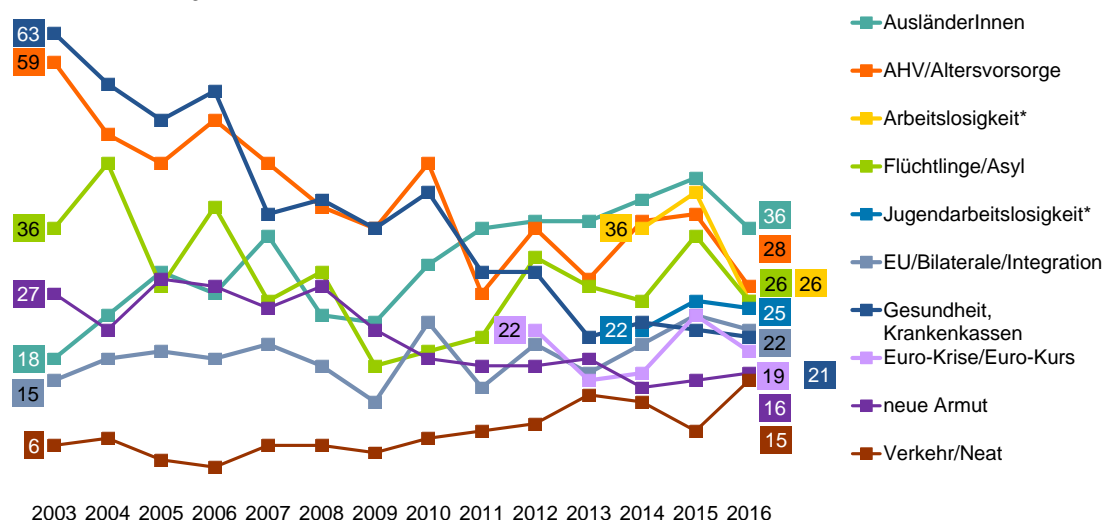
Neu unter den Top-Ten-Sorgen finden wir dieses Jahr "Verkehr/Neat". Dies dürfte ein Thema sein, das mit der Eröffnung des Gotthardtunnels, aber auch durch die Debatte rund um die Milchkuh-Initiative auf den Tisch und in die Köpfe der Stimmberechtigten kam.

Grafik 3

Trend Problembewusstsein 2003 bis 2016 (1)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter

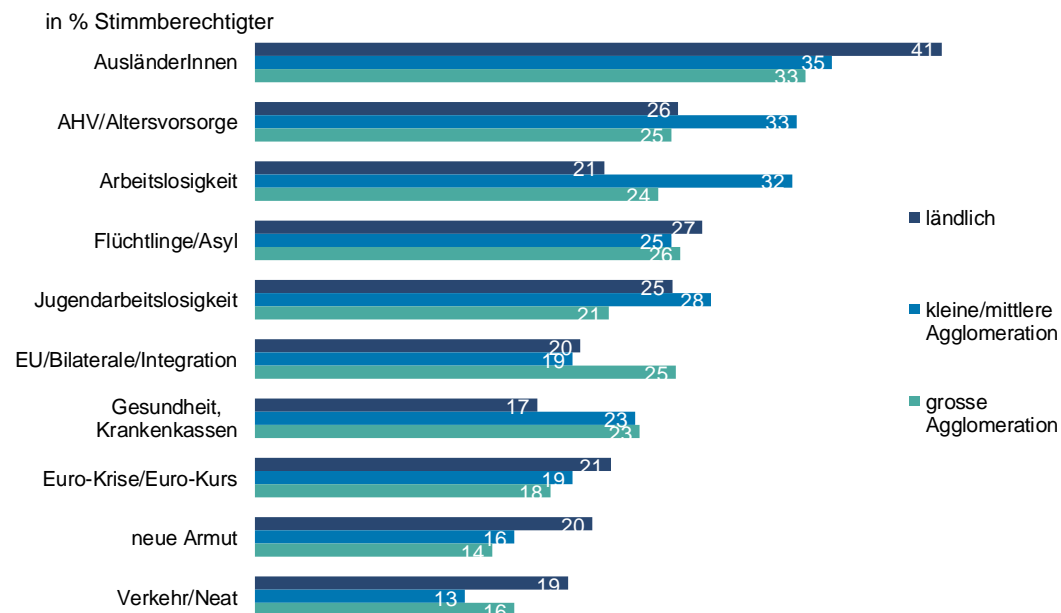


Betrachtet man die Top-Ten-Probleme der Schweizer Stimmberechtigten differenziert nach Siedlungsart, stellt man deutliche Unterschiede fest:

Grafik 4

Problembewusstsein 2016 nach Siedlungsart

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Ausländerinnen und Ausländer werden in ländlichen Gebieten noch stärker als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz gesehen als in kleinen bis grossen Agglomerationen. Dies ist kein unbekanntes Phänomen, findet man in der Schweiz doch in Gebieten mit einer geringen Anzahl Ausländerinnen und Ausländer – wie insbesondere in ländlichen Gebieten - auch am häufigsten kritische bis negative Einstellungen gegenüber Ausländerinnen und Ausländern. Dennoch stehen Ausländerinnen und Ausländer für alle Siedlungstypen an erster Stelle, wenn es darum geht, die wichtigsten Probleme der Schweiz zu benennen.

Hinsichtlich der Altersvorsorge und der Arbeitslosigkeit bzw. der Jugendarbeitslosigkeit sind es vor allem Personen, die in kleinen bis mittleren Agglomerationen wohnhaft sind, die sich am meisten Sorgen machen. Da der Wohnraum dort meist am günstigsten ist und somit in diesen Gebieten überdurchschnittlich viele Personen mit geringerem Haushaltseinkommen und geringerem Bildungsabschluss zu Hause sind, dürften diese Zukunftsängste nicht ganz unbegründet sein.

Bemerkenswerterweise finden wir hinsichtlich der Thematik Flüchtlinge und Asyl keinen Stadt-Land-Graben.

Die EU und die bilateralen Abkommen mit der EU empfindet man unter Personen aus grossen Agglomerationen als überdurchschnittlich problembehaftet.

Neue Armut und Verkehr sieht man signifikant häufiger auf dem Land als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz. Gegenteiliges gilt für Gesundheit und Krankenkassen, darüber sorgt man sich auf dem Land am wenigsten.

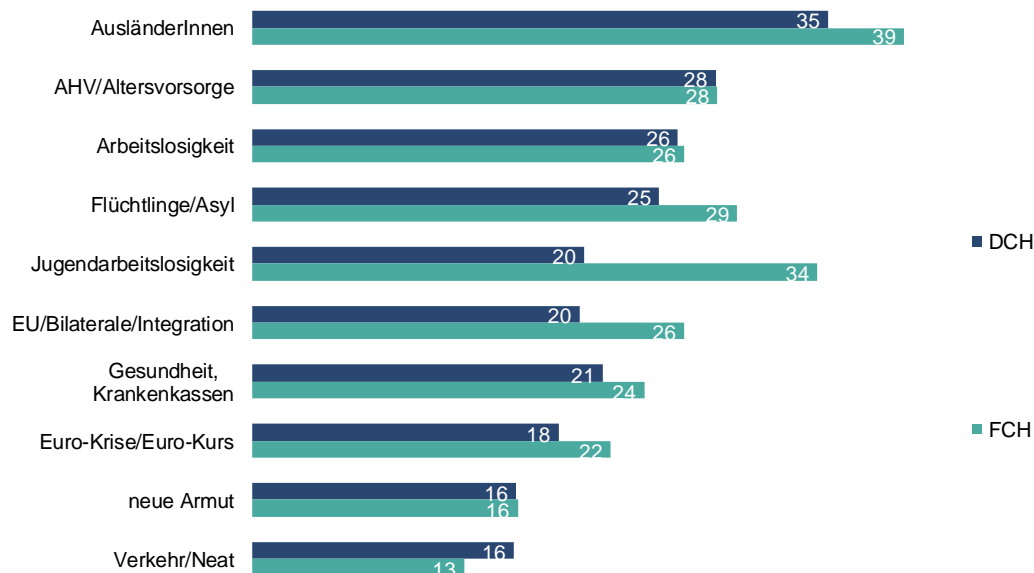
Betrachtet man die Top Ten der wichtigsten Probleme der Schweiz nach Sprachregionen, erkennt man einen deutlichen "Röstigraben" hinsichtlich des Problembewusstseins gegenüber der Jugendarbeitslosigkeit:

Grafik 5

Problembewusstsein 2016 nach Sprachregion

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Dieser markante Unterschied in der Einschätzung der Jugendarbeitslosigkeit als Problem beruht durchaus auf realen Tatsachen: Während die Jugendarbeitslosigkeit im Juli 2016 schweizweit 3.1 Prozent betrug, waren in der Deutschschweiz 2.7 Prozent der Personen zwischen 15 und 24 Jahren ohne Job. In der Romandie und dem Tessin betrug die Jugendarbeitslosigkeit vergleichsweise hohe 4.1 Prozent.¹ Während allerdings die Gesamtarbeitslosenquote ähnliche Differenzen zwischen den Sprachregionen aufweist, zeigt sich hinsichtlich der Problemwahrnehmung diesbezüglich kein Röstigraben.

Hinsichtlich Migrationsthemen (Ausländerinnen/Ausländer und Flüchtlinge/Asyl) sehen Romands ebenfalls mehr Probleme als Deutschschweizer. Dies mag darin begründet sein, dass die Romandie fast ausschliesslich Grenzkantone umfasst.

Bezüglich der EU, der bilateralen Verträge, aber auch der Euro-Krise sind es ebenfalls die Romands, die mehr Probleme sehen als die Deutschschweizer.

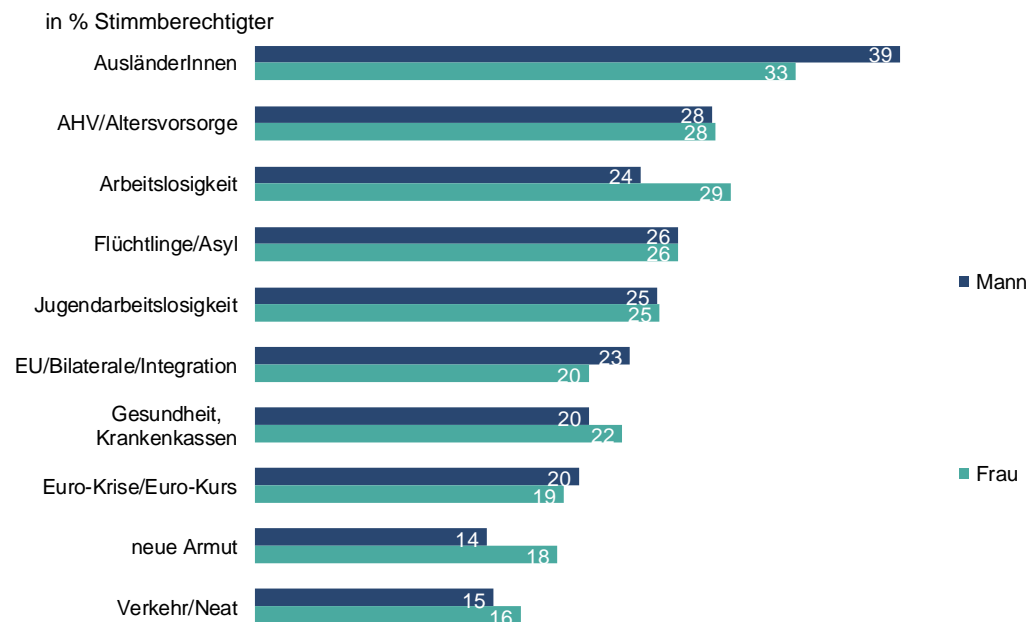
¹ SECO. Juli 2016. URL: <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/44943.pdf> (25.08.2016)

Es zeigen sich nur geringfügige Geschlechterunterschiede im Bereich der Top-Ten-Probleme der Schweiz:

Grafik 6

Problembewusstsein 2016 nach Geschlecht

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Für beide Geschlechter stehen Ausländerinnen und Ausländer an erster Stelle, wenn es um die Bestimmung der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz geht. Von Männern wird dieses Thema jedoch noch deutlich häufiger genannt als von Frauen. Letztere sind dagegen besorgter, was Arbeitslosigkeit und neue Armut angeht.

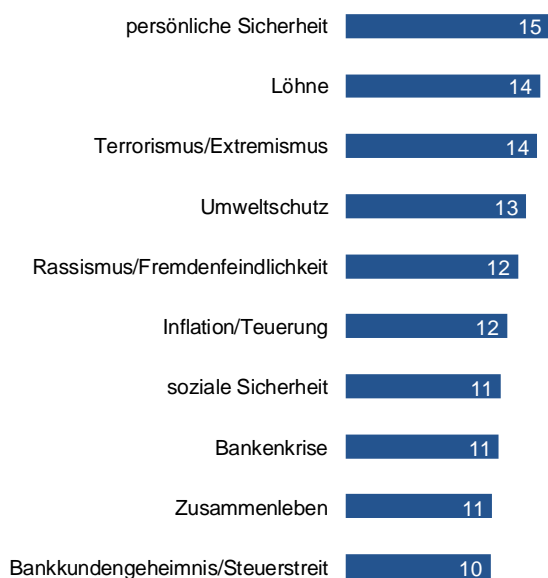
Während wir persönliche Sicherheit und Umweltschutz im Vorjahr noch auf Platz 9 und 10 der Sorgen der Schweizer Stimmberechtigten fanden, wurden diese in diesem Jahr in die zweite Liga der Sorgen degradiert. Dies in erster Linie, weil in diesem Jahr andere Themen (konkret: neue Armut und Verkehr/Neat) an Wichtigkeit hinzugewonnen haben.

Grafik 7

Problembewusstsein 2016 (2)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Während persönliche Sicherheit im Vergleich zum Vorjahr in der Problemwahrnehmung der Schweizer auf stabilem Niveau blieb, erkennt man im Zeitverlauf seit 2007 durchaus einen rückläufigen Trend. Im gleichen Zeitraum stellen wir auch einen Abwärtstrend hinsichtlich des Umweltschutzes fest. Vor dem Hintergrund der anstehenden Abstimmung über die Initiative für eine grüne Wirtschaft im Hinterkopf fällt dieser Wert doch bemerkenswert tief auf. Es scheint diesbezüglich also im Verhältnis zu anderen Feldern kein grosser Problemdruck zu bestehen.

Eine verstärkte Problemwahrnehmung der Schweizer findet man aktuell hinsichtlich der Löhne in der Schweiz. Gleiches gilt für den Terrorismus und Extremismus, welcher dieses Jahr einen höheren Rang einnimmt als noch 2015. Eine Zunahme im Problembewusstsein rund um Terrorismus und Extremismus beobachten wir dabei bereits seit 2010. Aktuell benennen 14 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten Terrorismus und Extremismus als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz. Dass in den aktuellen Zeiten "nur" 14 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten Terrorismus und Extremismus als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz sehen, ist durchaus bemerkenswert. Der vergleichsweise geringe Wert dürfte damit zu begründen sein, dass man sich in der Schweiz prinzipiell sicher fühlt, während man Terrorismus und Extremismus tendenziell eher als Probleme anderer Länder sieht.

Eine Zunahme von 4 Prozentpunkten in der Problemwahrnehmung stellen wir auch hinsichtlich des Zusammenlebens in der Schweiz fest. Dies dürfte durchaus in Zusammenhang mit der Migrationsthematik stehen. Auch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit werden seit 2011 zunehmend wahrgenommen und immer öfter als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz definiert, aktuell von 12 Prozent der Schweizer.

Während Inflation und Teuerung in den spontanen Nennungen durchaus prominent erwähnt werden, scheint dieser Thematik im Direktvergleich mit anderen Bereichen deutlich weniger Wichtigkeit zuzukommen. Im Vergleich zum Vorjahr blieb der Wert (innerhalb des statistischen Fehlerbereichs) stabil.

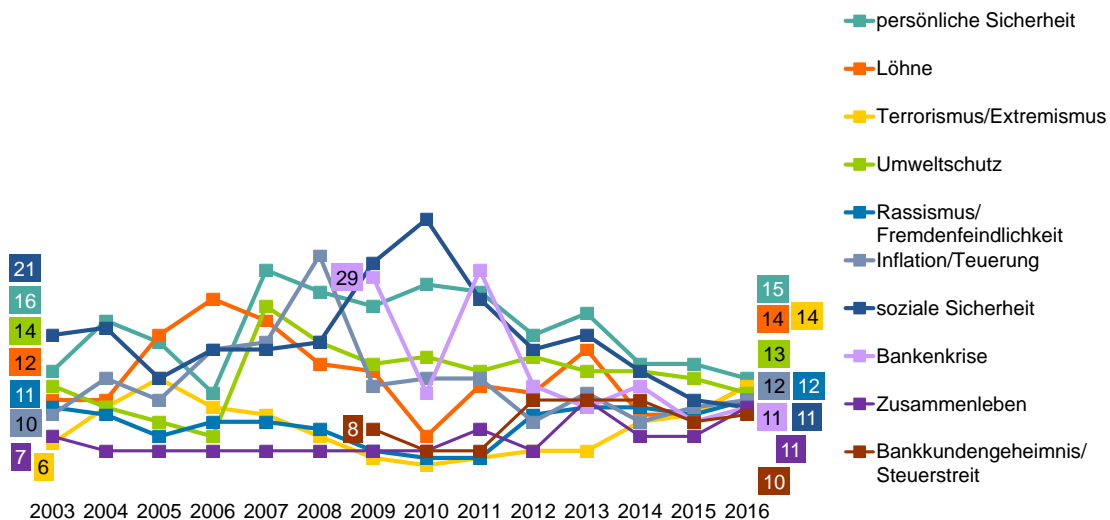
Soziale Sicherheit hat im Problembewusstsein der Stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer seit 2010 deutlich an Bedeutung verloren, im Vergleich zum Vorjahr blieb der Wert allerdings stabil.

Grafik 8

Trend Problembewusstsein 2003 bis 2016 (2)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

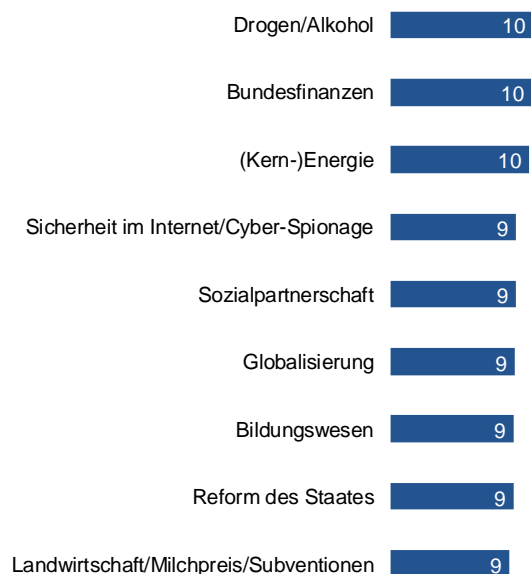
Die in der untenstehenden Grafik erfassten Themenbereiche werden von 8 bis 10 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten als eines der wichtigsten fünf Probleme der Schweiz benannt:

Grafik 9

Problembewusstsein 2016 (3)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Nach einem Peak im Jahr 2014 sieht man Drogen und Alkohol aktuell weniger als eines der wichtigsten Probleme der Schweiz.

Im Vergleich zum Vorjahr, als stets neu aufgedeckte Überwachungsskandale oder Berichte über Hacker-Attacken und als Konsequenz Datenschutzdebatten noch präsenter waren, fällt das Problembewusstsein für Sicherheit im Internet und Cyber-Spionage aktuell geringer aus (-5 Prozentpunkte). Dagegen werden – auf tiefem Niveau – das Bildungswesen, die Reform des Staates und die Landwirtschaft beziehungsweise der Milchpreis vermehrt als eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz genannt. Das Bildungswesen sorgte während der Befragungszeit vor allem wegen Debatten zur zweiten Landessprache für Schlagzeilen. Die Reform des Staates dürfte in Zusammenhang mit der zunehmenden Initiativflut und der zunehmenden Anzahl an Urnengängen bzw. Vorlagen pro Urnengang auf dem Tisch liegen. Allenfalls dürfte auch die merklich angestiegene Polarisierung in der Politik dieses Thema befeuert haben. Die Themen Landwirtschaft beziehungsweise Milchpreis dürften aufgrund des deutlich gesunkenen Milchpreises in Kombination mit der medialen Berichterstattung dazu für Aufmerksamkeit beim Schweizer Stimmvolk gesorgt haben.

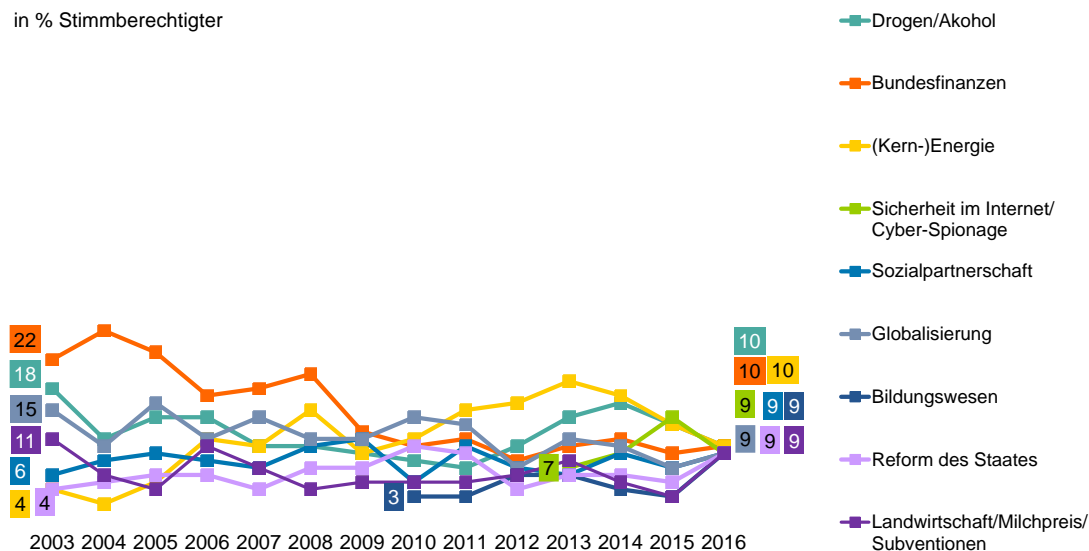
Bemerkenswerterweise fällt die (Kern-)Energie nach einem Aufschwung in der Problemwahrnehmung der Schweizer im Nachgang zur Katastrophe in Fukushima nun wieder in die Kategorie der eher selten genannten Sorgen.

Grafik 10

Trend Problembewusstsein 2003 bis 2016 (3)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

Die Energiefrage ist aktuell eines der Probleme, das die (politische) Elite stark beschäftigt: Mehrere Volksinitiativen (Atomausstiegsinitiative, Stromeffizienz-Initiative) setzen sich mit der Thematik auseinander, und die Energiestrategie 2050 wird nicht nur im Parlament ausführlich behandelt, sondern beschäftigt auch diverse Wirtschaftsverbände und Unternehmen. Das Stimmvolk indes zählt die (Kern-)Energiefrage nicht zu den wichtigsten Problemen, die es in der Schweiz aktuell zu lösen gilt.

Grundsätzlich lässt sich im Zeitverlauf eine Diversifizierung im Problembewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer feststellen. Es gibt weniger deutlich einzelne Themen, die von einer klaren Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer als zentrales Problem benannt werden. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass sich 2003 noch 63 Prozent der Stimmberechtigten einig waren, dass Gesundheit und Krankenkassen eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz seien. Aktuell besteht mit 36 Prozent die grösste Einigkeit darüber, dass Ausländerinnen und Ausländer eines der fünf wichtigsten Probleme der Schweiz seien. Es folgt die Altersvorsorge mit 28 Prozent. Danach unterscheiden sich die Themenfelder nur noch marginal in der Anzahl ihrer Nennungen.

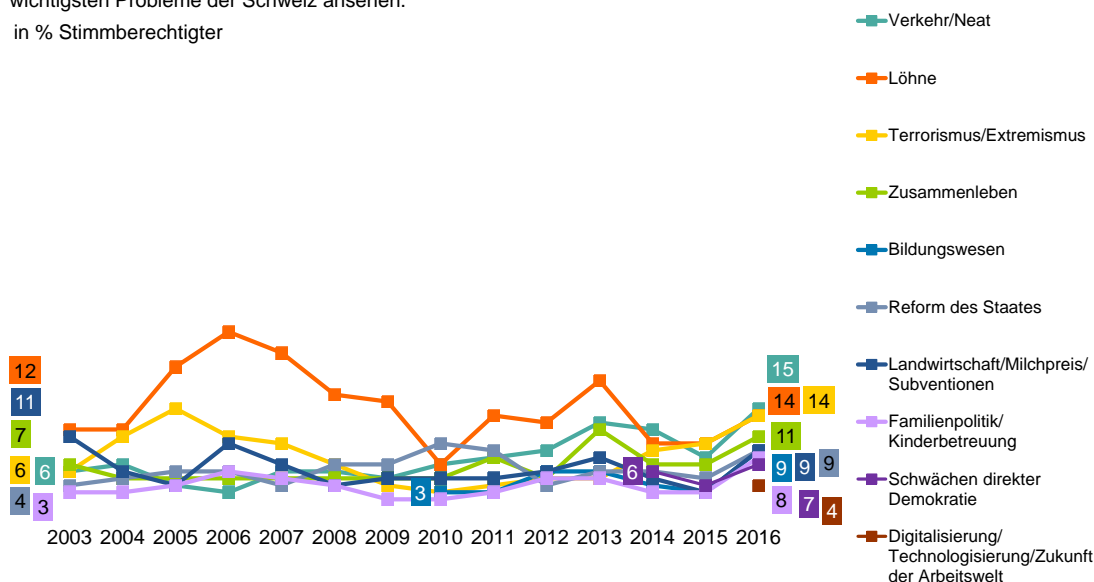
In den folgenden beiden Grafiken wird die Top-Ten der grössten Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen. Grafik 11 unten zeigt die grössten positiven Veränderungen, sprich die Themenbereiche, in denen die Problembewertung in der Schweizer Stimmbewölkerung am deutlichsten zugenommen hat.

Grafik 11

Trend Problembewusstsein 2003 bis 2016 – Top 10 positive Veränderung 2015 zu 2016

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

Am deutlichsten – allerdings auf nicht ausgesprochen hohem Niveau – fällt die Zunahme in der Problemsicht auf Verkehr und Neat aus (+7 Prozentpunkte). Wie zuvor erwähnt, dürfte dies auf die Diskussion rund um die Milchkuh-Initiative und die Eröffnung des Gotthardbahntunnels zurückzuführen sein. Die zweithöchste Zunahme im Problembewusstsein verorten wir im Bildungswesen bzw. der Landwirtschaft (+6 Prozentpunkte). An dritter Stelle steht die Zunahme der Sorge um die Familienpolitik (+5 Prozentpunkte).

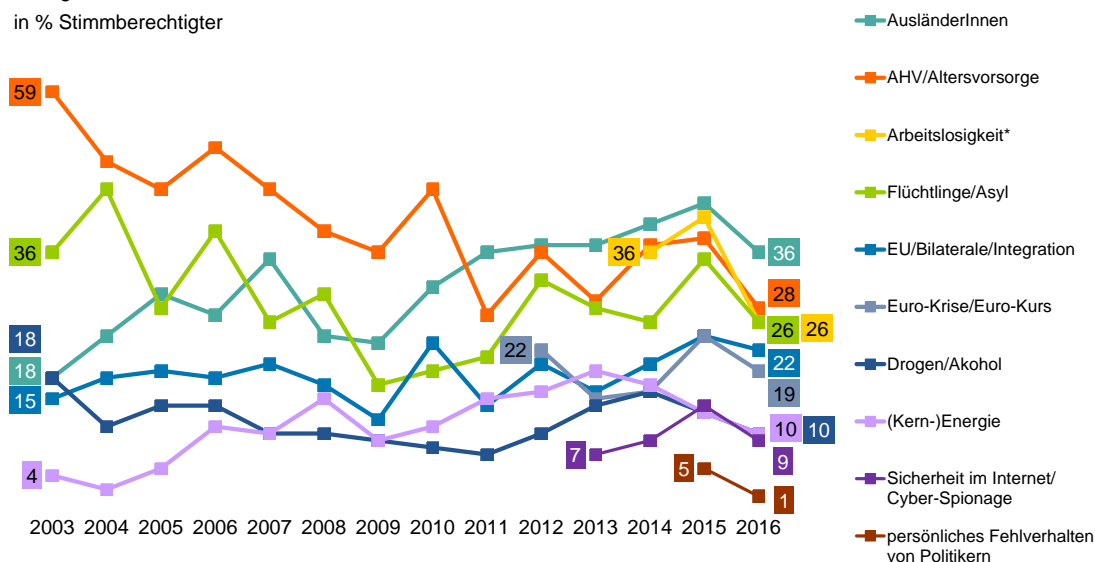
Die deutlichste Abnahme im Problembewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer machen wir hinsichtlich der Arbeitslosigkeit (-15 Prozentpunkte) aus.

Grafik 12

Trend Problembewusstsein 2003 bis 2016 – Top 10 negative Veränderung 2015 zu 2016

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000) *neu ab 2014 (Jugend-)Arbeitslosigkeit getrennt befragt

Aber auch die Sorgen um die Altersvorsorge (-10 Prozentpunkte) und Flüchtlinge beziehungsweise das Schweizer Asylwesen (-9 Prozentpunkte) haben im Vergleich zu 2015 wesentlich abgenommen.

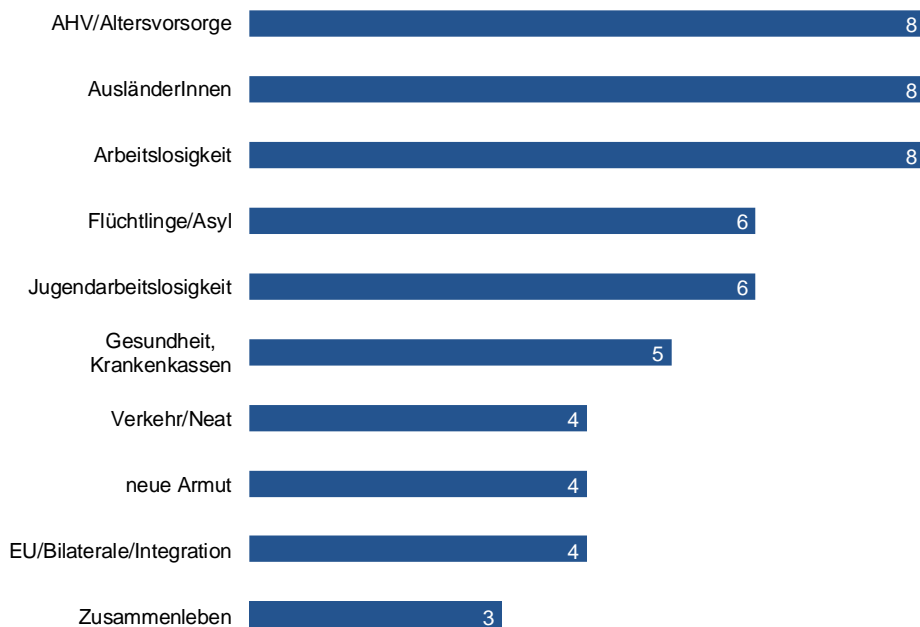
Wenn nun aus den ausgewählten fünf wichtigsten Problemen der Schweiz eines identifiziert werden muss, das es prioritär zu lösen gilt, so ändert sich kaum etwas an der Auswahl der Top Ten und nur wenig an der Priorisierung:

Grafik 13

Dringendstes Problem 2016 (1)

"Und welches dieser fünf wichtigsten Probleme müsste Ihrer Ansicht nach an erster Stelle gelöst werden?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Auffallend ist auch hier, dass kein einzelnes Problem heraussticht. Während sich im Vorjahr die Arbeitslosigkeit von den anderen Themenfeldern abhob, ist dies 2016 nicht mehr der Fall. Drei Themenfelder werden gleichermassen priorisiert: Die Altersvorsorge, die Migration und die Arbeitslosigkeit. An zweiter Stelle folgen die beiden Bereiche Flüchtlinge und Asyl sowie Jugendarbeitslosigkeit. Gesundheit und Krankenkassen werden von 5 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten als prioritär zu lösendes Problem der Schweiz bezeichnet. Jeweils 4 Prozent der Schweizer Stimmbürgerinnen und -bürger finden, primär gäbe es Probleme rund um Verkehr und Neat, neue Armut oder EU und bilaterale Verträge zu beheben. Das Zusammenleben in der Schweiz sehen drei Prozent der Stimmberechtigten als prioritär zu lösendes Problem.

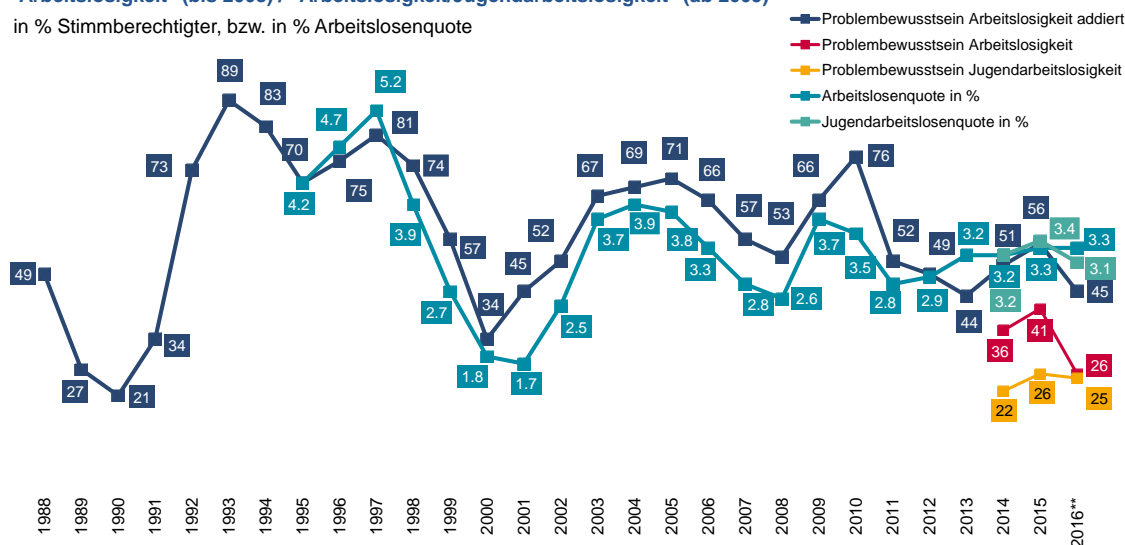
2.1.2 Problembewusstsein im Zeitvergleich

Die Arbeitslosigkeit prägt die Problemwahrnehmung so konstant und klar wie nur wenige andere Themenfelder. Dabei zeigt die unten abgebildete Grafik, dass die Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer meistens gut begründet sind. Kaum ein Indikator der Problemwahrnehmung korreliert so stark mit einer verwandten realwirtschaftlichen Grösse wie die Sorge um Arbeitslosigkeit mit der effektiven Arbeitslosenrate. Allenfalls, so kann geltend gemacht werden, reagiert die Bevölkerung in ihrer Problemwahrnehmung mit etwas Verzögerung auf die Entwicklungen des Arbeitsmarkts – aber insgesamt scheint es, als wüssten die Schweizerinnen und Schweizer sehr genau, wie sich die Arbeitslosenrate entwickelt.

Trend: Problembewusstsein 1988 bis 2016

"Arbeitslosigkeit" (bis 2008) / "Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit" (ab 2009)

in % Stimmberechtigter, bzw. in % Arbeitslosenquote



Bemerkung: ab 2014 Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit getrennt befragt – ab 2014 wird für diese Darstellung in "Arbeitslosigkeit addiert" die mathematisch vereinigte Menge ausgewiesen.

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

*Werte Arbeitslosenquote von 1995-2016 (Seco)

** Arbeitslosenquote Juli 2016 (saisonbereinigt)

Seit 2013 allerdings scheint sich diese Korrelation ein Stück weit zu relativieren: 2014 und 2015 stieg die Sorge um Arbeitslosigkeit (Problembewusstsein Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit zusammengenommen²) in der Bevölkerung, während die effektive Arbeitslosenrate seit 2013 relativ stabil bleibt.

Auch 2016 (Juli saisonbereinigt: 3.3%) scheint sich die Lage weder deutlich zu verbessern noch zu verschlechtern. Im internationalen Vergleich steht die Schweiz damit immer noch sehr gut da – sie hat einen klar besseren Wert als die EU (8.6%) und steht damit auch besser da als Malta, welches mit 4.0 Prozent die EU-weit tiefste Quote aufweist.³

Trotzdem nimmt die Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit (wie auch der anderen Top-Problembereiche) stark ab, während die Jugendarbeitslosigkeit ähnlich problematisiert wird wie in den beiden Vorjahren.

² Anteil Stimmberechtigte, welche mindestens eines der beiden Probleme genannt haben

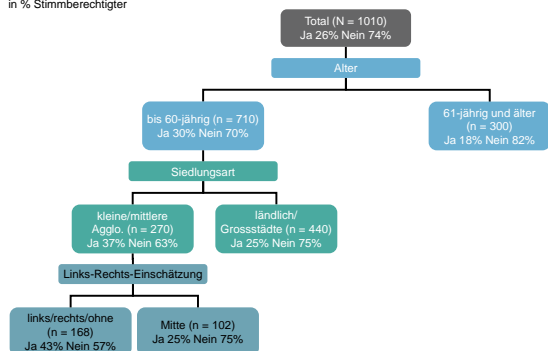
³ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/160142/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-eu-laendern/> (Stand Juni 2016)

Nimmt man eine differenziertere Betrachtung der Bevölkerung hinsichtlich der Ausprägung der Sorge um die (Jugend-)Arbeitslosigkeit vor, so ist vor allem das eigene Alter und damit die potenzielle direkte Betroffenheit ausschlaggebend:

Grafik 15

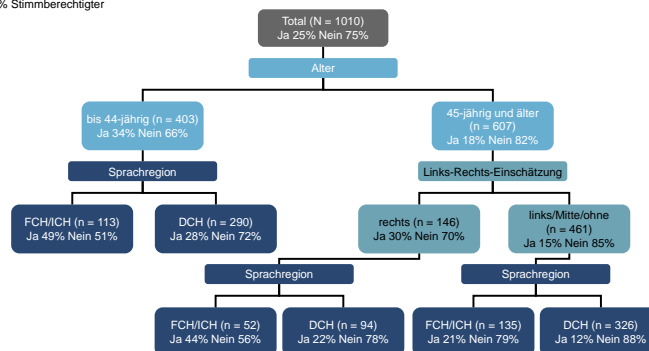
Profilbaum Problembewusstsein Arbeitslosigkeit

in % Stimmberechtigter



Profilbaum Problembewusstsein Jugendarbeitslosigkeit

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2016 (N = 1010)

© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2016 (N = 1010)

Die **Answer-Tree-Analyse** differenziert eine Ausgangspopulation *automatisch* in inhaltlich respektive statistisch relevante Teilpopulationen, wobei dabei sowohl die Signifikanz des beobachteten Unterschieds wie auch deren Beitrag zur Erklärung der abhängigen Variable ein ordnendes Kriterium darstellen. Die Visualisierung gleicht dabei einem Baum, wobei den primären Ästen am meisten Erklärungskraft zukommt (1.Reihe vs. 2.Reihe) und weitere Äste diese Erklärungskraft verfeinern. Erklärungsfaktoren, die in der Baumstrukturanalyse keinen signifikanten Eigenwert haben, sind nicht aufgeführt. **Lesebeispiel:** Bei der Jugendarbeitslosigkeit stellt das Alter den wichtigsten Erklärungsfaktor zur Problemwahrnehmung dar. Statistisch gesehen bestehen zudem signifikante Unterschiede zwischen Personen unter und über 44 Jahren. Innerhalb der beiden Altersgruppen spielen dann wiederum weitere Faktoren wie insbesondere die Zugehörigkeit zu einzelnen Sprachregionen eine Rolle.

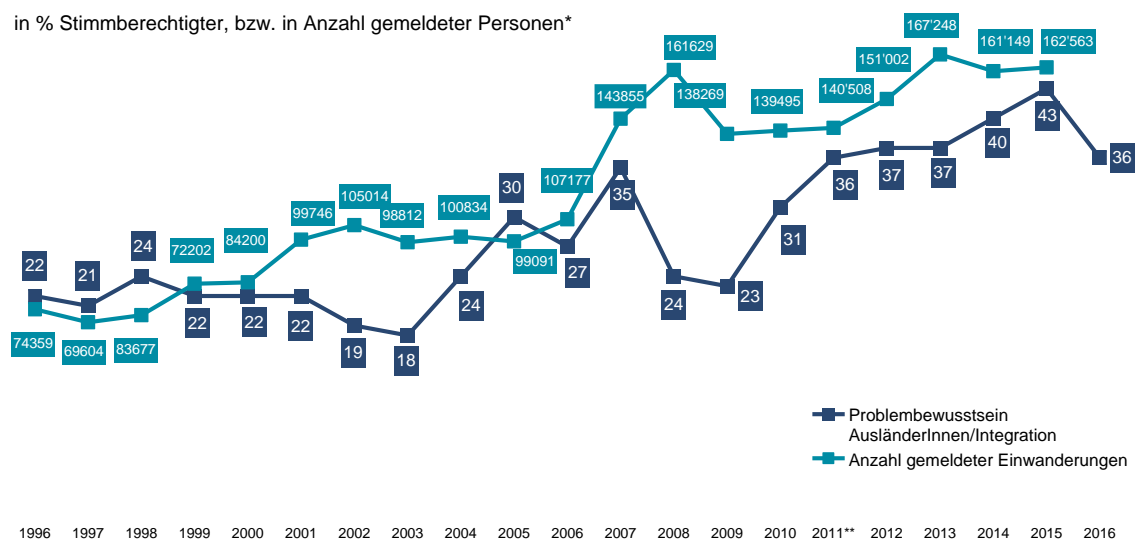
Die Arbeitslosigkeit allgemein finden Personen über 60 Jahre (18%) weniger oft problematisch als bis 60-Jährige (30%). Bei den Letztgenannten sind es vor allem diejenigen, welche in kleinen und mittleren Agglomerationen wohnen (37%), die Arbeitslosigkeit als Problem benennen. Darunter sind es überwiegend Personen, welche sich nicht in der Mitte der Links/rechts-Achse positionieren (43%).

Bei der Jugendarbeitslosigkeit liegt die Grenze bei 44 Jahren: Wer darüber liegt, empfindet Jugendarbeitslosigkeit seltener als Problem (18%), es sei denn, die Person steht politisch rechts (30%). Wer 44 Jahre oder jünger ist, hält Jugendarbeitslosigkeit eher für problematisch (34%). In all diesen Untergruppen findet sich ein Unterschied zwischen der lateinischen und der deutschen Schweiz: In der französisch- und italienischsprachigen Schweiz sind die Anteile durchgehend höher – mit 49 Prozent am höchsten bei den bis 44-jährigen Französisch- oder Italienischsprachigen.

Trend: Problembewusstsein 1996 bis 2016

"AusländerInnen/Integration" (bis 2008) / "AusländerInnen/Integration/Personenfreizügigkeit" (ab 2009)

in % Stimmberechtigter, bzw. in Anzahl gemeldeter Personen*



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

*Werte Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung 1996-2015, in Anzahl gemeldeter Personen (Bundesamt für Statistik)

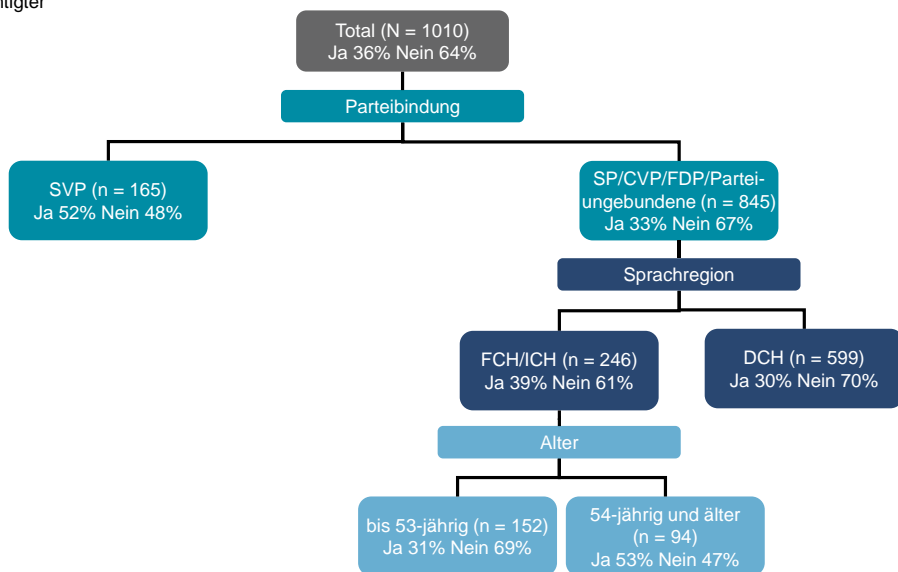
** Ab 2011 Wechsel des Produktionsverfahrens und neue Definition der ständigen Wohnbevölkerung, die zusätzlich Personen im Asylprozess mit einer Gesamtaufenthaltsdauer von mindestens 12 Monaten umfasst.

Wie bei der Arbeitslosenrate (wenn auch in weniger grossem Ausmass) verläuft auch die Entwicklung der vom BFS ausgewiesenen Zahl der Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung ähnlich wie die Problemwahrnehmung der Themen Ausländerinnen/Ausländer und Integration. Ab 2009 stieg die Einwanderung bis 2013 auf einen Höchststand an. 2014 ging sie zurück und 2015 wieder leicht hoch. 2016 könnte ein leichter Rückgang zu verzeichnen sein.⁴ Entsprechend ging auch die Problemwahrnehmung rund um den Themenbereich Integration zurück.

⁴ Im 1. Halbjahr 2016 lag die Zuwanderung bei 85'435, im 1. Halbjahr 2015 bei 89'526.

Profilbaum Problembewusstsein Ausländerfragen

in % Stimmberechtigter



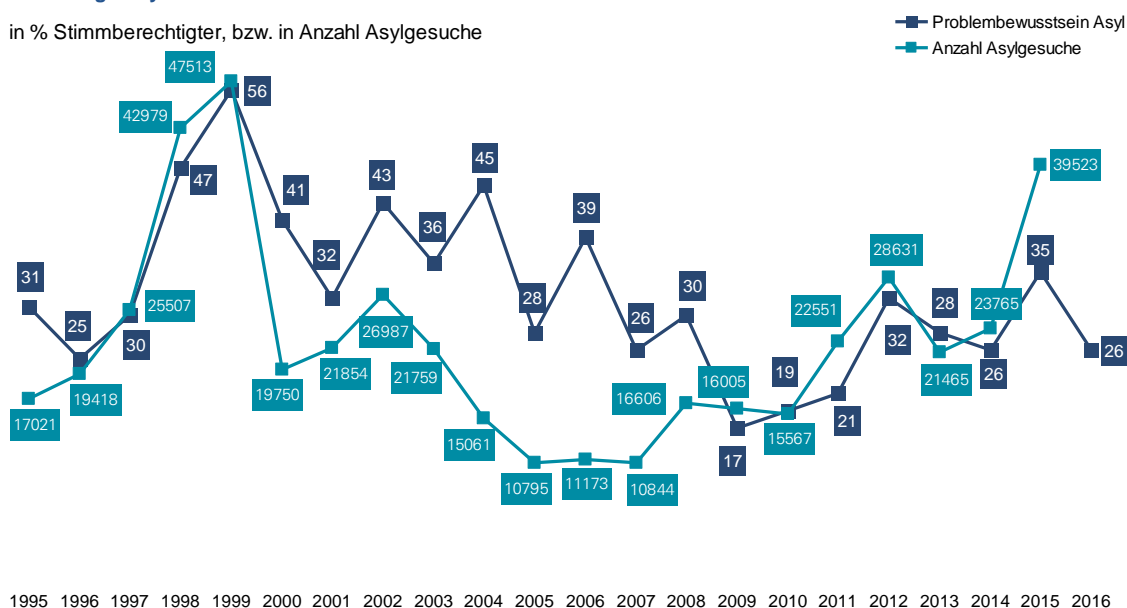
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2016 (N = 1010)

Stärker als im Vorjahr wird die Problembewertung der Ausländerfragen von der politischen Blickrichtung bestimmt: Sympathisierende der SVP sehen diese mehrheitlich (52%) als Problem, während die Sympathisierenden anderer Parteien und die Parteiungebundenen dies nur zu einem Drittel (33%) tun. Unter diesen ist eine erhöhte Problemwahrnehmung in der lateinischen Schweiz (39%) festzustellen, wo insbesondere Personen ab 54 Jahren (53%) eine praktisch gleich hohe Problemwahrnehmung haben wie die SVP-Sympathisierenden insgesamt.

Trend: Problembewusstsein 1995 bis 2016

"Flüchtlinge/Asyl"

in % Stimmberechtigter, bzw. in Anzahl Asylgesuche



1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

*Werte der Asylgesuche von 1995-2015, in Anzahl gemeldeter Gesuche (Bundesamt für Statistik, 2014 Bundesamt für Migration). Im ersten Halbjahr 2016 wurden gemäss Bundesamt für Migration in der Schweiz 14'277 Asylgesuche eingereicht.

2015 verzeichnete die Schweiz die höchste Anzahl Asylgesuche seit 1999. Die Sorge der Bevölkerung war dementsprechend so hoch wie seit mehreren Jahren nicht mehr. 2016 nimmt die Sorge wieder etwas ab. Das könnte mit sinkenden Asylzahlen einhergehen; die Zahlen des ersten Halbjahres 2016 scheinen wieder eine leichte Entspannung anzudeuten.⁵

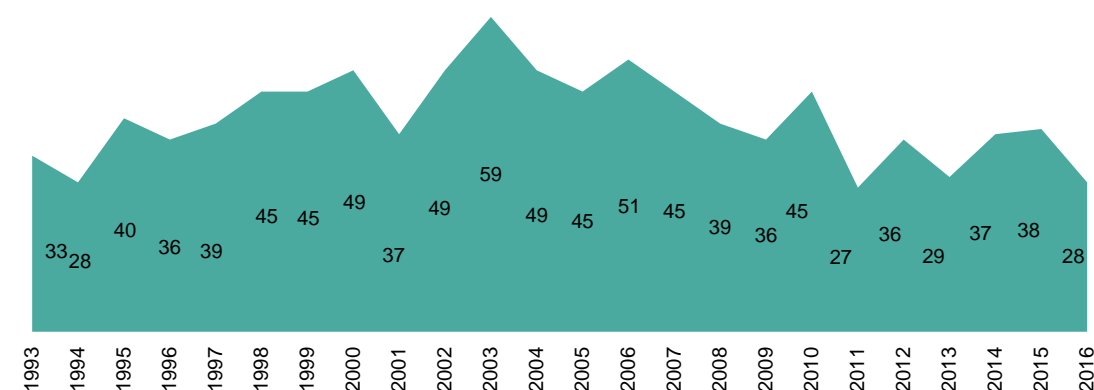
Interessanterweise werden die Flüchtlinge – anders als Ausländerfragen insgesamt – von den SVP-Sympathisierenden weniger stark als Problem wahrgenommen (22%). Vor allem die Parteiungebundenen (35%) sowie Sympathisierenden von FDP, Die Liberalen (34%) und CVP (31%) messen ihm eine höhere Bedeutung bei. Nur die SP-Basis sieht im Asylbereich ein geringeres Problem (19%).

Grafik 19

Trend Problembewusstsein 1993 bis 2016

AHV / Altersvorsorge

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

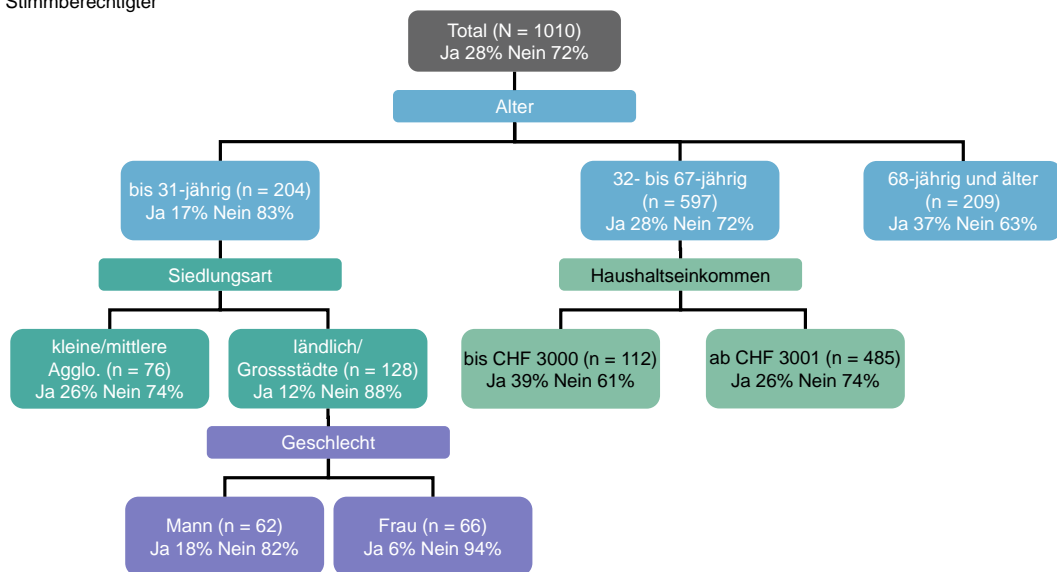
Der Zustand der Altersvorsorge dagegen bereitet den Stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizern seit vielen Jahren Sorgen und gehört mit Ausnahme des Jahres 2011 immer zu den Top 3 der grössten wahrgenommenen Probleme.

Wie bei den anderen Top-Themen ist auch bei der Altersvorsorge ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr festzustellen. Die Nennung der Probleme ist breiter; es werden vermehrt auch Probleme genannt, die schlussendlich nicht auf den vorderen Rängen auftauchen, ohne dass ein einzelnes Thema dabei besonders oft genannt würde. Das kann mehrere Ursachen haben: Einerseits könnte es eine generelle Entwicklung von Problemen, welche grosse Teile der Schweiz betreffen, hin zu heterogeneren, individualistischeren Problemen sein. Andererseits ist es möglich, dass 2016 bis jetzt kein einzelner Problembereich dominiert hat, sondern dass es entweder kaum (grosse) Probleme gab oder die Probleme sehr mannigfaltig sind.

⁵ Die Anzahl Asylgesuche im 1. Halbjahr 2016 liegt mit 14'277 zwar höher als die gleiche Vorjahresperiode (11'873), ist aber ein deutlicher Rückgang im Vergleich zum 2. Halbjahr 2015 (27'650).

Profilbaum Problembewusstsein AHV/Altersversicherung

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2016 (N = 1010)

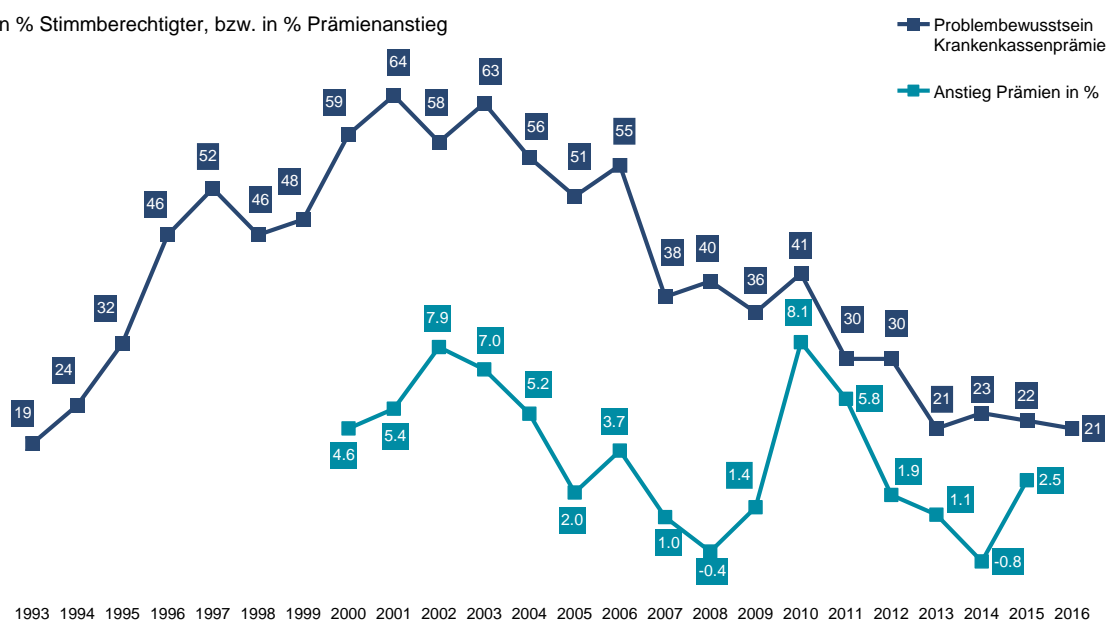
Anders als im Vorjahr, als die Sorge um die Altersvorsorge primär eine Frage der Parteibindung war, ist sie 2016 vom Alter und damit der direkten Betroffenheit abhängig: Personen im Rentenalter (im Profilbaum: ab 68 Jahren) sind besonders um die Altersversicherungen besorgt (37%). Durchschnittlich ist die Problemwahrnehmung bei den 32- bis 67-Jährigen (28%), welche grösstenteils voll im Erwerbsleben oder bereits an der Schwelle der Pensionierung stehen. Wer davon jedoch nur über ein geringes Haushaltseinkommen verfügt, macht sich mehr Sorgen um die (eigene) Altersversicherung (39%).

Eher unbekümmert scheinen die bis 31-Jährigen (17%). Wer davon in kleinen oder mittleren Agglomerationen lebt, weist jedoch eine fast durchschnittliche Problemwahrnehmung auf (26%). Die geringsten Sorgen um die Altersvorsorge machen sich junge Frauen auf dem Land oder in grossen Agglomerationen (6%).

Trend: Problembewusstsein 1993 bis 2016

"Gesundheit/Krankenkasse" (bis 2008) / "Gesundheit/Krankenkasse/Prämien" (ab 2009)

in % Stimmberechtigter, bzw. in % Prämienanstieg



1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

*Werte Krankenkassenprämien-Steigung 1996-2015, in Prozent (Bundesamt für Statistik)

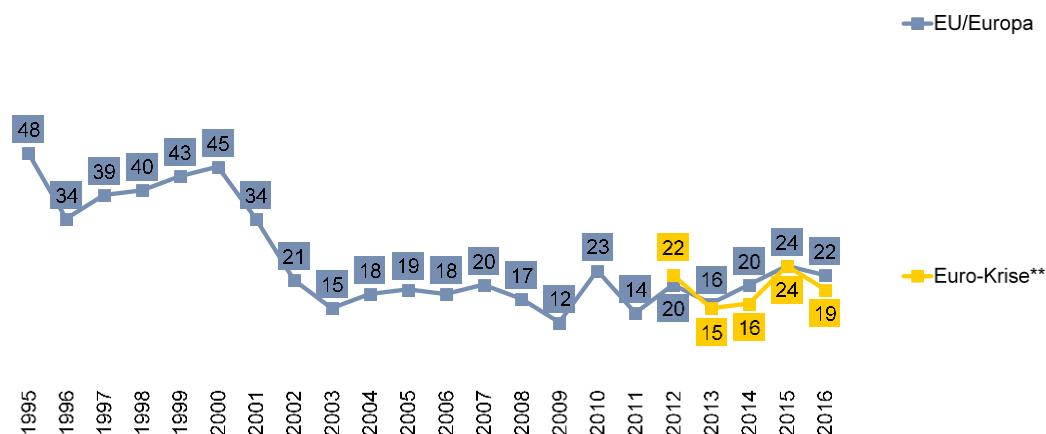
In Bezug auf Fragen hinsichtlich der Gesundheit, Krankenkassen und Prämien nahmen die Sorgen seit Anfang 2000 – in der Tendenz – stetig ab. Seit 2013 ist dieser Trend nicht mehr klar zu erkennen. Aktuell sieht es viel eher nach einer Stagnation der Problemwahrnehmung hinsichtlich der Gesundheits- und Krankenkassenfrage aus. Nichtsdestotrotz bleibt das Thema Gesundheit wichtig für die Stimmberechtigten. Gemessen an der fortwährend und öffentlich geführten Diskussion rund um Krankenkassenprämien ist es doch interessant zu sehen, dass sich ein Ausschlag im Prämienanstieg wie 2010 nur vergleichsweise schwach auf das Problembewusstsein auswirkt. Dennoch ist auch zwischen diesen beiden Variablen klar eine Korrelation zu erkennen.

Gesundheitsfragen sind leicht überdurchschnittlich aus Sicht der Parteiungebundenen (29%), der CVP- (29%) und SVP-Sympathisierenden (27%) ein Problem.

Trend Problembewusstsein 2003 bis 2016 — EU/Europa/Euro

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000) **neu seit 2012

Die Sorgen rund um die Beziehung zur EU, die Personenfreizügigkeit oder auch die Europäische Integration insgesamt haben zwar in keiner Weise annähernd denselben Stellenwert wie in den 90er-Jahren, wo das "Nein" zum EWR noch deutlich nachgehallt haben dürfte und den politischen Diskurs wesentlich prägte. In den letzten Jahren scheint das Problem jedoch wieder akuter geworden zu sein. Zur Unsicherheit haben die Entwicklungen in der Schweiz (z.B. Masseneinwanderungsinitiative), aber auch in Europa (Euro-Krise, Brexit etc.) beigetragen. 2016 hat die Problemwahrnehmung rund um die EU jedoch nicht zugenommen, das Thema bleibt aber in den Top Ten. Es wird überdurchschnittlich von Sympathisierenden der SP (30%) und der SVP (29%) als Problembereich bezeichnet.

2.2 Künftige Probleme und politische Ziele

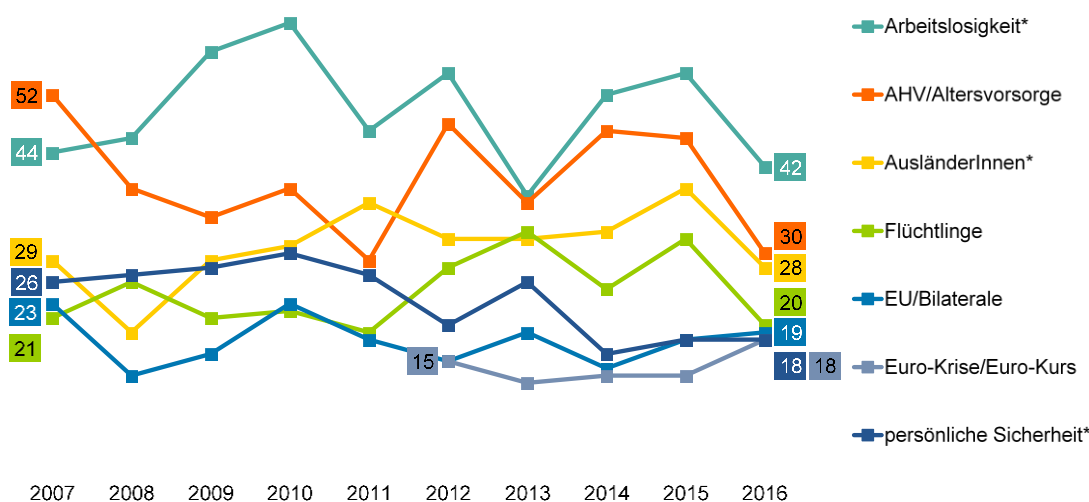
Fordert man die Schweizer Stimmberechtigten auf, eine Prognose zu den künftigen Problemen der Schweiz zu wagen, so werden häufig die gegenwärtig nagenden Sorgen angegeben:

Grafik 23

Trend künftig erwartete Probleme (1)

"Sehen Sie sich bitte nochmals alle Kärtchen an und legen Sie mir nun von allen Kärtchen jene fünf heraus, von denen Sie persönlich glauben, dass Sie in 10 Jahren die wichtigsten Probleme der Schweiz sind. Wenn Sie ein komplett anderes Thema in 10 Jahren als wichtig erachten, dann sagen Sie das ruhig."

in % Stimmberechtigter



Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit ab 2014 getrennt befragt, für Trend-Grafik addiert

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000) *2009 sprachliche Präzisierungen

So sind die fünf meistgenannten Probleme, die man in zehn Jahren erwartet, dieselben fünf Probleme, die man schon als die heutigen fünf wichtigsten Probleme sieht (Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit zusammengenommen). Die vier meistgenannten zukünftigen Probleme belegten in dieser Reihenfolge schon 2014 und 2015 die Spitzenplätze. Wie bei den aktuellen Sorgen, werden sie jedoch 2016 weniger oft genannt als 2015. Dies gilt für die sieben vordersten Ränge von 2015; Zunahmen sind dafür auf den unteren Rängen vorzufinden. Mögliche Gründe für dieses Phänomen werden in Kapitel 2.1 diskutiert (siehe S. 25).

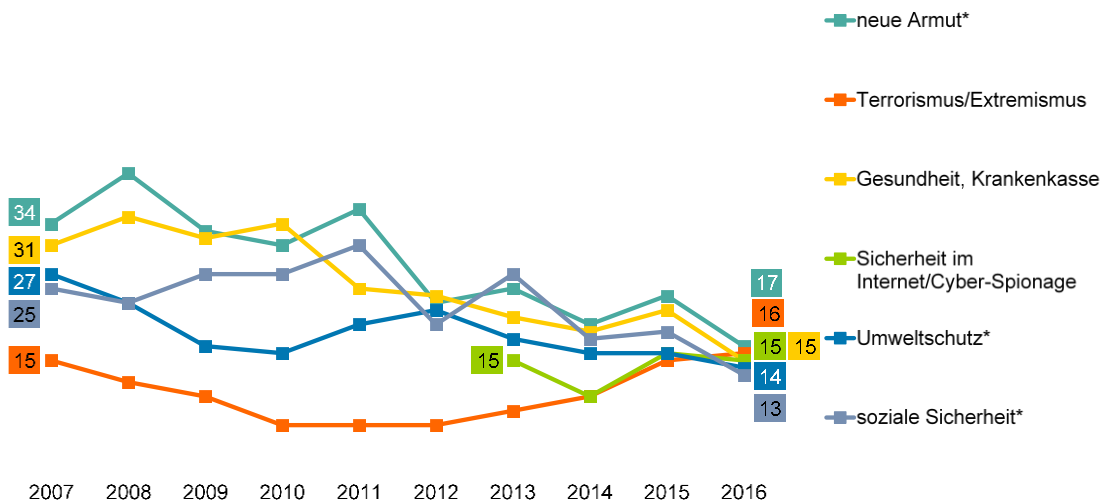
Die mit Abstand am häufigsten genannte Zukunftssorge ist die (Jugend-)Arbeitslosigkeit (42%, -13 Prozentpunkte). Sehr häufig genannt werden die Altersvorsorge (30%, -10) und Ausländerfragen insgesamt (28%, -11 Prozentpunkte). Ein Fünftel (20%, -12 Prozentpunkte) sieht bei den Flüchtlingen einen Problembereich, der uns auch in zehn Jahren noch beschäftigen wird.

Auf Platz fünf, und damit fünf Ränge höher als 2015, ist das Verhältnis der Schweiz zur EU (19%, +1 Prozentpunkt). Das Thema wurde ähnlich häufig wie im Vorjahr genannt, wird aber relativ wichtiger, da andere Themen neu tiefer bewertet werden. Das gilt auch für die persönliche Sicherheit (18%, ±0 Prozentpunkte) auf dem Rang direkt dahinter. Gleichauf liegt die Euro-Krise (18%, +5 Prozentpunkte), welches das am höchsten rangierte zukünftige Problem ist, das ausserhalb des Stichprobenfehlers häufiger genannt wurde als 2015.

Trend künftig erwartete Probleme (2)

"Sehen Sie sich bitte nochmals alle Kärtchen an und legen Sie mir nun von allen Kärtchen jene fünf heraus, von denen Sie persönlich glauben, dass Sie in 10 Jahren die wichtigsten Probleme der Schweiz sind. Wenn Sie ein komplett anderes Thema in 10 Jahren als wichtig erachten, dann sagen Sie das ruhig."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000) *2009 sprachliche Präzisierungen

In die vorderen Ränge von insgesamt 37 zur Auswahl stehenden Problemen wird auch 2016 die neue Armut gewählt (17%, -7 Prozentpunkte). Dahinter folgen diverse Probleme im Abstand von einzelnen Prozentpunkten: Terrorismus/Extremismus (16%, +1 Prozentpunkt), Gesundheitsfragen (15%, -7 Prozentpunkte), Sicherheit im Internet (15%, -1 Prozentpunkte), Umweltschutz (14%, -2 Prozentpunkte) und soziale Sicherheit (13%, -6 Prozentpunkte) werden von jeweils mindestens einem Achtel der Stimmberechtigten genannt.

Alle anderen Kärtchen wurden weniger häufig ausgewählt. 19 Problembereiche werden von zwischen 9 und 12 Prozent der Befragten genannt, fünf Bereiche seltener.

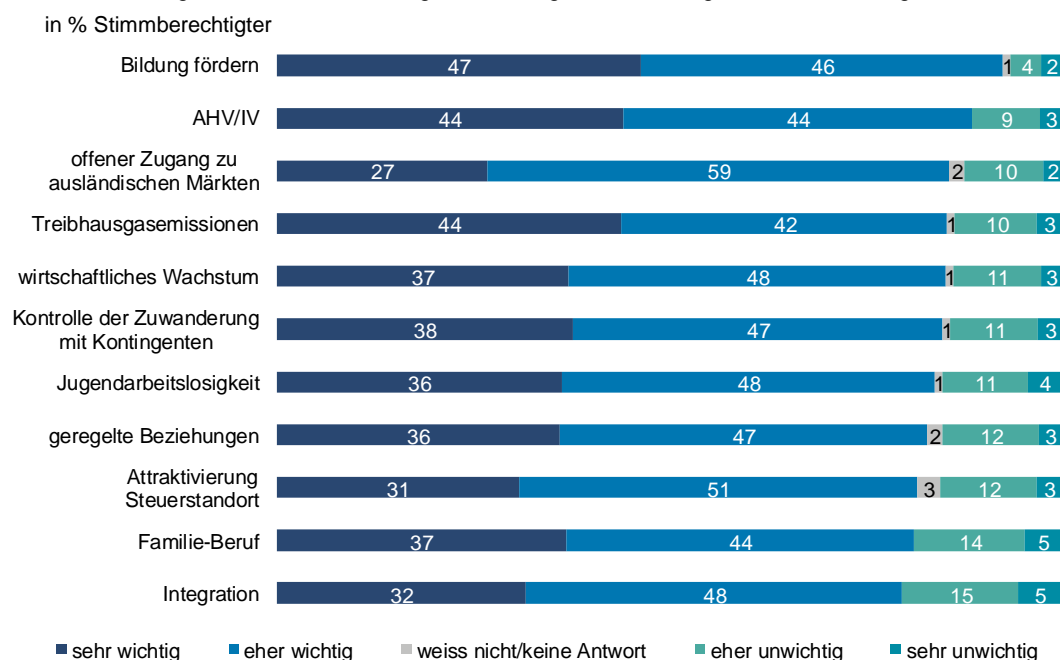
Bedeutungszuwächse sind neben dem genannten Problembereich Euro-Krise bei Armeefragen (11%, +7 Prozentpunkte), der Landwirtschaft (10%, +6 Prozentpunkte), der Gleichstellung (7%, +6 Prozentpunkte), den Bundesfinanzen (12%, +6 Prozentpunkte), der Bankenkrise (12%, +6 Prozentpunkte), dem Bildungswesen (8%, +6 Prozentpunkte), dem religiösen Fundamentalismus (10%, +4 Prozentpunkte), der Reform des Staates (11%, +4 Prozentpunkte), der Wirtschaftskrise (9%, +4 Prozentpunkte), dem Benzinpreis (9%, +4 Prozentpunkte) sowie dem Themenkomplex Digitalisierung/Technisierung/Zukunft der Arbeitswelt (4%, neu) zu finden.

Die der aktuellen politischen Ziele der Schweiz werden 2016 nicht klar hierarchisiert.

Grafik 25

Aktuelle politische Ziele in der Schweiz

"Wir haben hier einige aktuelle politische Ziele in der Schweiz ausgewählt. Beurteilen Sie bitte spontan, ob für Sie die Erreichung dieser Ziele sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig ist."



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Alle elf zur Auswahl gestellten Ziele werden von Mehrheiten von mindestens 80 Prozent als wichtig erachtet. Als am wichtigsten gilt die Förderung der Bildung (93%). Das zweitwichtigste Ziel ist die langfristige, finanzielle Sicherstellung der Vorsorgeleistungen wie AHV und IV (88%).

Alle anderen Ziele sind sehr nahe beieinander, was eine Priorisierung schwierig macht. Die nächsthäufigeren Ziele sind der offene Zugang zu ausländischen Märkten, das jedoch am wenigsten als "sehr wichtig" (dafür von einer absoluten Mehrheit als "eher wichtig") erachtet wird, und die Stabilisierung der Treibhausgasemissionen (je 86%).

Knapp am wenigsten genannt wird die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (80%), gefolgt von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (81%) sowie der Attraktivitätssteigerung des Steuerstandortes (82%).

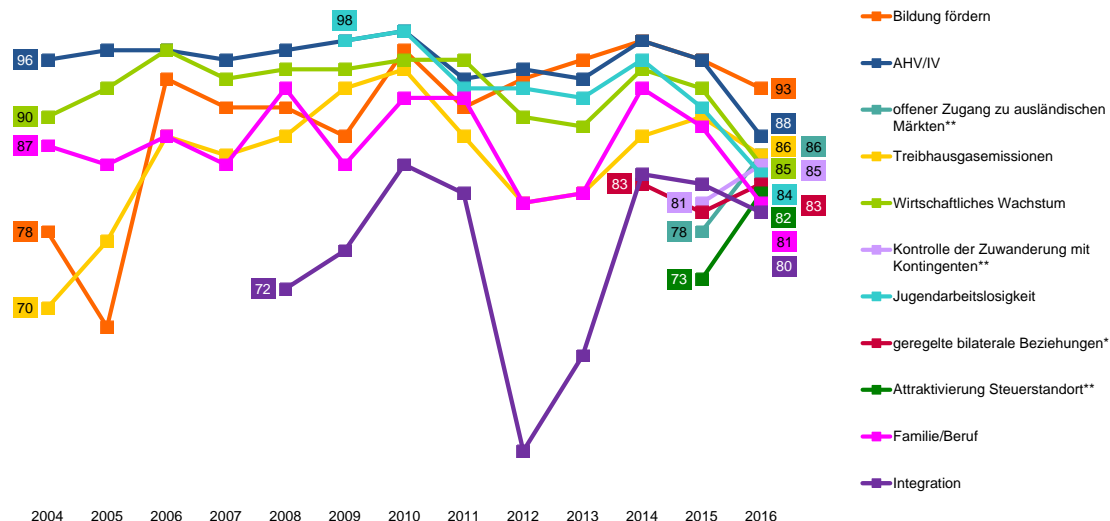
Der Zeitvergleich zeigt, dass im Vorjahr noch deutlichere Unterschiede zwischen den verschiedenen Zielen gemacht wurden:

Grafik 26

Trend Aktuelle politische Ziele in der Schweiz (2004 – 2016)

"Wir haben hier einige aktuelle politische Ziele in der Schweiz ausgewählt. Beurteilen Sie bitte spontan, ob für Sie die Erreichung dieser Ziele sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig ist."
(sehr und eher wichtig)

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)
*2014 neu befragt, ** 2015 neu befragt

Auch 2015 wurden alle Ziele von einer klaren Mehrheit als wichtig erachtet. Damals war die Spannweite zwischen dem ersten und dem letzten Rang jedoch grösser und es konnte zwischen sechs wichtigeren und fünf weniger wichtigen Zielen unterschieden werden. 2016 ist, abgesehen von der Bildung und allenfalls der AHV/IV, alles sehr ähnlich wichtig. Das liegt einerseits daran, dass die zuletzt schlechter platzierten Ziele in diesem Jahr mehr Zuspruch erhalten – vor allem der Steuerstandort (+9 Prozentpunkte) und der Zugang zu ausländischen Märkten (+8 Prozentpunkte) – und andererseits daran, dass die Ziele der Top-Gruppe verloren haben – AHV/IV, Wirtschaftswachstum, Vereinbarkeit von Familie und Beruf je 8, Jugendarbeitslosigkeit 7 Prozentpunkte.

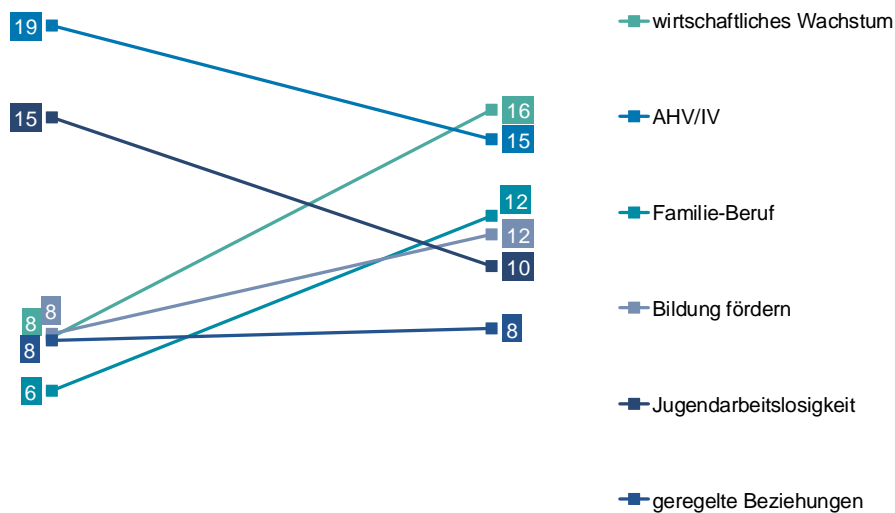
Eine deutlichere Priorisierung lässt sich erst erkennen, wenn die Stimmberechtigten ein einziges Ziel als Priorität wählen müssen.

Grafik 27

Trend höchste Priorität aktuelle politische Ziele (1/2)

"Von allen diesen Zielen, welches hat für sie die höchste Priorität?"

in % Stimmberechtigter



August 2015

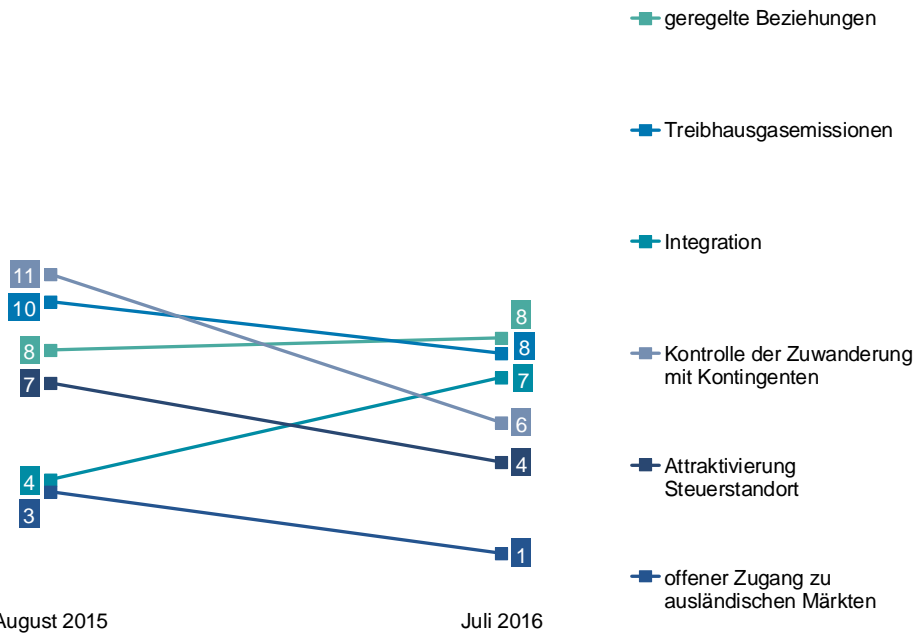
Juli 2016

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

Neu steht auf Rang eins das wirtschaftliche Wachstum (16%, +8 Prozentpunkte) – und das, obwohl sich das wahrgenommene wirtschaftliche Umfeld nicht verschlechtert hat (s. Kapitel 2.4). Nur knapp dahinter folgt das letztjährige Top-Ziel: die finanzielle Stabilisierung der Altersvorsorge (15%, -4 Prozentpunkte). Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (12%, +6 Prozentpunkte) und die Bildungsförderung (12%, +4 Prozentpunkte) werden häufiger genannt als 2015. Gegenüber dem Vorjahr weniger wichtig ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (10%, -5 Prozentpunkte).

Trend höchste Priorität aktuelle politische Ziele (2/2)

"Von allen diesen Zielen, welches hat für sie die höchste Priorität?"
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

Am wenigsten wichtig scheint der Zugang zu ausländischen Märkten (1%, -2 Prozentpunkte). Relativ weit unten in der Priorisierung sind auch der Steuerstandort (4%, -3 Prozentpunkte) und die Einführung von Kontingenten gegen die Zuwanderung (6%, -5 Prozentpunkte), welche im Vorjahr noch Platz 3 der Prioritätenliste belegte.

2.3 Aussenpolitik und Zusammenarbeit mit der EU

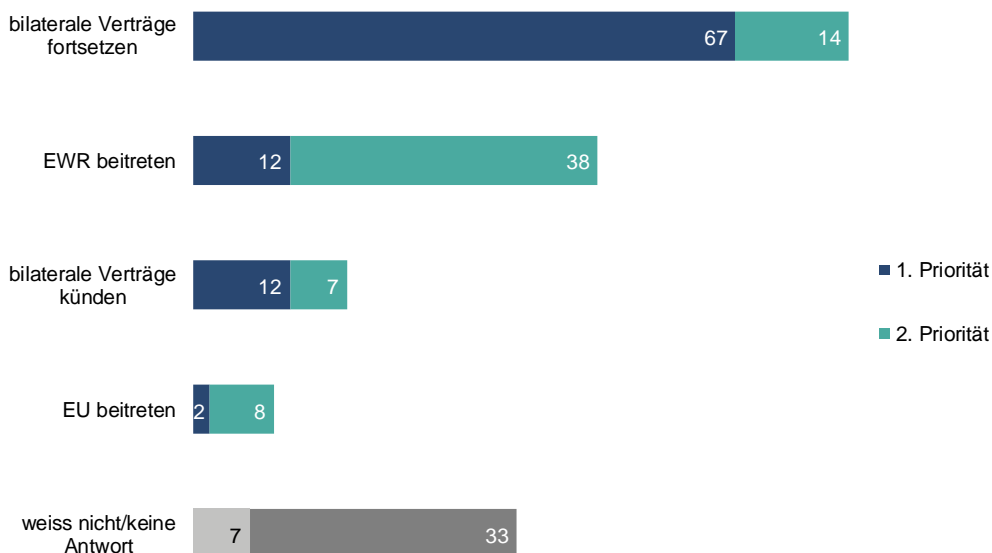
Die Schweizer Stimmberechtigten wollen die bilateralen Verträge fortsetzen.

Grafik 29

Künftiges Verhältnis Schweiz – EU

"Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach aussehen? Soll sich die Schweiz die bilateralen Verträge kündigen, soll sie sie fortsetzen, soll sie dem EWR beitreten oder soll sie Mitglied der EU werden? Was hat für Sie erste Priorität, und was zweite?"

in % Stimmberechtigter



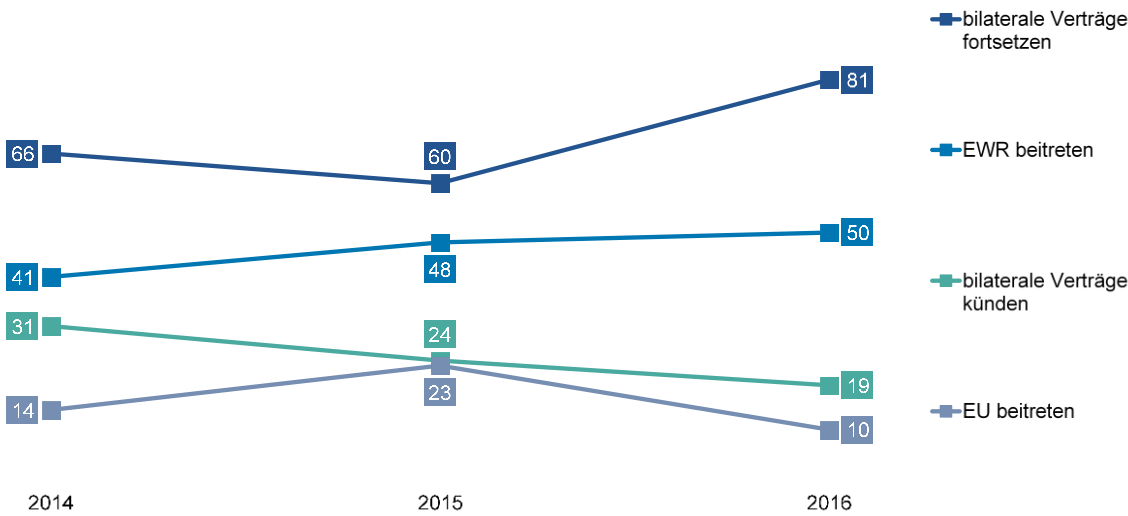
© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Für zwei Drittel der Befragten (67%) sind die Bilateralen Verträge die erste Priorität im künftigen Verhältnis der Schweiz zur EU, für weitere 14 Prozent zumindest die zweite Priorität. Alle anderen Optionen haben einen deutlich schwächeren Stand: Vor die Wahl gestellt, käme für die Hälfte auch ein EWR-Beitritt grundsätzlich in Frage, aber dies vor allem erst in zweiter Priorität (38%). Eine Kündigung der Bilateralen ist für 19 Prozent eine Option, ein EU-Beitritt nur für 10 Prozent.

Trend Künftiges Verhältnis Schweiz – EU

"Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach aussehen? Soll sich die Schweiz die bilateralen Verträge kündigen, soll sie sie fortsetzen, soll sie dem EWR beitreten oder soll sie Mitglied der EU werden? Was hat für Sie erste Priorität, und was zweite?"

in % Stimmberechtigter (1. und 2. Priorität addiert)



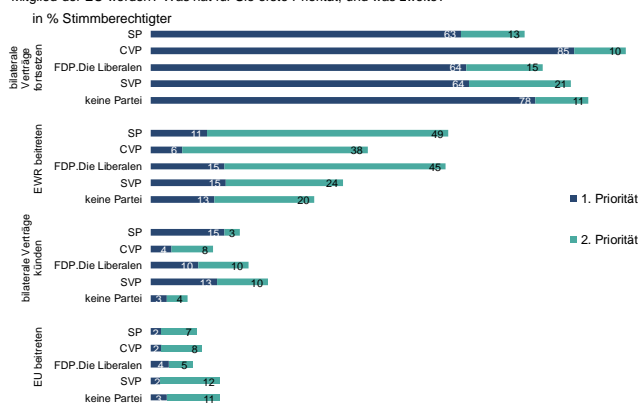
© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

Die Reihenfolge der vier Optionen bleibt (1. und 2. Priorität zusammengefasst) gleich wie in den beiden Vorjahren. Die Abstände sind jedoch deutlicher als bisher: Die Fortsetzung der Bilateralen gewinnt deutlich an Sukkors (+21 Prozentpunkte), während die Kündigung der Bilateralen (-5 Prozentpunkte) und vor allem der EU-Beitritt (-13 Prozentpunkte) deutlich weniger oft genannt werden. Die Nennhäufigkeit des EWR-Beitritts ist innerhalb des Stichprobenfehlers stabil (+2 Prozentpunkte).

Grafik 31

Künftiges Verhältnis Schweiz – EU nach Parteibindung

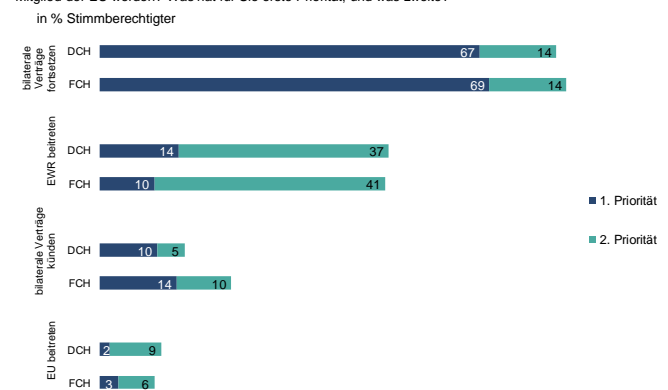
"Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach aussehen? Soll sich die Schweiz die bilateralen Verträge kündigen, soll sie sie fortsetzen, soll sie dem EWR beitreten oder soll sie Mitglied der EU werden? Was hat für Sie erste Priorität, und was zweite?"



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Künftiges Verhältnis Schweiz – EU nach Sprachregion

"Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach aussehen? Soll sich die Schweiz die bilateralen Verträge kündigen, soll sie sie fortsetzen, soll sie dem EWR beitreten oder soll sie Mitglied der EU werden? Was hat für Sie erste Priorität, und was zweite?"



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

In allen Parteilagern wollen deutliche Mehrheiten in erster Priorität die bilateralen Verträge fortsetzen. Am stärksten ist der Wunsch in der CVP vorhanden, am schwächsten bei SP und FDP.Die Liberalen. In diesen beiden Parteien ist dafür die Option eines EWR-Beitritts deutlich populärer, wenn auch nur in zweiter Priorität.

Die beiden Extrempositionen einer Kündigung der Bilateralen und des EU-Beitritts erhalten in allen Parteien weniger Zustimmung (erste und zweite Priorität zusammengezählt) als ein EWR-Beitritt. Am ehesten würden die SVP-Sympathisierenden eine Kündigung der Bilateralen in Erwägung ziehen.

Zwischen den Sprachregionen gibt es nur geringe Unterschiede: Einzig die Option einer Kündigung ist in der französischsprachigen Schweiz beliebter als in der deutschsprachigen.

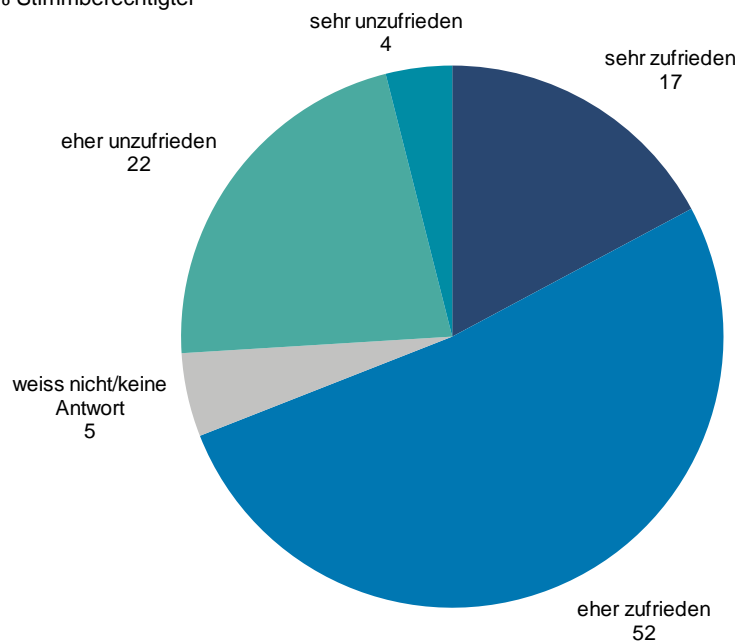
Generell sind die Schweizerinnen und Schweizer mit der Aussenpolitik des Bundesrates zufrieden.

Grafik 32

Zufriedenheit Aussenpolitik Bundesrat

"In der Schweiz ist in erster Linie der Bundesrat für die Aussenpolitik zuständig. Sind Sie mit den Leistungen des Bundesrats in der Aussenpolitik im letzten Jahr insgesamt..."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Über zwei Drittel der Befragten (69%) sind mit der Leistung des Bundesrats im letzten Jahr sehr oder eher zufrieden. Gut ein Viertel (26%) ist sehr oder eher unzufrieden. Sowohl die Zufriedenheit als auch die Unzufriedenheit ist jedoch bei den meisten Befragten nicht besonders ausgeprägt: Es sind insgesamt nur 21 Prozent (17% sehr zufrieden, 4% sehr unzufrieden), welche eine dezidierte Meinung zur bundesrätlichen Aussenpolitik haben.

Die grösste Zustimmung für seine Aussenpolitik erhält der Bundesrat von den CVP-Sympathisierenden (81%). In der FDP/Die Liberalen (71%), der Partei von Aussenminister Burkhalter, ist sie nahe am schweizweiten Durchschnitt. Gleiches gilt für die beiden anderen grossen Parteien SP (73%) und SVP (68%). Die Parteiungebundenen (54%) sind hingegen die soziodemografische Gruppe, welche am wenigsten zufrieden ist.

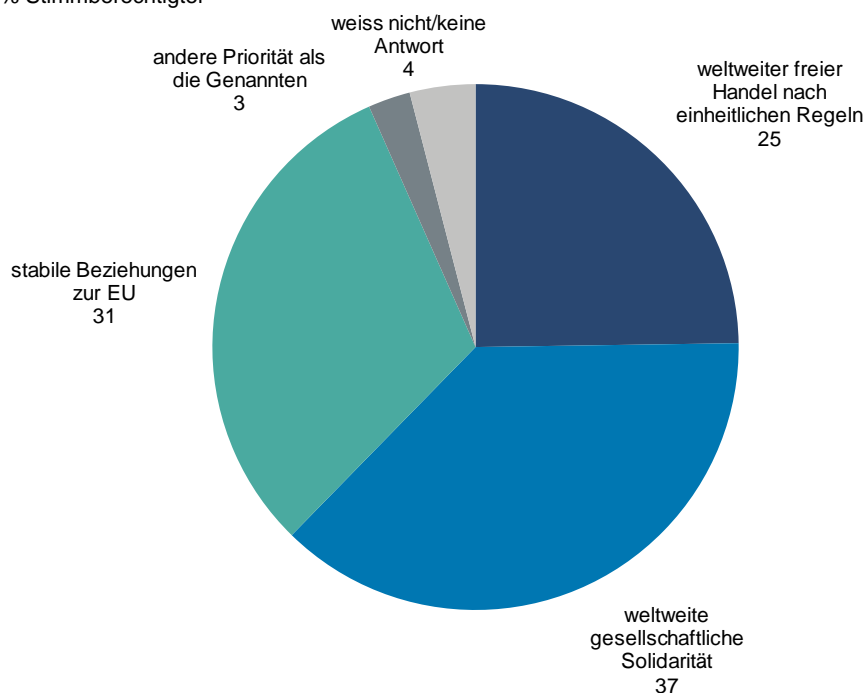
Die Stimmberechtigten sind sich uneinig, welche aussenpolitischen Prioritäten der Bundesrat setzen soll.

Grafik 33

Priorität Bundesrat

"Wo soll der Bundesrat aus Ihrer Sicht zurzeit die grösste Priorität setzen?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Am meisten Zuspruch erhält die weltweite gesellschaftliche Solidarität (37%). Nicht ganz ein Drittel (31%) möchte den Fokus eher auf die stabilen Beziehungen zur EU legen. Mit einem Viertel der Stimmen (25%) am wenigsten genannt wird der weltweite Freihandel nach einheitlichen Regeln. Noch einmal eine ganz andere Priorität hätten spontan nur drei Prozent der Befragten gewählt.

Parteilpolitisch priorisieren die Sympathisierenden der SVP die EU-Beziehungen (41%) vor der weltweiten Solidarität. Das ist bei den anderen Parteien anders, vor allem die Sympathisierenden der CVP (52%) und SP (43%) legen grösseren Wert auf die Solidarität. Der weltweite Freihandel erhält nur unter Parteungebundenen (und bei den 30- bis 39-Jährigen) leicht erhöhten Zuspruch (je 31%).

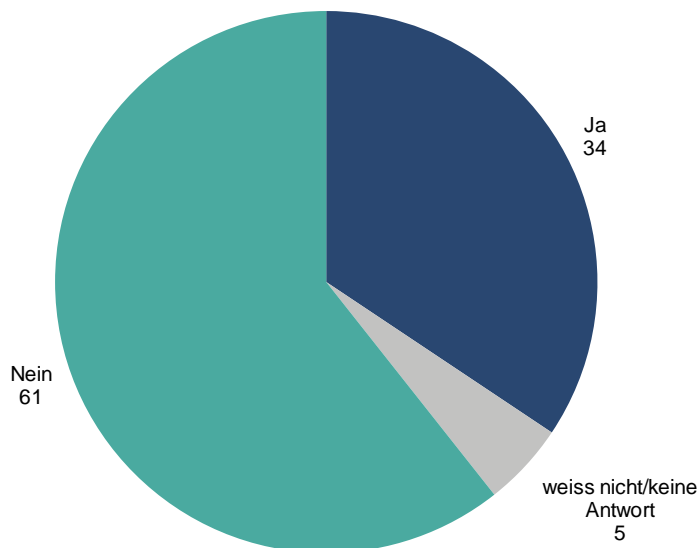
Vom transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP hat bisher erst gut ein Drittel der Stimmberechtigten (34%) gehört.

Grafik 34

Kenntnis TTIP

"Haben Sie bereits von TTIP gehört, gesehen oder gelesen?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Der überwiegenden Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer (61%) war TTIP bis zur Befragung kein Begriff.

Einerseits zeigen sich sprachregionale Unterschiede: In der italienischsprachigen Schweiz hat bereits die Hälfte (50%) davon gehört, in der französischsprachigen Schweiz 45 Prozent. In der Deutschschweiz sind es nur 30 Prozent. Andererseits hängt es vom politischen Interesse ab, das sich in der Parteibindung spiegelt: Parteiungebundene haben deutlich seltener (20%) von TTIP gehört als die Sympathisierenden von Parteien. Zudem haben Personen mit einem höheren Bildungsabschluss öfter Kenntnis davon (42%), was bei solchen Fragestellungen meistens der Fall ist. Ebenso haben Männer (40%) gegenüber Frauen (30%) öfter davon gehört.

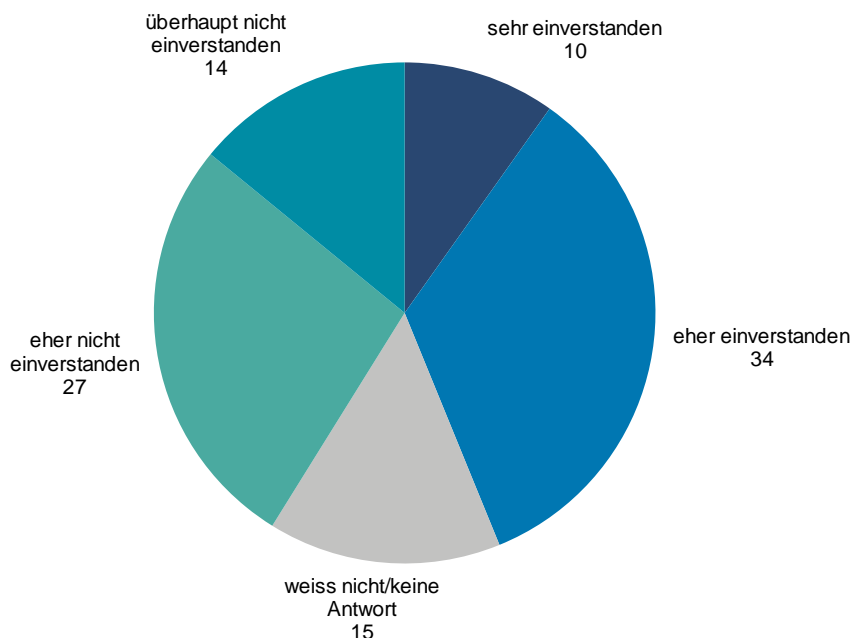
Der zumeist eher geringen Kenntnis entsprechend ist die Meinungsbildung zu TTIP wenig fortgeschritten.

Grafik 35

Zustimmung TTIP

"Unabhängig davon, wie gut Sie sich bereits mit dem Thema auskennen: Sind Sie mit dem, was Sie bisher von TTIP wissen, mit diesem Abkommen..."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Insgesamt nur 24 Prozent haben eine dezidierte Meinung zu TTIP. 61 Prozent weisen zumindest eine Tendenz auf, während 15 Prozent keine Antwort geben. Beide Seiten sind ähnlich stark: 44 Prozent sind mit TTIP sehr oder einverstanden, 41 Prozent eher oder überhaupt nicht einverstanden. Der Grund dafür, dass 61 Prozent der Befragten, noch nie etwas von TTIP gehört haben, aber lediglich 15 Prozent angeben, dass sie nicht wissen, ob sie für oder gegen das Abkommen sind liegt darin, dass in der Befragung nach der grundsätzlichen Bekanntheitsfrage eine kurze Erläuterung des Abkommens vorgenommen wurde.⁶ In diesem Sinne kann davon ausgegangen werden, dass die Meinung zu TTIP von denjenigen Befragten, die bisher nichts von TTIP gehört haben, primär entlang ihrer bereits vorgängig gehegten Prädispositionen (insbesondere im Bereich Freihandel respektive Globalisierung) geschieht.

⁶ Wortlaut Erläuterung: *TTIP steht für Transatlantic Trade and Investment Partnership und ist ein Abkommen zwischen den USA und der EU, welches den freien Handel beispielsweise bei Zöllen oder dank Bürokratie-abbau erleichtern soll und zurzeit verhandelt wird. Die Verhandlungen sind kompliziert und es gibt auch eine öffentliche Debatte hierzu.*

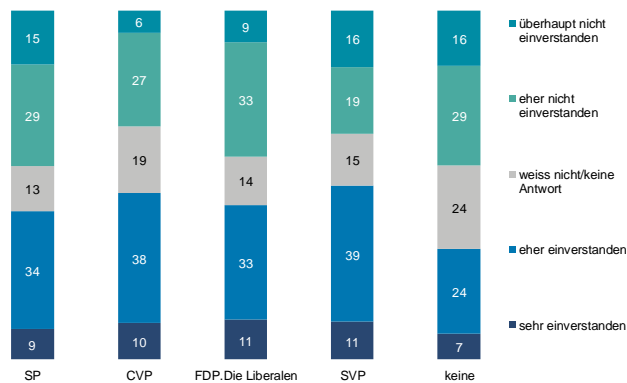
Zustimmung TTIP nach Kenntnis TTIP

"Unabhängig davon, wie gut Sie sich bereits mit dem Thema auskennen: Sind Sie mit dem, was Sie bisher von TTIP wissen, mit diesem Abkommen..."
in % Stimmberechtigter



Zustimmung TTIP nach Parteibindung

"Unabhängig davon, wie gut Sie sich bereits mit dem Thema auskennen: Sind Sie mit dem, was Sie bisher von TTIP wissen, mit diesem Abkommen..."
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010), sig.

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010), n.sig.

Fokussiert man auf diejenigen, welche bereits vor der Befragung etwas von TTIP gehört hatten, ändern sich die Mehrheitsverhältnisse: Zwar sind ebenfalls 44 Prozent einverstanden, jedoch 50 Prozent nicht einverstanden. Der Medienkonsum zum Thema scheint damit die ablehnende Haltung gestärkt zu haben.

Zwischen den Parteilagern gibt es keine signifikanten Unterschiede, was vermutlich auch auf die unterdurchschnittliche Bekanntheit des Themas zurückzuführen ist. In der Tendenz ist die Zustimmung in der SVP und CVP jedoch grösser als die Ablehnung. Bei Sympathisierenden von SP und FDP.Die Liberalen halten sich beide Lager die Waage. Unter den Parteiungebundenen überwiegt die Ablehnung, jedoch konnte sich rund ein Viertel noch keine Meinung bilden.

Es gibt geringe soziodemografische Unterschiede: Am höchsten ist die Zustimmung in der italienischsprachigen Schweiz (60% sehr oder eher einverstanden, FCH 49%, DCH 41%). Erhöhte Ablehnung findet sich in grossen Agglomerationen (47% eher oder überhaupt nicht einverstanden; ländlich/kleine/mittlere Agglomerationen 38%) und bei Personen mit einem hohen Bildungsabschluss (47%, mittel 37%, tief 42%). Wer hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung optimistisch ist, ist eher für TTIP (50% vs. 40%), wer pessimistisch ist, ist eher dagegen (39% vs. 50%). Personen ab 70 Jahren sind überdurchschnittlich ohne Meinung zu TTIP (25% weiss nicht/keine Antwort).

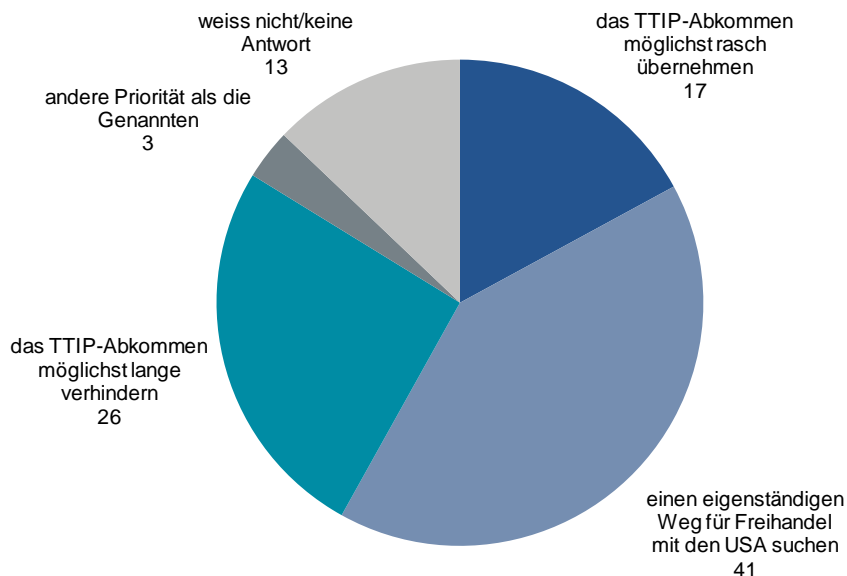
Keine der vorgeschlagenen Prioritäten für das weitere Vorgehen bezüglich TTIP wird von einer absoluten Mehrheit genannt:

Grafik 37

Vorgehen TTIP

"Angenommen, TTIP tritt in Kraft und die EU vereinfacht ihre Handelsbeziehungen mit den USA. Welches der drei folgenden Vorgehen wäre für die Schweiz am besten und sollte die erste Priorität haben?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

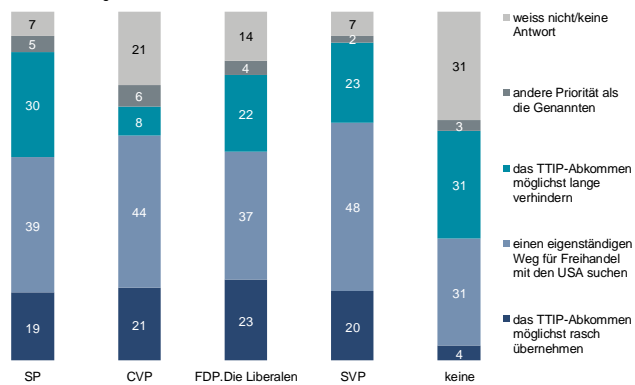
Eine relative Mehrheit (41%) empfiehlt, einen eigenständigen Weg für den Freihandel mit den USA zu suchen. Bei den beiden anderen Prioritäten gibt es mehr Personen, welche das Abkommen möglichst lange verhindern (26%) als möglichst rasch übernehmen möchten (17%).

Grafik 38

Vorgehen TTIP nach Parteibindung

"Angenommen, TTIP tritt in Kraft und die EU vereinfacht ihre Handelsbeziehungen mit den USA. Welches der drei folgenden Vorgehen wäre für die Schweiz am besten und sollte die erste Priorität haben?"

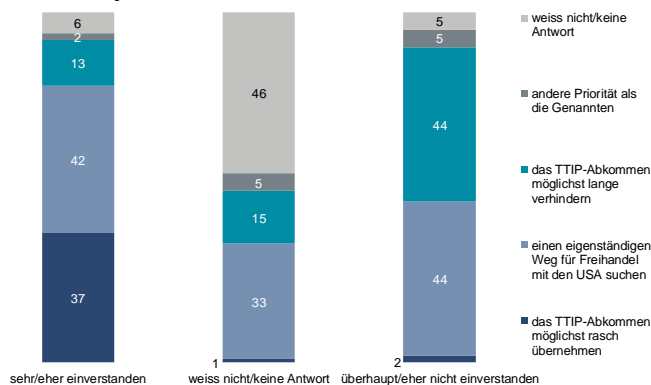
in % Stimmberechtigter



Vorgehen TTIP nach Zustimmung TTIP

"Angenommen, TTIP tritt in Kraft und die EU vereinfacht ihre Handelsbeziehungen mit den USA. Welches der drei folgenden Vorgehen wäre für die Schweiz am besten und sollte die erste Priorität haben?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010), sig.

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010), sig.

Die Verhinderungstaktik ist bei den Sympathisierenden der SP (30%) und den Parteungebundenen (31%) überdurchschnittlich hoch im Kurs. Letztere möchten auf keinen Fall eine rasche Übernahme (4%). Diese ist hingegen in der italienischsprachigen Schweiz (30%) eine diskutabile Option. Ein eigenständiges Freihandelsabkommen streben vor allem Personen an, welche sich politisch rechts (49%) oder in der Mitte (45%) positionieren respektive der SVP (48%) oder der CVP nahestehen (44%). Wer optimistisch bezüglich der eigenen oder

der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ist, möchte das Abkommen überdurchschnittlich oft rasch übernehmen (je 24%).

Personen, die mit TTIP einverstanden sind, möchten eine rasche Übernahme des Abkommens (37%) oder einen eigenständigen Weg für den Freihandel mit den USA (42%). Die ablehnende Gegengruppe möchte entweder ebenfalls ein eigenständiges Freihandelsabkommen oder die Verhinderung des Abkommens (44%). Wer noch keine Meinung zu TTIP hat, ist zu grossen Teilen auch un schlüssig, welches Vorgehen für die Schweiz am besten wäre (46%). Dennoch gibt es auch in dieser Gruppe relevante Minderheiten, die trotz der wenig fortgeschrittenen Meinungsbildung zu TTIP klare Vorstellungen über die Umsetzung haben: Mit 33 Prozent ist insbesondere das Lager derjenigen, die einen eigenen Weg gehen wollen, gross.

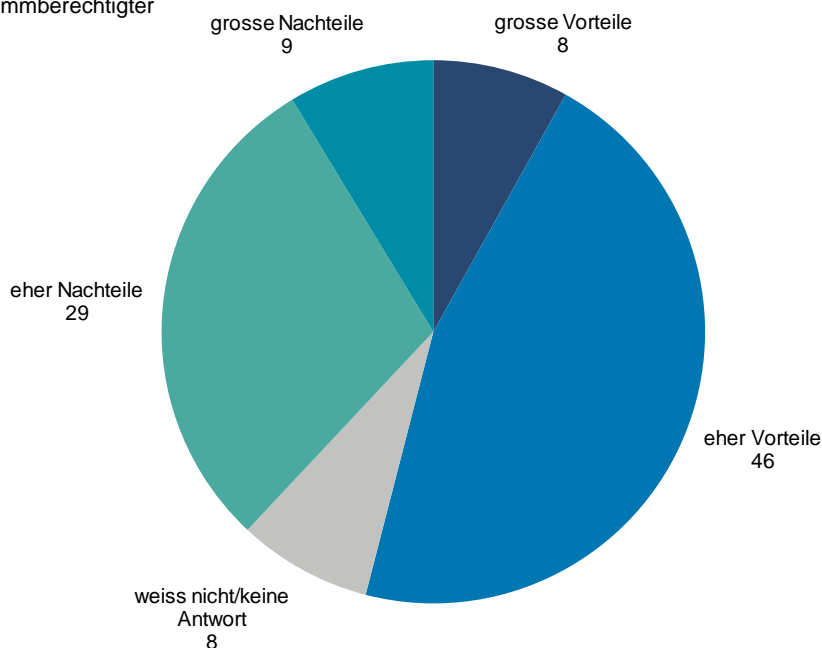
Am 23. Juni 2016 wurde im Vereinigten Königreich ein Referendum über den Austritt aus der EU abgehalten. Die Stimmbevölkerung votierte mit 51.9 Prozent für den Austritt, den "Brexit". Die Umsetzung des Brexit und die damit einhergehenden Verhandlungen mit der EU sind für die kommenden Jahre geplant. Da sich auch die Schweiz in Verhandlungen mit der EU zu Personenfreizügigkeit, respektive dem Level der Integration, befindet, werden immer wieder Parallelen zwischen den beiden Fällen gezogen. Insbesondere die Frage über die Auswirkungen des Brexit auf die Verhandlungsposition der Schweiz beschäftigten die Öffentlichkeit stark.

Grafik 39

Folgen Brexit für Verhandlungsposition CH vs. EU

"Und wie wirkt sich die Entscheidung Grossbritanniens auf die EU-Politik der Schweiz aus? Hat das für die Verhandlungsposition der Schweiz der EU gegenüber..."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Zu den Auswirkungen des Brexit auf die Verhandlungsposition der Schweiz gegenüber der EU äusserten sich 92 Prozent der Befragten mit einer Tendenz zu Vorteilen und Nachteilen. Lediglich 8 Prozent hatten keine Meinung. Diese Frage dürfte damit nicht nur in den Medien Debatten ausgelöst haben. Es sieht jedoch nur eine Minderheit grosse Vor- oder Nachteile (summiert 17%). Aus Sicht der grossen Mehrheit verändert der Brexit die Verhandlungsposition also eher moderat.

Die Resultate zwischen den wirtschaftlichen (s. Kapitel 2.4.2) und den politischen Folgen des Brexit gleichen sich auffällig, wobei eine Spur mehr Skepsis im politischen Bereich spürbar ist. Die Korrelation zwischen den Einschätzun-

gen zu den wirtschaftlichen Folgen und den politischen Folgen beträgt 0.591 und ist damit hoch. Wer in wirtschaftlicher Hinsicht optimistisch ist, ist mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit auch bezogen auf die Verhandlungsposition der Schweiz optimistisch.

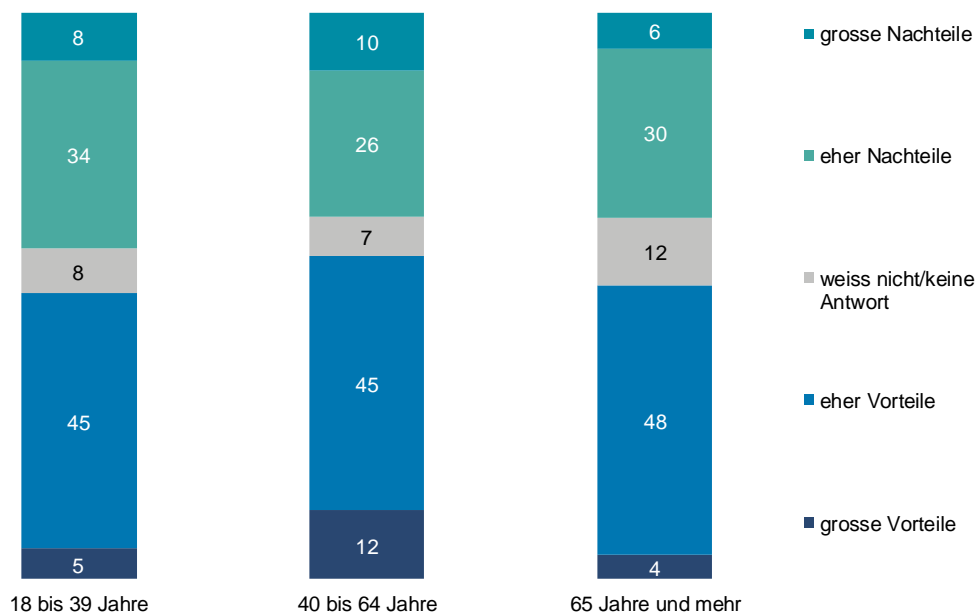
Insgesamt sehen 54 Prozent der Befragten grosse Vorteile oder eher Vorteile für die Verhandlungsposition der Schweiz der EU gegenüber. Damit sind die Optimisten in der Mehrheit. 38 Prozent sehen grosse Nachteile oder eher Nachteile.

Grafik 40

Folgen Brexit für Verhandlungsposition CH vs. EU nach Alter

"Und wie wirkt sich die Entscheidung Grossbritanniens auf die EU-Politik der Schweiz aus? Hat das für die Verhandlungsposition der Schweiz der EU gegenüber..."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010), sig.

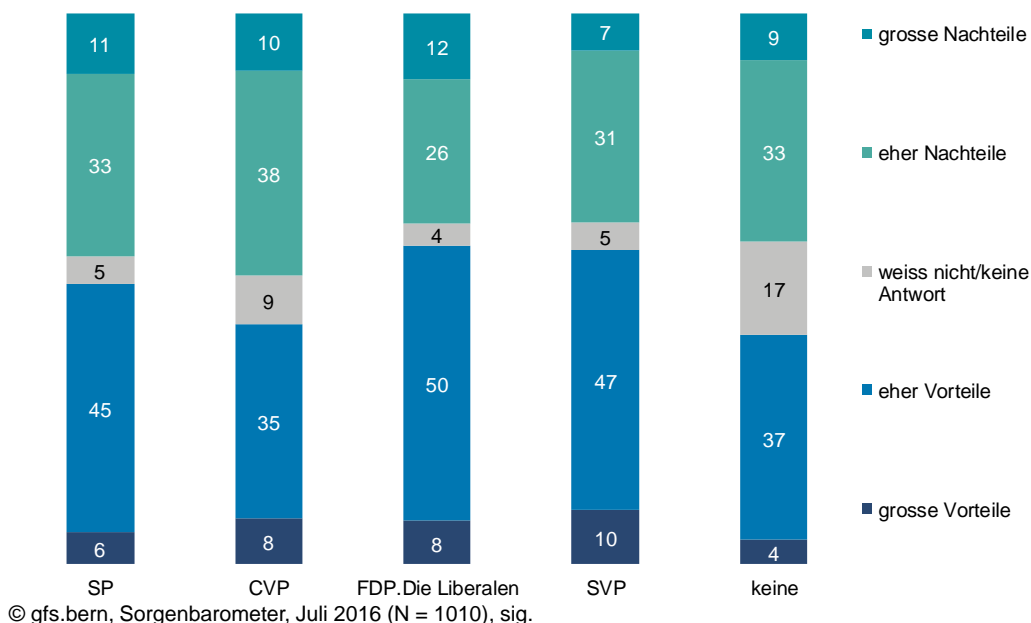
In der politischen Frage sind Pessimisten unter den Jüngeren relativ gesehen stärker verbreitet. Das gilt insbesondere für die 18- bis 29-Jährigen. In dieser Altersgruppe stehen der Gruppe der 50 Prozent Optimisten 47 Prozent Pessimisten gegenüber, womit die jüngsten Befragten in zwei praktisch gleich grosse Lager gespalten sind.

Diese Unterschiede nivellieren sich etwas, wenn man die Gruppe auf die 18- bis 39-Jährigen ausweitet. Trotzdem bleiben sie signifikant. Am optimistischsten sind 40- bis 64-Jährige. Personen im Rentenalter haben verstärkt keine gerichtete Meinung zu den politischen Folgen des Brexit.

Folgen Brexit für Verhandlungsposition CH vs. EU nach Parteibindung

"Und wie wirkt sich die Entscheidung Grossbritanniens auf die EU-Politik der Schweiz aus? Hat das für die Verhandlungsposition der Schweiz der EU gegenüber..."

in % Stimmberechtigter

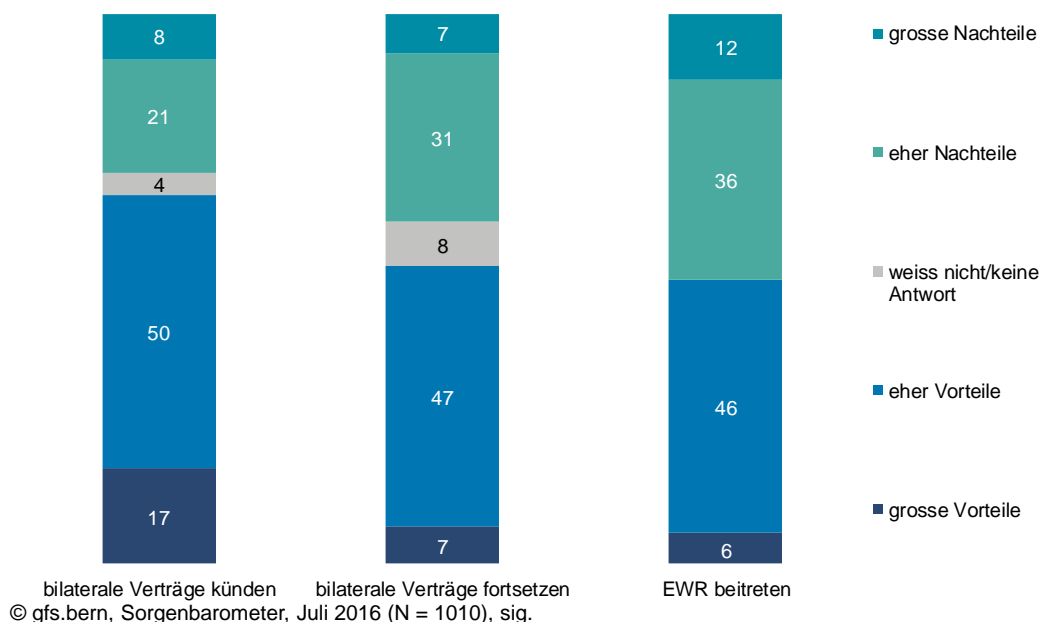


Die Unterschiede sind bei den politischen Folgen des Brexit nach Parteibindung betrachtet (knapp) signifikant, sie scheinen also recht gering. Hier zeigt sich die Tendenz einer politischen Unterscheidung aber noch etwas deutlicher und deutet eine gewisse Polarisierung zwischen den Lagern an: Bei der SP- und der CVP-Anhängerschaft sind Optimisten nur knapp in der Mehrheit respektive minderheitlich, bei der FDP- und SVP-Anhängerschaft stellen sie dagegen recht deutlich die Mehrheit.

Folgen Brexit für Verhandlungsposition CH vs. EU nach künftigem Verhältnis Schweiz – EU (1. Priorität)

"Und wie wirkt sich die Entscheidung Grossbritanniens auf die EU-Politik der Schweiz aus? Hat das für die Verhandlungsposition der Schweiz der EU gegenüber..."

in % Stimmberechtigter



Die politische Leseweise der Frage zu den politischen Auswirkungen des Brexit zeigt sich auch entlang der Haltungen zu den Prioritäten der Beziehung zur EU. Wer eine Kündigung der Bilateralen in Kauf nimmt oder gar befürwortet, ist deutlich optimistischer in Bezug auf die Verhandlungsposition der Schweiz als Personen, die für eine Fortsetzung der Bilateralen sind. Bei Personen, die in erster Linie den EWR-Beitritt als Lösung sehen, sind die Optimisten nur noch knapp in der Mehrheit.

2.4 Wirtschaftliches Umfeld

In den folgenden drei Unterkapiteln werden die Einschätzungen zum individuellen wirtschaftlichen Umfeld der Befragten sowie zu jenem der Allgemeinheit – mit einer gesonderten Betrachtung des Brexit – diskutiert.

2.4.1 Persönliche wirtschaftliche Situation

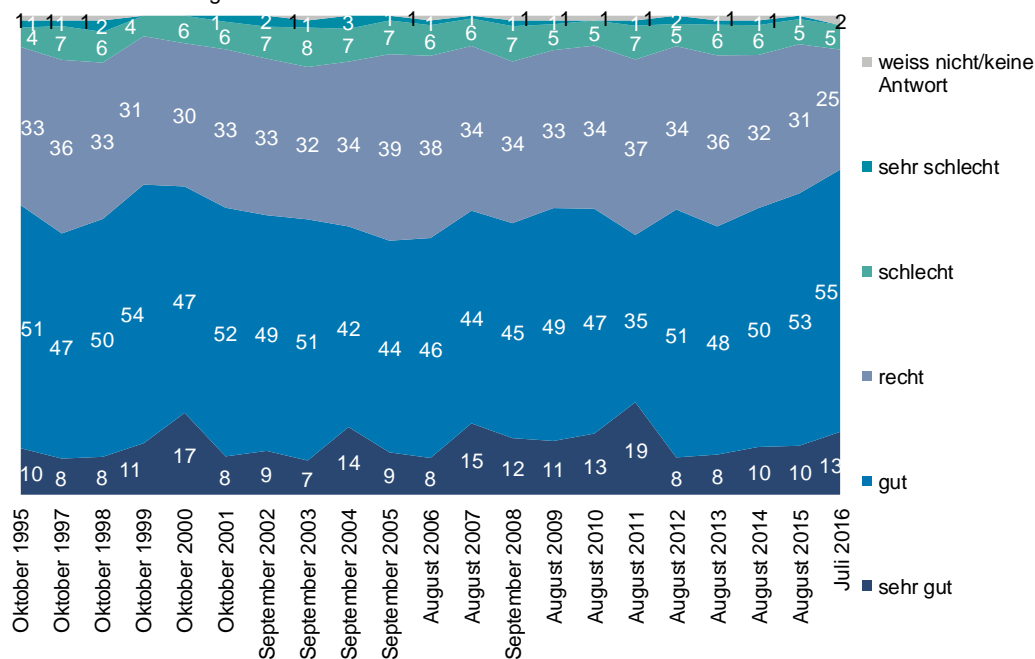
Die Stimmberechtigten beurteilen ihre individuelle wirtschaftliche Lage so gut wie noch nie:

Grafik 43

Trend aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage

"Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht? Ist dies ..."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

68 Prozent bewerten sie als gut oder sogar sehr gut. Das sind fünf Prozentpunkte mehr als im Vorjahr, als der bisherige Höchststand von 1999 (65%) fast erreicht wurde.

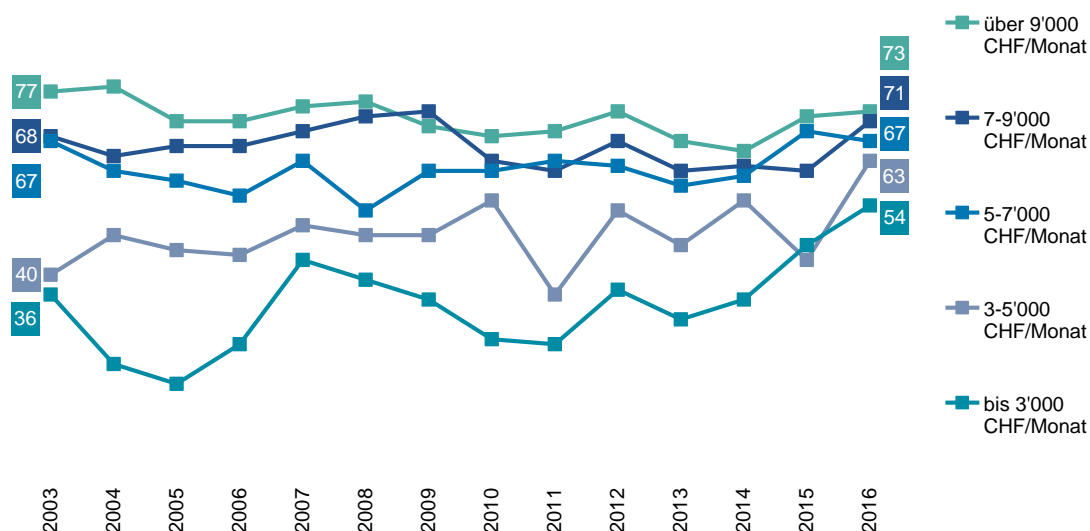
Anders als im Vorjahr beurteilen Leute mit verschiedenen Haushaltseinkommen die Frage nicht mehr statistisch signifikant unterschiedlich.

Grafik 44

Trend aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage 2003 – 2016 nach Haushaltseinkommen

"Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht?"

in % Stimmberechtigter (sehr gut/gut)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

In der Tendenz sind die Unterschiede jedoch weiterhin ersichtlich. Je höher das Haushaltseinkommen ist, desto positiver ist auch die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation. Aber insbesondere zwischen Befragten mit Einkommen bis 3'000 Franken (54% sehr gut und gut, +8 Prozentpunkte) und solche mit Einkommen von 3'000 bis 5'000 Franken (63%, +20 Prozentpunkte) beurteilen ihre Situation als so gut wie noch nie. Bei Einkommen zwischen 7'000 und 9'000 Franken (71%, +10 Prozentpunkte) gab es ebenfalls einen Schub.

Die Einschätzung hängt 2016 in erster Linie vom Alter der befragten Person ab. Die positivsten Einschätzungen finden sich in den mittleren Altersgruppen (40-49 Jahre: 74% sehr/eher gut, 50-59 Jahre: 77% sehr/eher gut), die negativsten bei den ab 60-Jährigen (61%).

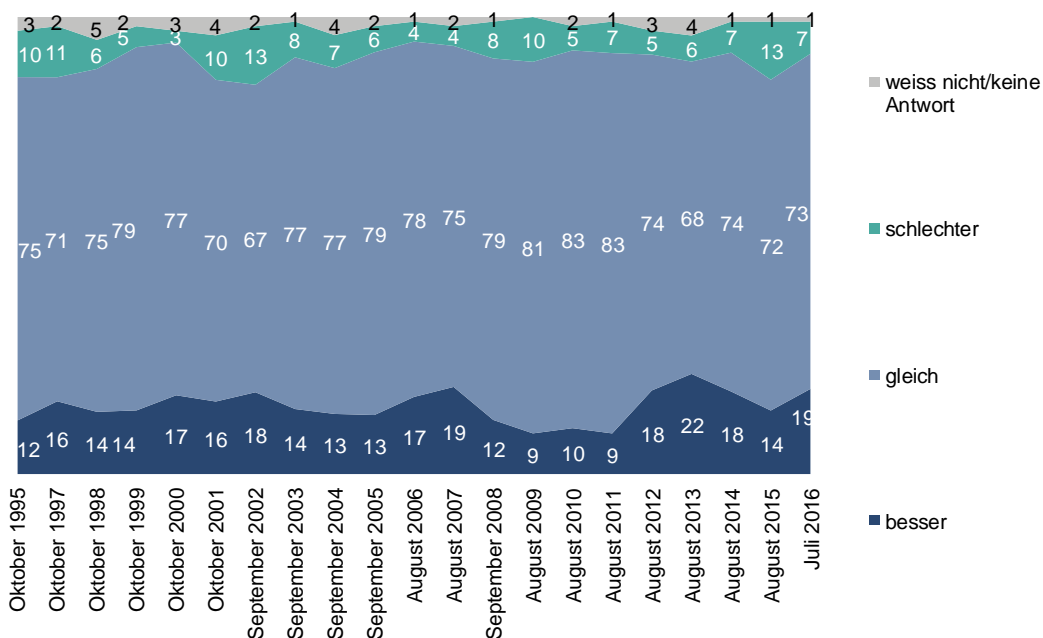
Auch bezüglich ihrer wirtschaftlichen Zukunft sind die Stimmberechtigten optimistischer geworden.

Grafik 45

Trend kommende individuelle wirtschaftliche Lage

"Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken, würden Sie dann sagen, dass es Ihnen wirtschaftlich gesehen besser, gleich oder schlechter als jetzt gehen wird?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

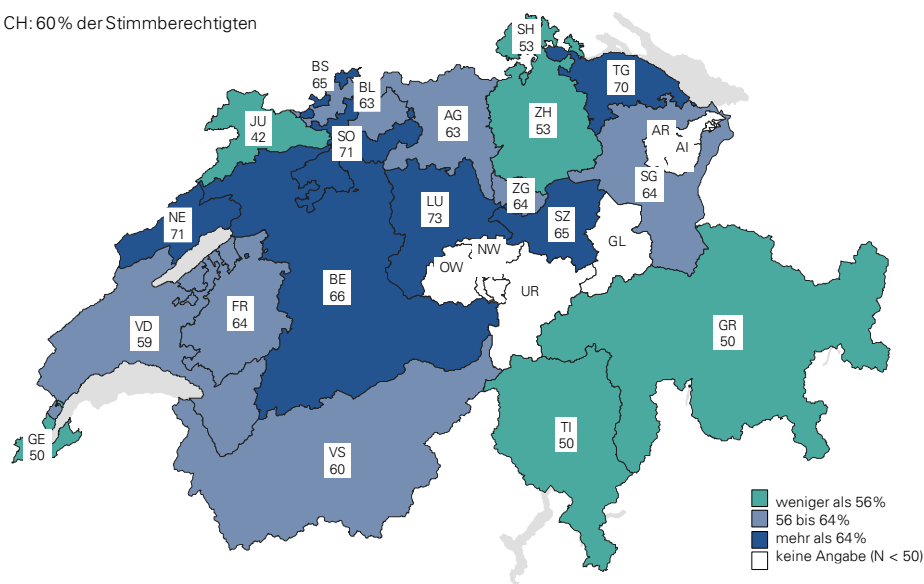
Immerhin 19 Prozent (+5 Prozentpunkte) gehen davon aus, dass sich ihre individuelle wirtschaftliche Lage bessern wird. Nur noch 7 Prozent (–6 Prozentpunkte) rechnen mit einer Verschlechterung. Nach wie vor geht die überwiegende Mehrheit (73%, +1 Prozentpunkte) aber davon aus, dass sich binnen Jahresfrist ihre individuelle wirtschaftliche Situation nicht signifikant ändern wird.

Auch diese Frage ist vom aktuellen Haushaltseinkommen unabhängig, variiert aber je nach Alter. Die jüngeren Jahrgänge sind optimistischer (18-29 Jahre: 28% besser; 30-39 Jahre: 26%) als die älteren Jahrgänge (ab 60 Jahren: 10%).

Aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage: sehr gut/gut

"Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht?"

Mittel CH: 60% der Stimmberechtigten



Angaben nur bei $n \geq 50$

Pool Sorgenbarometer 2011-2016

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 6041)

Die Einschätzung der **aktuellen** wirtschaftlichen Lage (gepoolt aus den letzten fünf Befragungswellen) unterscheidet sich regional und folgt nicht einem einheitlichen Muster. Wie schon in früheren Wellen festgestellt, handelt es sich bei den Kantonen mit einer tieferen Beurteilung um Grenzkantone. Mit Genf, Zürich und Schaffhausen finden sich darunter mehrere Kantone mit einem überdurchschnittlichen Bruttoinlandprodukt pro Kopf⁷.

Basel-Stadt, ebenfalls ein Grenzkanton und jener mit dem höchsten Pro-Kopf-BIP der Schweiz, zählt hingegen zu den Kantonen mit überdurchschnittlich vielen Einwohnerinnen und Einwohnern, die ihre wirtschaftliche Lage als gut betrachten. In diese Kategorie fallen mit dem Kanton Schwyz und Thurgau auch Kantone mit einem unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-BIP.

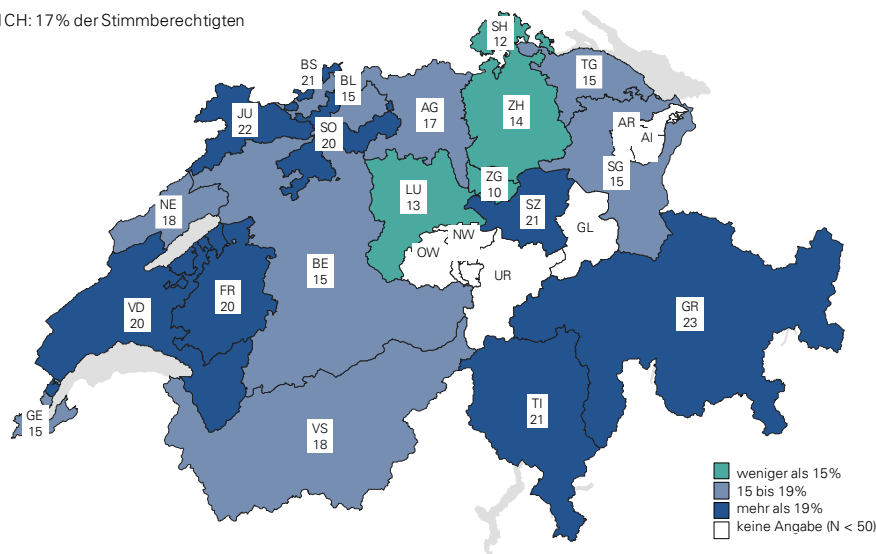
Es gibt auch keine eindeutigen Unterschiede zwischen städtisch und ländlich geprägten Regionen oder zwischen deutsch- und französischsprachiger Schweiz.

⁷ gem. Bundesamt für Statistik (2013): [<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/04/02/05.html>]. Online im Internet (Stand August 2016)

Kommende individuelle wirtschaftliche Lage: besser

"Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken, würden Sie dann sagen, dass es Ihnen wirtschaftlich gesehen besser, gleich oder schlechter als jetzt gehen wird?"

MittelCH: 17% der Stimmberechtigten



Angaben nur bei n ≥ 50

Pool Sorgenbarometer 2011-2016

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 6041)

Werden die **prospektiven** Einschätzungen auf eine Kantonskarte übertragen, zeigen sich Unterschiede zur vorangegangenen Karte. Zürich und Schaffhausen sind auch bezüglich der Zukunft pessimistischer als die Schweiz insgesamt. Das gilt hingegen nicht für das Tessin, Graubünden oder den Jura – die Einwohner dieser Kantone beurteilen die aktuelle Situation nur als unterdurchschnittlich gut, sind aber optimistischer für die Zukunft.

2.4.2 Allgemeine Wirtschaftslage

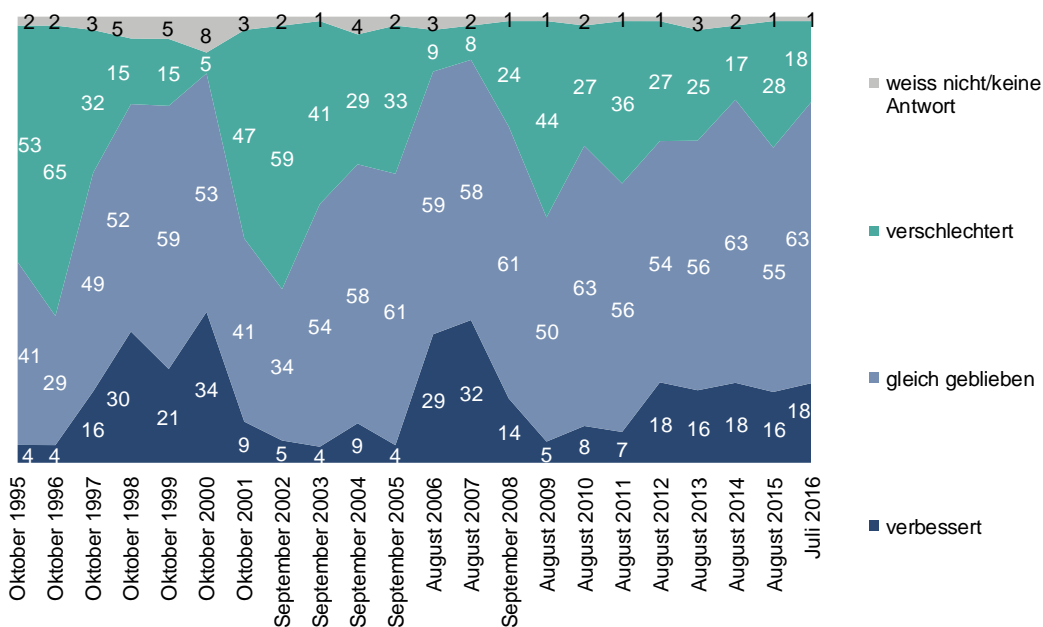
In Bezug auf die allgemeine wirtschaftliche Lage ist der Optimismus weniger stark angestiegen als in Bezug auf die eigene Situation.

Grafik 48

Trend aktuelle allgemeine wirtschaftliche Lage

"Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage der Schweiz in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?"

in % Stimmberechtigter



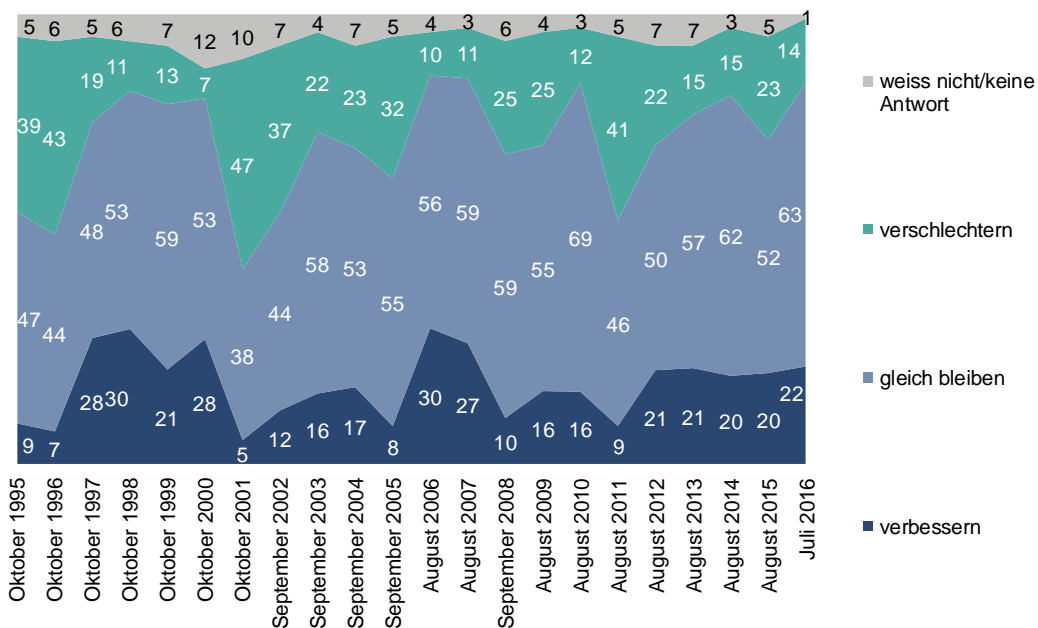
© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

Ähnlich viele wie im Vorjahr sehen eine allgemeine Verbesserung der Wirtschaft (18%, +2 Prozentpunkte). Gleich viele haben eine Verschlechterung wahrgenommen (18%, -10 Prozentpunkte) – dieser Wert aber ist klar rückläufig. Die Mehrheit hat weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung wahrgenommen (63%, +8 Prozentpunkte). Damit hat sich die retrospektive Sicht auf die Wirtschaft seit 2009 verbessert. Sie ist allerdings (noch) nicht so optimistisch wie 2006/2007.

Trend kommende allgemeine wirtschaftliche Lage

"Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage der Schweiz in den kommenden 12 Monaten entwickeln?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

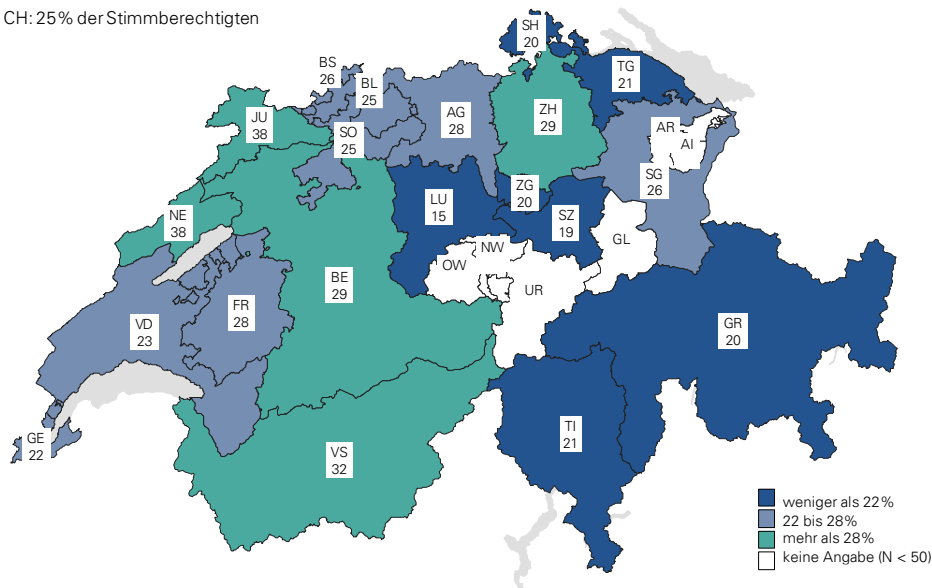
Vergleicht man die Beurteilung der aktuellen wirtschaftlichen Situation mit der Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung, entdeckt man eine auffällige Übereinstimmung der Werte. Die Erfahrungen der Vergangenheit, so scheint es, werden in die Zukunft projiziert. So bleibt der Anteil jener, die eine Verbesserung der Wirtschaftslage in den kommenden zwölf Monaten erwarten, innerhalb des Stichprobenfehlers stabil (22%, +2 Prozentpunkte), während die pessimistische Gegengruppe schrumpft (14%, -9 Prozentpunkte). Auch hier geht die Mehrheit jedoch von keinen grossen Veränderungen aus (63%, +11 Prozentpunkte).

In der Tendenz sind die jüngeren Jahrgänge – wie bei der individuellen, zukünftigen Wirtschaftslage – leicht optimistischer.

Aktuelle allgemeine wirtschaftliche Lage: verschlechtert

"Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?"

Mittel CH: 25% der Stimmberechtigten



Angaben nur bei n ≥ 50

Pool Sorgenbarometer 2011-2016

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 6041)

In der Rückbetrachtung hat sich die Wirtschaft (die letzten fünf Wellen gepoolt) in der Wahrnehmung der Bevölkerung überdurchschnittlich schlecht in den Westschweizer Kantonen Jura, Neuenburg und Wallis sowie in den beiden bevölkerungsreichsten Kantonen Zürich und Bern entwickelt. Überdurchschnittlich gut war die Entwicklung für die Befragten in der Zentralschweiz (LU, ZG, SZ) sowie im Süd- (TI, GR) und Nordosten (SH, TG) der Schweiz.

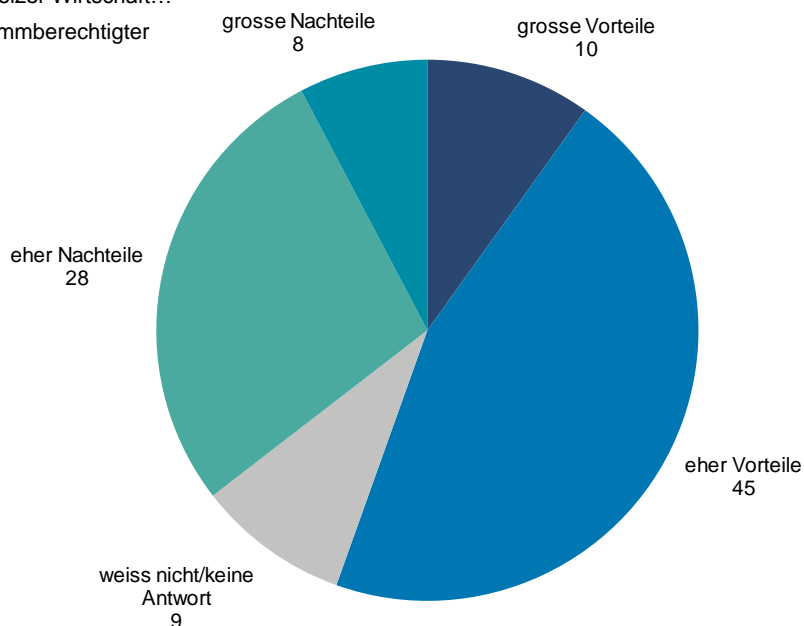
Die Folgen des Brexit sind für die Schweiz nicht nur bezüglich der eigenen Verhandlungsposition mit der EU spürbar, sondern auch mit potentiellen wirtschaftlichen Konsequenzen verknüpft. Die Schweizer Bevölkerung hat zu dieser Frage eine relativ dezidierte Meinung (siehe Grafik 51) und lediglich 9 Prozent der Befragten können oder wollen ihre Ansichten zu den wirtschaftlichen Folgen des Brexit für die Schweiz nicht äussern.

Trotz anfänglich grösseren Turbulenzen an den Börsen sehen 10 Prozent der Stimmberechtigten grosse Vorteile und weitere 45 eher Vorteile durch den Brexit für die Schweizer Wirtschaft. Damit machen die Optimisten mit 55 Prozent die knappe Mehrheit aus, was die wirtschaftlichen Perspektiven betrifft. Nachteile betonen 8 Prozent stark. Weitere 28 Prozent sehen zumindest eher Nachteile für die Schweizer Wirtschaft. Die Pessimisten unter den Stimmberechtigten machen damit zusammen etwas mehr als ein Drittel aus – und damit eine relevante Minderheit.

Folgen Brexit für CH Wirtschaft

"Grossbritannien hat bei der sogenannten Brexit-Abstimmung entschieden, aus der EU auszutreten. Hat das für die Schweizer Wirtschaft..."

in % Stimmberechtigter



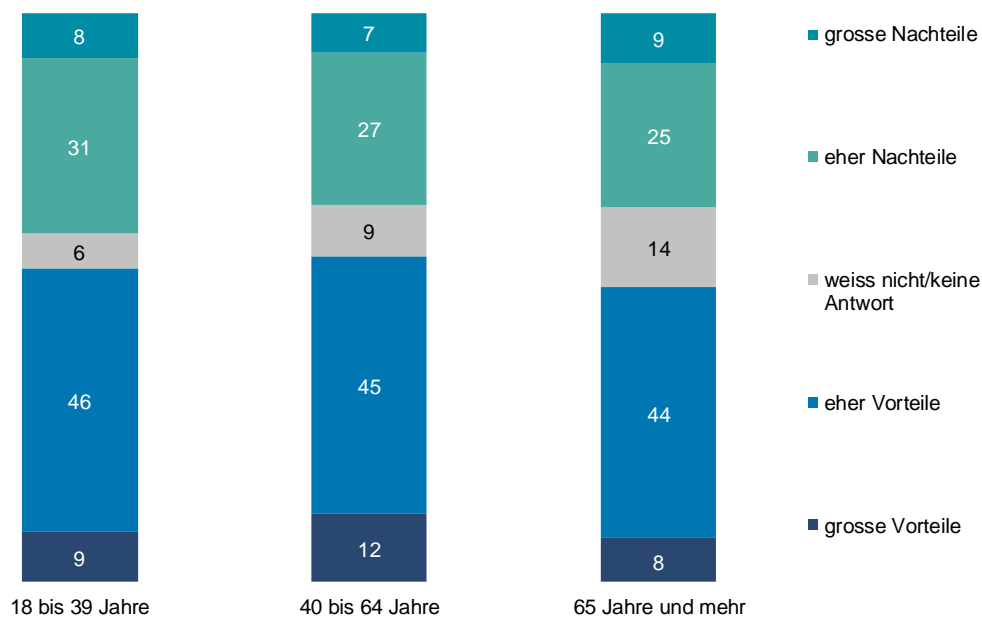
© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

In keiner von uns untersuchten Gruppe sind die Pessimisten in der Mehrheit. Das gilt auch für die verschiedenen Einkommens- und Bildungsstufen. Nach Sprachregionen sind die Unterschiede ebenfalls nicht signifikant. In der Tendenz sind Befragte aus der französischsprachigen und der italienischsprachigen Schweiz leicht optimistischer als diejenigen aus der deutschsprachigen Schweiz.

Folgen Brexit für CH Wirtschaft nach Alter

"Grossbritannien hat bei der sogenannten Brexit-Abstimmung entschieden, aus der EU auszutreten. Hat das für die Schweizer Wirtschaft..."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010), sig.

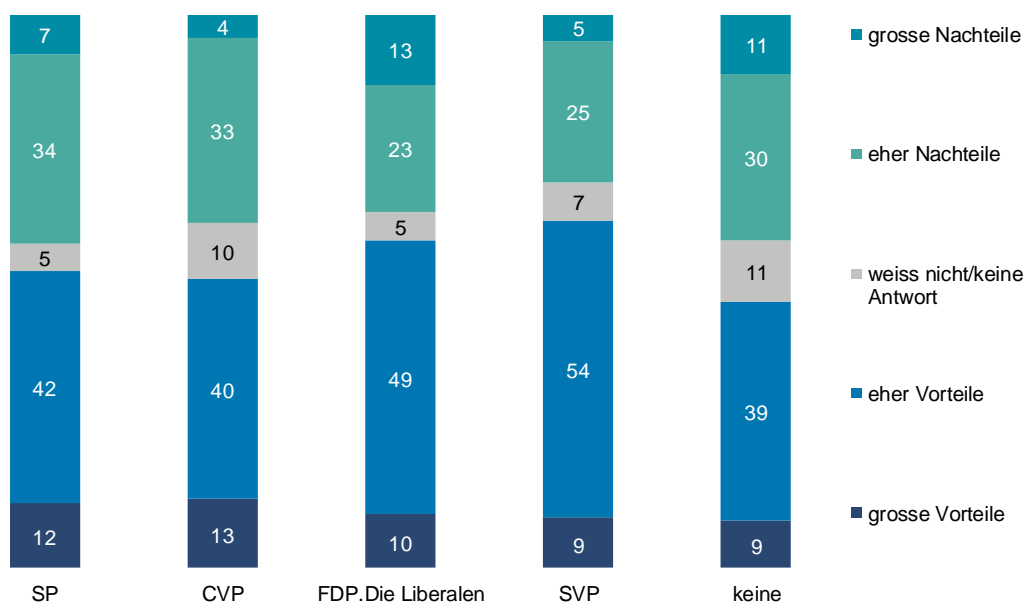
Von besonderem Interesse sind in Brexit-Fragen die Unterschiede nach Alter, weil die Entscheidung Grossbritanniens einen sehr langen Zeithorizont hat und damit vor allem Jüngere betrifft. In Grossbritannien nahmen Junge zwar weniger an der Abstimmung teil, sie stimmten aber mehrheitlich für "Remain", also ein Verbleib in der EU, und wurden von der Mehrheit der Älteren überstimmt.

Die Unterschiede unter den Schweizer Stimmberechtigten sind knapp signifikant: Jüngere sind bezüglich der Folgen zu 39 Prozent pessimistisch. Auch unter den 18- bis 39-Jährigen überwiegt aber der Optimismus mit 55 Prozent deutlich. Personen im Rentenalter haben zu 14 Prozent keine gerichtete Meinung zu den wirtschaftlichen Folgen. Sie fühlen sich vielleicht tatsächlich weniger davon betroffen als die Jüngeren.

Folgen Brexit für CH Wirtschaft nach Parteibindung

"Grossbritannien hat bei der sogenannten Brexit-Abstimmung entschieden, aus der EU auszutreten. Hat das für die Schweizer Wirtschaft..."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010), n.sig.

Die Unterschiede nach Parteibindung sind nicht signifikant. Das ist überraschend, denn optimistische Stimmen wurden insbesondere von den Eliten der SVP laut. Insgesamt überwiegt der Optimismus mehrheitlich bei allen Parteianhängerschaften, die wir dank ausreichender Fallzahl gesondert auswerten können. Am wenigsten optimistisch sind in der Tendenz jedoch Personen ohne Parteibindung.

2.5 Kritik und Vertrauen in Institutionen

2.5.1 Wirtschaftsversagen vs. Politikversagen

Nach der Verunsicherung im Jahr 2011 und dem 2012 angewachsenen Misstrauen in die Wirtschaft hat sich die Lage danach wieder beruhigt.

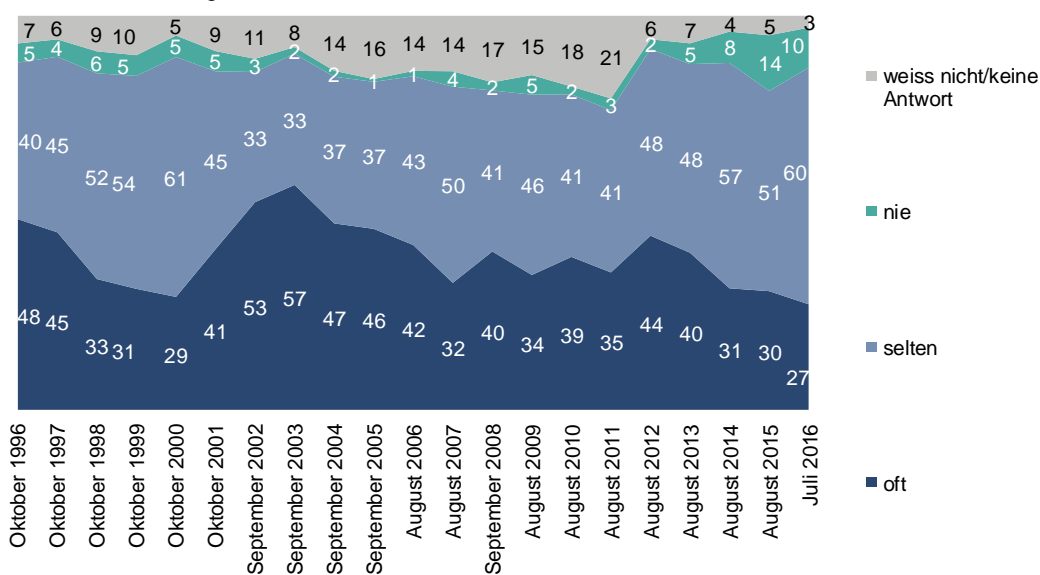
Grafik 54

Trend Wirtschaftsversagen

"Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?" (ab 2014)

"Und wie oft haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen. Ist dies oft, selten oder nie der Fall?" (bis 2013)

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

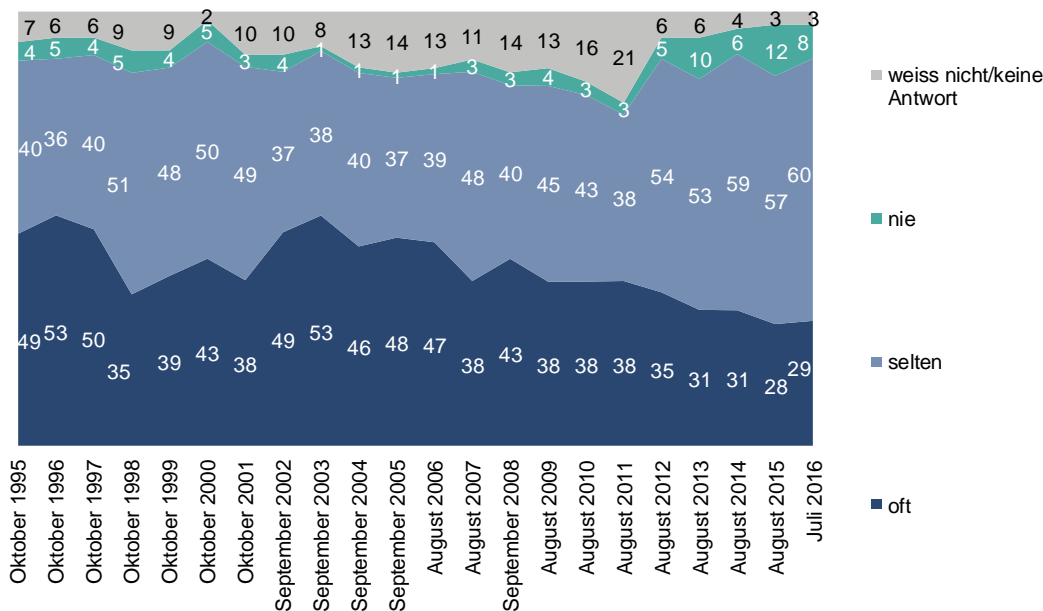
Nur noch 27 Prozent (-3 Prozentpunkte) haben oft das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen – so wenige wie noch nie. Auf der anderen Seite ist der letztjährige Rekordwert der gegenteiligen Meinung, dass die Wirtschaft nie in entscheidenden Dingen versage, wieder leicht zurückgegangen (10%, -4 Prozentpunkte). Eine wachsende Mehrheit geht von seltenem Wirtschaftsversagen aus (60%, +9 Prozentpunkte).

Grafik 55

Trend Politikversagen

"Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

Der Anteil jener, welche oft Politikversagen wahrnehmen, ist in den letzten Jahren sukzessive gesunken. 2016 ist der Wert gegenüber dem Vorjahr nahezu stabil (29%, +1 Prozentpunkte). Nur 8 Prozent (-4 Prozentpunkte) haben nie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen. Die Mehrheit hat dieses Gefühl selten (60%, +3 Prozentpunkte).

Wirtschafts- und Politikversagen weisen ähnliche Werte auf. Beide Einschätzungen hängen zusammen: Wer öfter das Gefühl hat, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen, hat mit höherer Wahrscheinlichkeit auch das Gefühl des Politikversagens und umgekehrt.

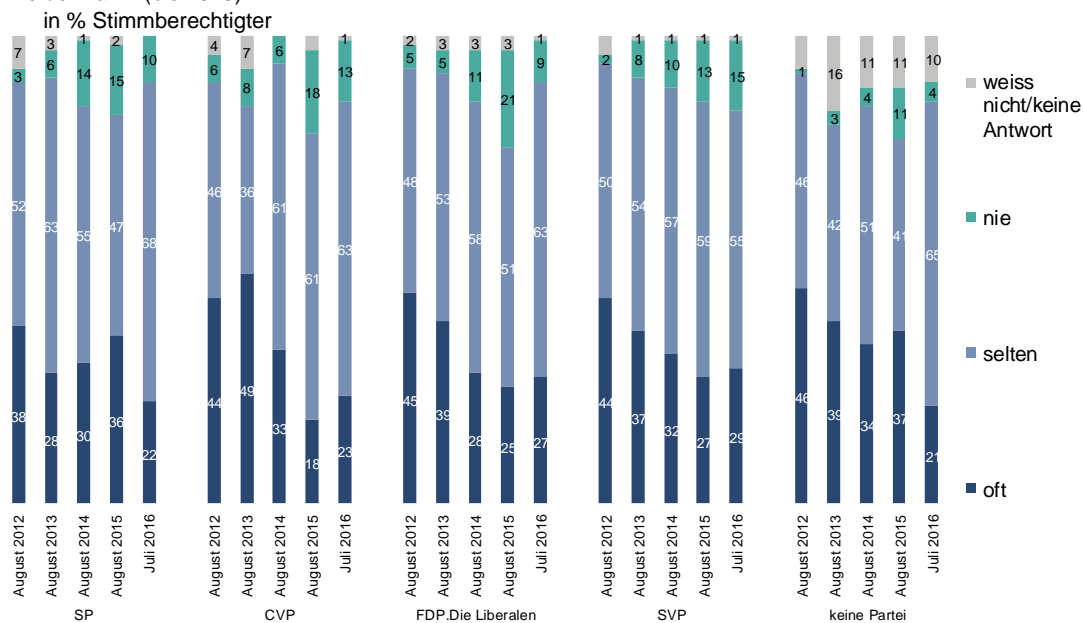
Nach Parteibindung aufgeschlüsselt zeigt sich, dass der Rückgang im Anteil der Stimmberechtigten, welche der Politik Versagen vorwerfen in allen Lagern sank.

Grafik 56

Trend Wirtschaftsversagen nach Parteibindung

"Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?" (ab 2014)

"Und wie oft haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen. Ist dies oft, selten oder nie der Fall?" (bis 2013)



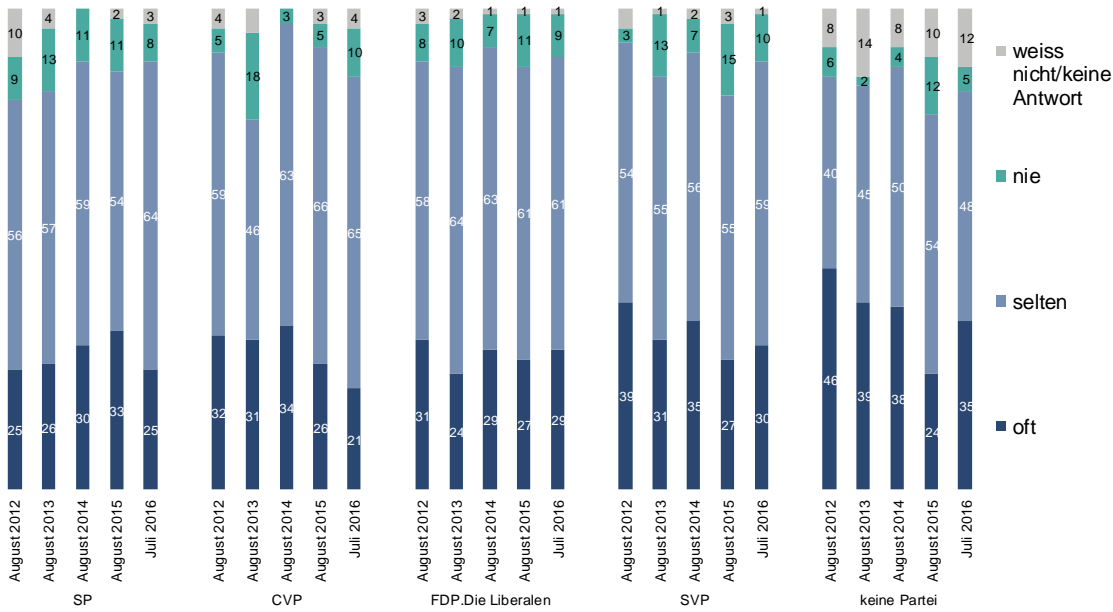
© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

Die Unterschiede zwischen den Parteilagern 2016 sind geringer als früher. Es finden sich mit einer Ausnahme sowohl beim Wirtschaftsversagen als auch beim Politikversagen dieselben (schwachen) Zusammenhänge mit der Parteiloyalität: Das Gefühl des Wirtschafts- und Politikversagens ist Mitte-links bei SP und CVP geringer als Mitte-rechts bei SVP und FDP.Die Liberalen. Die Unterschiede zwischen den Parteien sind jedoch gering, die Mehrheiten gehen jeweils von seltenem Versagen aus, und in jedem Parteilager wird ähnlich oft Wirtschafts- wie Politikversagen wahrgenommen.

Trend Politikversagen nach Parteibindung

"Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

Die Ausnahme sind die Parteiungebundenen: Sie haben 2016 seltener das Gefühl des Wirtschaftsversagens, dafür häufiger jenes des Politikversagens.

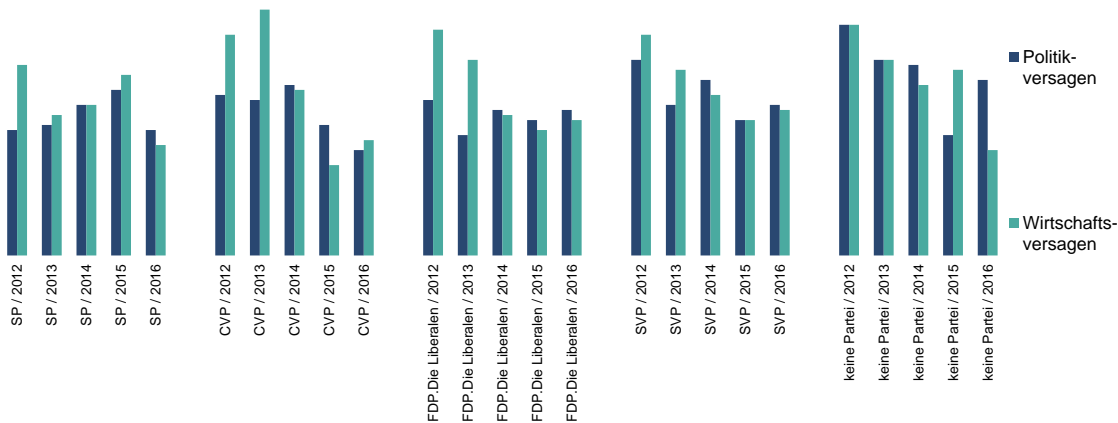
Trend Politikversagen / Wirtschaftsversagen nach Parteibindung "oft" seit 2012

"Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?"

"Und wie oft haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen?" (bis 2013)

"Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen?" (ab 2014)

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

Einen grösseren Einfluss auf die Beurteilung von Wirtschafts- und Politikversagen hat die Einschätzung der aktuellen individuellen wirtschaftlichen Situation, der allgemeinen wirtschaftlichen Situation der vergangenen zwölf Monate und der allgemeinen Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten. Je negativer die bisherige Situation beurteilt wird und je schlechter die Zukunftserwartungen sind, desto eher haben die Stimmberechtigten das Gefühl von Wirtschafts-

oder Politikversagen. Wirtschaftsversagen korreliert dabei stärker mit der allgemeinen Wirtschaftsleistung als Politikversagen. Keinen Einfluss hat die Erwartung an die kommende individuelle wirtschaftliche Entwicklung.

2.5.2 Vertrauen in verschiedene Akteure

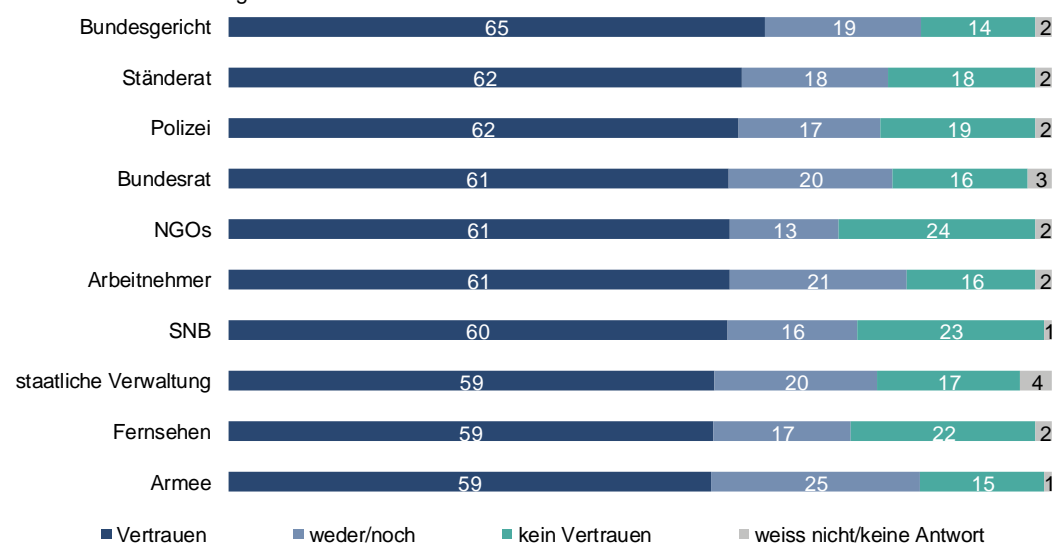
Die grösste Veränderung in diesem Jahr bezüglich des Vertrauens in Institutionen ist, dass die Einschätzungen zu den abgefragten Institutionen viel näher beieinanderliegen als noch vor einem Jahr:

Grafik 59

Vertrauen in Akteure 2016 (1)

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Den ersten und den letzten Platz trennen nur 12 Prozentpunkte, wenn man den Anteil an Vertrauen (Werte 4 bis 7 auf einer Skala von 1 bis 7) betrachtet. Im Vorjahr betrug die Spannweite noch 30 Prozentpunkte. Wie bei den Problemen und den politischen Zielen, beobachten wir 2016 eine abnehmende Priorisierung. Ausserdem wird jeder Akteur von einer (teils knappen) absoluten Mehrheit als vertrauenswürdig beurteilt. 15 der 20 Akteure geniessen 2016 mehr Vertrauen als im Vorjahr; bei drei Akteuren ist das Vertrauen innerhalb des Stichprobenfehlers gesunken und bei zwei Akteuren gleich hoch wie 2015.

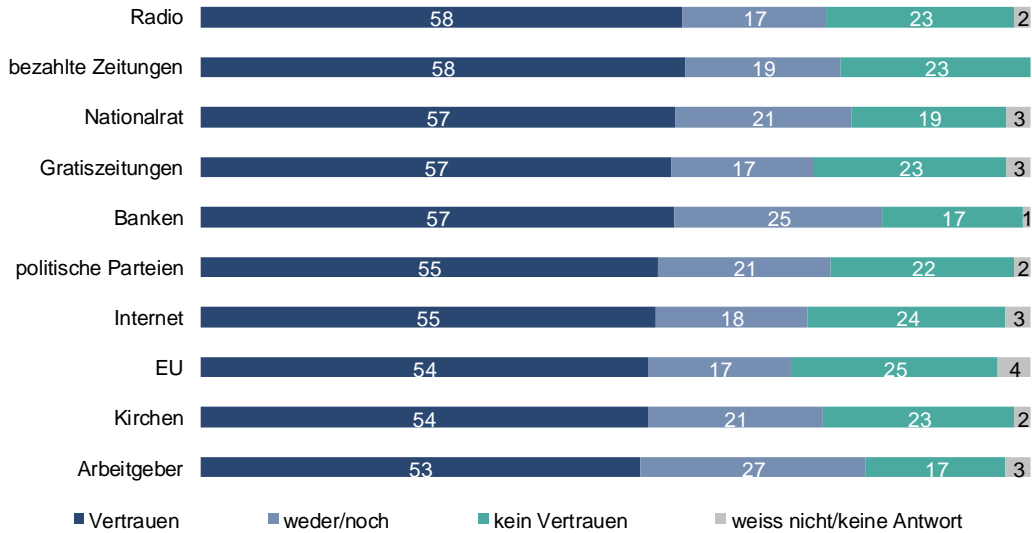
Auf dem ersten Rang befindet sich nach wie vor das Bundesgericht (65% Vertrauen, -3 Prozentpunkte). Es folgen der Ständerat (62%, +7 Prozentpunkte) und die Polizei (62%, +5 Prozentpunkte), welche sich schon 2015 in der oberen Tableauhälfte befanden. Dort konnten sich auch der Bundesrat (61%, -2 Prozentpunkte) und die SNB (60%, +8 Prozentpunkte) halten.

Zu den laut Befragten vertrauenswürdigeren Institutionen gehören neu auch einerseits die NGOs (61%, +14 Prozentpunkte), andererseits die Arbeitnehmer.

Vertrauen in Akteure 2016 (2)

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = 1010)

Das Schlusslicht bilden wie im Vorjahr die Arbeitgeber, welche jedoch stark gegenüber den anderen Akteuren aufholen konnten (53%, +15 Prozentpunkte). Trotz Gewinnen bleiben auch die EU (54%, +12 Prozentpunkte), das Internet (55%+7 Prozentpunkte) und die politischen Parteien (55%, +9 Prozentpunkte) relativ zu den anderen Akteuren weniger vertrauenswürdig.

Neu befinden sich die Kirchen (54%, -2 Prozentpunkte), die Banken (57%, ±0 Prozentpunkte) und der Nationalrat (57%, ±0 Prozentpunkte) in der untere Tab-leauhälfte – dies vor allem, weil die anderen Akteure 2016 an Vertrauen ge-wonnen haben.

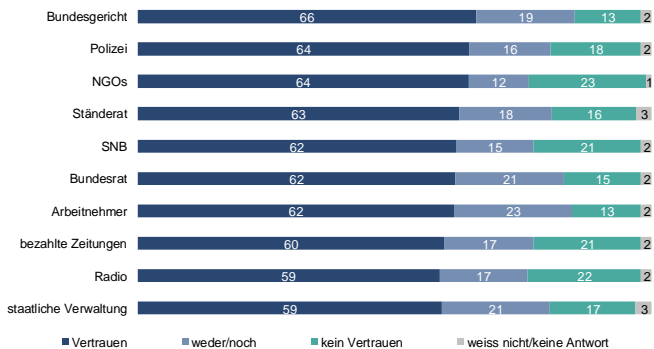
Beim Vergleich von Deutschschweiz und Romandie zeigen sich einige Unter-schiede:

Grafik 61

Vertrauen in Akteure 2016 (1) — DCH

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen."

in % deutschsprachiger Stimmberechtigter

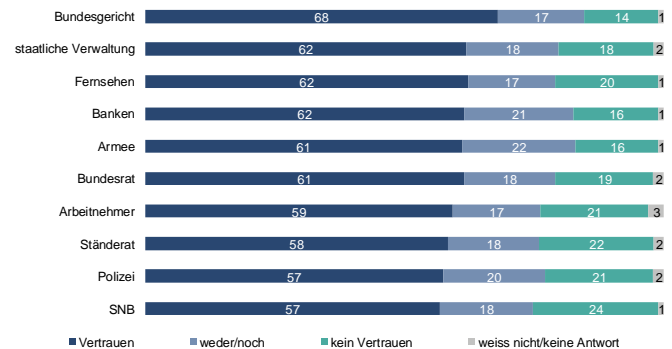


© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (n = 710)

Vertrauen in Akteure 2016 (1) — FCH

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen."

in % französischsprachiger Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (n = 250)

Beide Sprachregionen wählen das Bundesgericht als jenen Akteur, dem das grösste Vertrauen ausgesprochen wird. Auf den Plätzen zwei bis fünf sind in der Romandie Institutionen, welche in der Deutschschweiz weiter unten zu

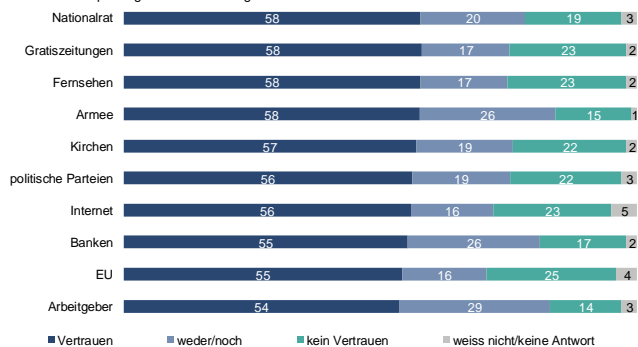
liegen kommen, nämlich die staatliche Verwaltung, das Fernsehen und die Banken. Im Gegenzug belegen in der Romandie die NGOs, die bezahlten Zeitungen, die Polizei, die Kirchen und das Radio einen tieferen Rang als in der Deutschschweiz.

Grafik 62

Vertrauen in Akteure 2016 (2) — DCH

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

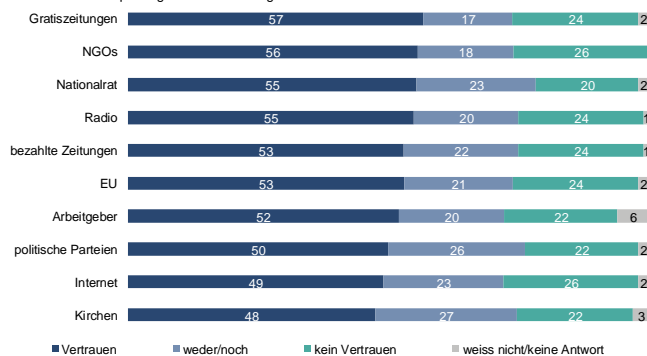
in % deutschsprachiger Stimmberechtigter



Vertrauen in Akteure 2016 (2) — FCH

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in % französischsprachiger Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (n = 710)

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (n = 250)

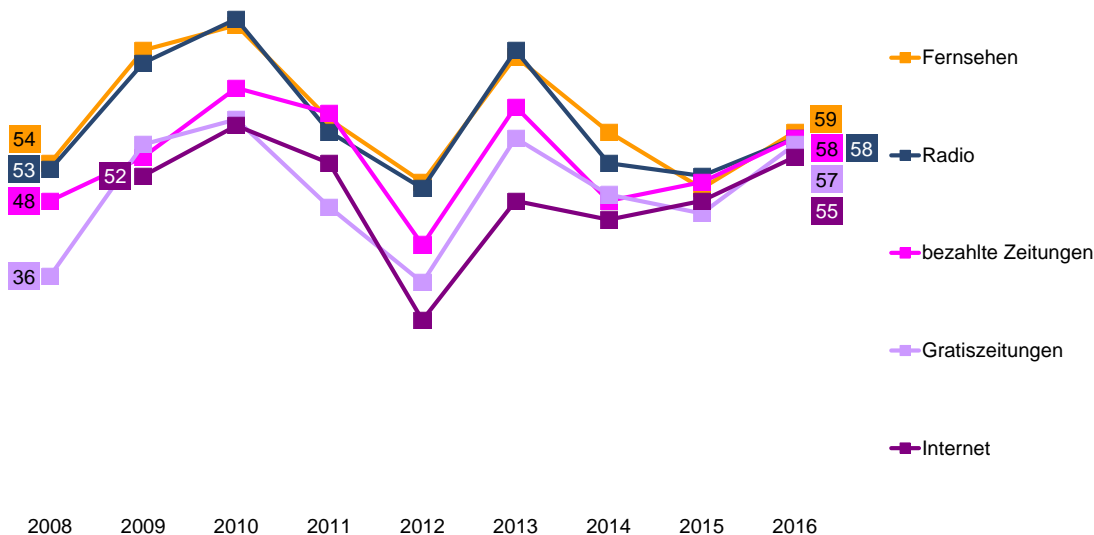
Auch beim Fokus auf einzelne Bereiche ist eine geringere Spannbreite als bisher auszumachen:

Grafik 63

Trend Vertrauen in Akteure (Medien)

"Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in % Stimmberechtigter (Vertrauen)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

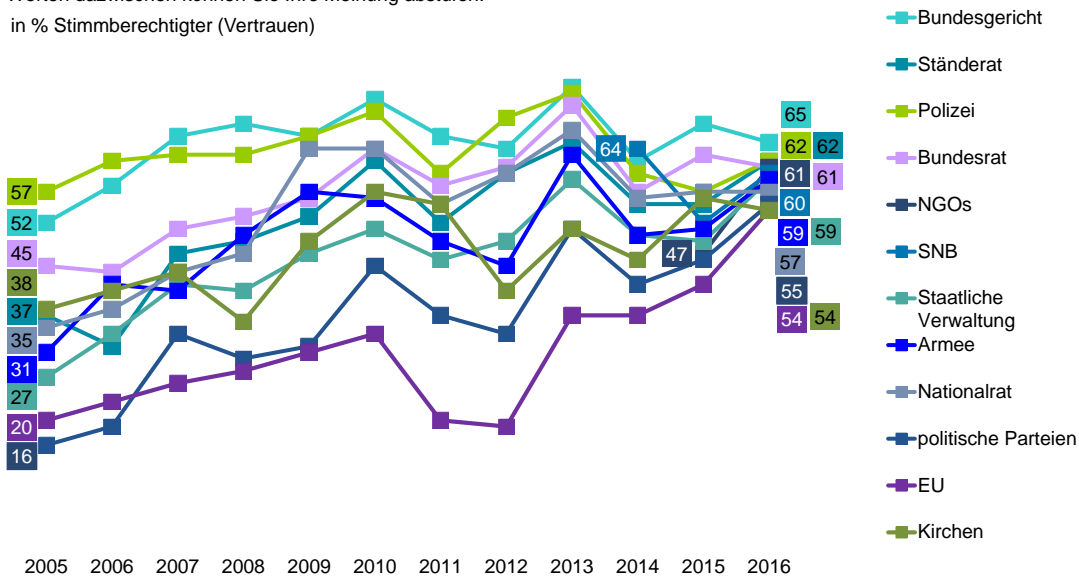
Alle Mediengattungen gelten mehrheitlich als vertrauenswürdig. Alle Werte sind seit letztem Jahr gestiegen. Die Unterschiede sind gering: Das Fernsehen ist knapp am vertrauenswürdigsten (59%, +9 Prozentpunkte) vor Radio (58%, +7 Prozentpunkte), bezahlten Zeitungen (58%, +7 Prozentpunkte) und Gratiszeitungen (57%, +11 Prozentpunkte). Das Internet liegt nur wenig dahinter. Die Unterschiede waren schon in den letzten beiden Jahren rückläufig.

Grafik 64

Trend Vertrauen in Akteure (Politik & Behörden)

"Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen."

in % Stimmberechtigter (Vertrauen)



2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

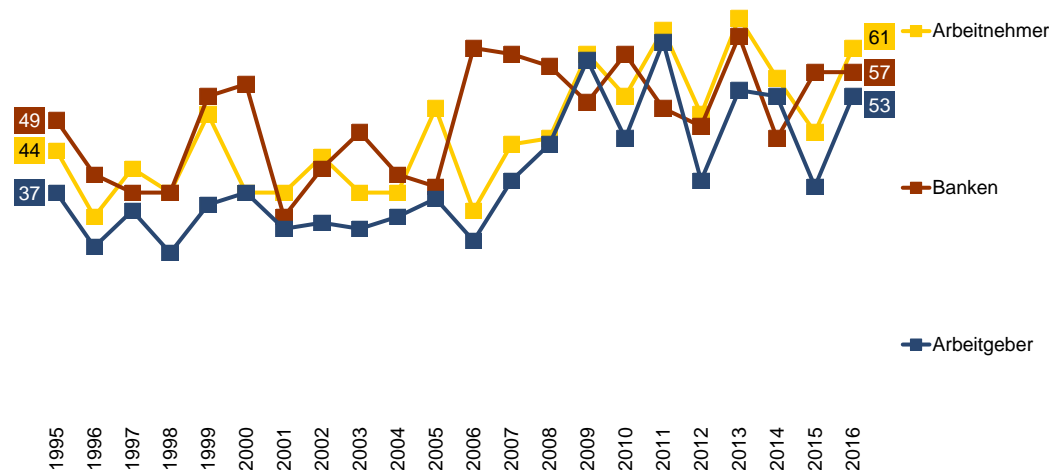
Nachdem vor allem 2014 Politik und Behörden an Vertrauen eingebüsst haben, stieg dieses 2016 bei fast allen Akteuren deutlich an. Das Bundesgericht ist wie bisher die vertrauenswürdigste Behörde. Den letzten Platz teilt sich die EU, welche interessanterweise als klar vertrauenswürdiger beurteilt wird als im Vorjahr, diesmal mit den Kirchen. Die politischen Parteien sind innerhalb des Stichprobenfehlers ähnlich wenig vertrauenswürdig.

Grafik 65

Trend Vertrauen in Akteure (Wirtschaft)

"Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen."

in % Stimmberechtigter (Vertrauen)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2016 (N = jeweils ca. 1'000)

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Akteure unterliegt schon seit längerer Zeit vergleichsweise grossen Schwankungen, was sich auch in diesem Jahr zeigt. Arbeitnehmer und Arbeitgeber entwickeln sich wiederum parallel zueinander; nach dem Rückgang vom Vorjahr gelten beide Akteure wieder als vertrauenswürdiger. Bei Banken gibt es keine Veränderung.

3 Synthese

Die wichtigsten Probleme im Jahr 2016 aus Sicht der stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer sind dieselben wie 2015. Arbeitslosigkeit, die Ausländerthematik und Asylsituation, die Altersvorsorge, die Beziehung zur EU und die Gesundheitspolitik bleiben weit oben auf der politischen und gesellschaftlichen Agenda. An der Reihenfolge der Top-Themen hat sich nur wenig geändert.

Indes scheinen fast alle Top-Sorgen in diesem Jahr weniger virulent zu sein. Sie bleiben an der Spitze des Sorgenbarometers, werden aber weniger häufig genannt als noch 2015. Wichtiger werden demgegenüber viele "kleinere" Probleme, die es jedoch nicht in die Top Ten schaffen – mit Ausnahme der Verkehrsthematik, welche den grössten Anstieg zu verzeichnen hat. Dies dürfte mit der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels und der Debatte rund um die Milchkuh-Initiative zusammenhängen.

Dies könnte einerseits als generelle Entwicklung weg von Problemen, die grosse Teile der Schweiz betreffen, hin zu einer heterogeneren, individualistischeren Problemsicht interpretiert werden. Es ist aber auch möglich, dass im Jahr 2016 schlicht kein einzelner Problembereich dominiert hat.

Die Beziehung zur EU respektive die Euro-Krise bleibt ein wichtiges Thema. Anders als bei den restlichen Top-Sorgen ist nur ein leichter Rückgang der Virulenz zu verzeichnen. Die Meinung der Stimmberechtigten zum idealen Weg zur Ausgestaltung der Beziehungen mit der EU ist eindeutig: die Beibehaltung der Bilateralen. Sowohl die Kündigung der bilateralen Verträge auf der einen Seite, als auch der EU-Beitritt auf der anderen Seite sind chancenlos. Die Schweizerinnen und Schweizer sind dabei optimistisch, dass die Brexit-Entscheidung die Verhandlungsposition gegenüber der EU gestärkt hat.

Mit der Aussenpolitik des Bundesrates sind die Stimmberechtigten insgesamt zufrieden, wenn auch nicht bedingungslos. Die Kenntnisse zu aussenpolitischen Themen dürften dabei variieren. Das Beispiel TTIP zeigt, dass erst ein Drittel vom transatlantischen Freihandelsabkommen Kenntnis hat. Entsprechend wenig fortgeschritten ist die Meinungsbildung dazu. Allerdings scheint sich eine Kontroverse abzuzeichnen. Befürworter und Gegner halten sich in etwa die Waage. Der Medienkonsum zum Thema scheint jedoch eine ablehnende Haltung zu stärken. Wie man mit TTIP weiterverfahren soll, ist aus Sicht des Stimmvolkes entsprechend nicht eindeutig: Weder die rasche Übernahme, wie es teilweise von Eliten gefordert wird, noch eine Verhinderung des Abkommens, die das Ziel von diversen NGOs ist, wird präferiert. Am ehesten möchten die Stimmberechtigten, dass die Schweiz sich eigenständig um den Freihandel mit den USA bemüht. Die politische Elite und die Stimmberechtigten verfügen somit über einen zuweilen unterschiedlichen Zugang zu TTIP, es zeichnet sich somit ein möglicher Elite-Basis-Konflikt ab.

Vom Brexit erhofft man sich nicht nur am politischen Verhandlungstisch, sondern auch für die Schweizer Wirtschaft eher Vor- als Nachteile. Generell hat sich die wirtschaftliche Situation vieler Befragter gebessert. Die Stimmberechtigten sind optimistischer für die kommenden zwölf Monate, sowohl für die Entwicklung der Schweizer Wirtschaft als auch für das eigene Portemonnaie.

Optimismus zeigt sich auch in der Beurteilung der Institutionen: Die Akteure werden im Schnitt als vertrauenswürdiger bewertet als noch vor einem Jahr; alle Akteure gelten einer absoluten Mehrheit als vertrauenswürdig. Ausserdem ist das Gefühl von Wirtschaftsversagen auf dem bisher geringsten Wert, und auch das Gefühl von Politikversagen ist relativ tief.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich aus unserer Sicht die nachstehenden Befunde und Arbeitsthesen zum Schweizer Sorgenbarometer 2016:

Befund 1

Vier übergeordnete Themenkomplexe beschreiben aktuell die Sorgen der stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer: die Migrationsthematik (Ausländerinnen/Ausländer/Flüchtlinge), die wirtschaftliche Entwicklung (Arbeitslosigkeit/Euro-Krise), die Beziehung zu und Entwicklung in Europa (EU/Europa/Euro-Krise) und das Bedürfnis nach individueller Sicherheit und Wohlbefinden (Altersvorsorge/persönliche Sicherheit/Gesundheit, Krankenkassen).

Befund 2

Die Schweizer Stimmbevölkerung steht weiterhin klar hinter den Bilateralen Verträgen mit der EU. Rund zwei Drittel der Stimmberechtigten wollen diese in erster Priorität weiterführen. Die Bilateralen kündigen wollen dagegen lediglich 12 Prozent der Befragten in erster Priorität. Der Austritt Grossbritanniens aus der EU (Brexit) hat dabei in den Augen der Mehrheit der Befragten einen moderat positiven Einfluss auf die Verhandlungsposition der Schweiz mit der EU.

Befund 3

Die Debatte rund um das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) ist in der Schweizer Bevölkerung bisher kaum angekommen. Lediglich eine Minderheit verfügt über Kenntnisse über TTIP. Heute sind auch die Meinungen über den Umgang mit TTIP grösstenteils ungesichert und basieren viel mehr auf längerfristigen individuellen Prädispositionen denn auf einer konkreten Auseinandersetzung mit der Materie

These 1

Es gibt zurzeit keine alles dominierenden Themen. Es gibt weniger Probleme, über welche die ganze Schweiz diskutiert und die alle Stimmberechtigten direkt betreffen. Die Sicht auf die Probleme wird heterogener und individualistischer.

These 2

Die Bevölkerung ist optimistisch. Die Stimmberechtigten sind guter Dinge, dass die Wirtschaft weiterhin an Schwung gewinnen wird. Der Brexit wird für die Schweiz insgesamt als vorteilhaft eingeschätzt, sowohl wirtschaftlich auch als Verhandlungspfang gegenüber der EU.

These 3

Die Kenntnis zum TTIP-Abkommen ist eher gering und die Meinungsbildung wenig weit fortgeschritten. Wer sich jedoch darüber informiert hat, entwickelte eher eine kritische als eine wohlwollende Haltung. Eine Kontroverse zeichnet sich ab, was eine rasche Übernahme, wie sie von gewissen politischen Akteuren gefordert wird, erschwert.

4 Anhang

4.1 gfs.bern-Team



CLAUDE LONGCHAMP

Verwaltungsratspräsident gfs.bern, Politikwissenschaftler und Historiker, Lehrbeauftragter der Universitäten Bern und Zürich, Dozent am VMI der Universität Fribourg und am KPM der Universität Bern.

Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, Parteien, politische Kultur, politische Kommunikation, Lobbying, öffentliche Meinung, Rassismus, Gesundheits- und Finanzpolitik

Zahlreiche Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften



LUKAS GOLDER

Co-Leiter, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management

Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen/Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, Gesundheitspolitische Reformen.

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf dem Internet



MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)



JONAS PHILIPPE KOCHER

Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Gesellschaftsthemen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Hochrechnungen, Feldaufträge



CAROLE GAUCH

Projektleiterin, Medien- und Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Abstimmungen und Wahlen, Meinungsbildung zu ausserpolitischen Angelegenheiten, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden, Feldaufträge, Lehre



CLOÉ JANS

Junior Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsforschung, Kampagnen, Analyse politischer Themen und Issues, Medieninhaltsanalysen, Lehre



STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, Integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung



ALEXANDER FRIND

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen



NOAH HERZOG

Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax +41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**
Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.